
BACHELORARBEIT

Frau
Sina Wüller

Keine Zeit, Keine Lust,

Kein Geld –

Wie trotz des deutschen
Presserechts Journalisten
immer wieder an den Behörden
scheitern.

BACHELORARBEIT

Keine Zeit, Keine Lust, Kein
Geld –

Wie trotz des deutschen
Presserechts Journalisten
immer wieder an den
Behörden scheitern

Autor/in:
Sina Elisabeth Sophie Wüller

Studiengang:
Angewandte Medien

Seminargruppe:
AM12wM6-B

Erstprüfer:
Prof. Kurt-Ulrich Mayer

Zweitprüfer:
Dr. Jens Hirt

Bibliografische Angaben

Nachname, Vorname: Wüller, Sina

Thema der Bachelorarbeit: Keine Zeit, Keine Lust, Kein Geld – wie trotz des deutschen Presserechts Journalisten immer wieder an den deutschen Behörden scheitern

99 Seiten, Hochschule Mittweida, University of Applied Sciences,
Fakultät Medien, Bachelorarbeit, 2015

Abstract

Diese Bachelorarbeit befasst sich mit dem deutschen Presserecht sowie der Wirkung der neuen Gesetze auf die Arbeit der Journalisten. Anhand von wissenschaftlichen Thesen und Erfahrungsberichten werden die Gesetze genau erörtert. Die Pressefreiheit ist eine der Grundlagen für eine funktionierende Demokratie. Es wird geprüft, in wie weit Journalisten ihrer öffentlichen Aufgabe nachkommen können und wie sich die Gesetze auf die Gesellschaft auswirken.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	IV
Abkürzungsverzeichnis	IVI
1 Einleitung	1
1.1 Forschungsstand	2
2 Das Presseauskunftsrecht	4
2.1 Informationsrechte auf Bundesebene	4
2.1.1 Die Informationsfreiheit nach Artikel 5 GG	4
2.1.2 Der journalistische Auskunftsanspruch	5
2.2 Informationsgesetze auf Länderebene	6
2.2.1 Das Informationsfreiheitsgesetz	6
2.2.2 Das Umweltinformationsgesetz	8
2.2.3 Das Transparenzgesetz	10
3 Geschichte der Pressefreiheit	11
3.1 Geschichtlicher Werdegang	11
3.2 Die Spiegel Affäre	14
3.3 Das Cicero Urteil	16
3.4 Die Thüringer „Mogelpackung“	17
4 Aktuelle Lage	20
4.1 Presserecht	20
4.2 Entwicklung des IFG	21
5 Lücken und Probleme	24
5.1 Behörden	24
5.2 Kosten	25
5.3 Auskunftsanspruch wird zu wenig genutzt	28
6 Bedeutung für den Journalismus	31
6.1 Gesellschaftliche Einflussfaktoren	31
6.2 Finanzielle Situation	33
7. Symbiose zwischen Politikern und den Medien	36
7.1 Analyse des heutigen Systems der Politik und der Medien	36
7.2 Open Government Data Deutschland	37
7.3 Mediendemokratie – Politische Kommunikation durch und mit den Medien	39
8. Schlusswort	43

Literaturverzeichnis	VII
1. Bücher & Aufsätze aus Sammelbänden	VII
2. Urteile	IX
3. Gesetze	IX
4. Internetquellen.....	X
Anhang	XII
Abbildung 1 – Drei Säulen der Medien und Pressefreiheit.....	XII
Abbildung 2 – Machtgefälle zwischen Politik und Medien	XIII
Abbildung 3 – Gefühlter Einfluss der anderen Partei auf die eigene Arbeit	XIV
Abbildung 4 – Unterschiedliche Einkommen bei Männern und Frauen	XV
Abbildung 5 – Monatliches Einkommen eines freien Journalisten	XVI
Abbildung 6 – Gebühren des Informationsfreiheitsgesetzes	XVII
Abbildung 7 – Gebührentatbestand des Umweltinformationsgesetzes	XVIII
Abbildung 8 – Skrupellosigkeit bei den Journalisten und Politikern	XIX
Gesetze.....	XX
Artikel 5 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland.....	XX
Informationsfreiheitsgesetz	XXI
Hamburger Transparenzgesetz	XXXII

Abkürzungsverzeichnis

AIFG	Agrar- und Fischereifonds-Informationen-Gesetz
BMI	Bundesministerium des Inneren
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
DOSB	Der deutsche Olympische Sportbund
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
IWG	Informationsweiterverwendungsgesetzes
UIG	Umweltinformationsgesetz
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
VIG	Verbraucherinformationsgesetz

1 Einleitung

„In Deutschland wird von der Pressfreiheit zwar viel geredet – aber sie interessiert eigentlich kaum noch jemanden, am wenigsten den Gesetzgeber. Der geht mit der Pressefreiheit um wie die deutsche Familie mit dem Weihnachtsschmuck: Den packt man aus, hängt ihn an den Baum, sagt Ah und Oh und hängt ihn dann wieder weg.“¹

Das Presserecht geht einher mit der Meinungs- und Informationsfreiheit, mit den Informationsfreiheits- und neu aufkommenden Transparenzgesetzen. Alles gehört zusammen und ist doch nicht das Gleiche. Gesetze erweitern das Presserecht und schränken doch zugleich Rechte ein, die genutzt dazu führen würden, geheim Gehaltenes in Erfahrung zu bringen und zu veröffentlichen. Sich einen Überblick zu verschaffen fällt schwer, denn es gibt Unterschiede von Land zu Land, es gibt Unterschiede zwischen den Bundesländern und erschwerend kommt hinzu, dass sich nicht jeder auf jedes Gesetz berufen kann. Auf dem Weg zu der „transparenten Demokratie“ ist vieles geschehen – und doch irgendwie schief gelaufen. Politiker sehen ihre Arbeit bestätigt. Dass es überhaupt Informations- und Transparenzgesetze gibt, propagieren sie als einen Meilenstein in der Geschichte der Meinungsfreiheit. Allerdings ist dies bei den Journalisten, die schließlich am meisten von diesen Gesetzen profitieren sollten, noch nicht spürbar angekommen: Zu viele Gesetze, die Ausnahmen beinhalten, die das zu Fragende einschränken, immer noch existierende Gesetze, die festlegen, dass ein Journalist sich strafbar macht, wenn er von einem Informanten erhaltene Geheimnisse veröffentlicht – inklusive Razzien in manchen Redaktionen – stellen eben doch noch keine Meilensteine dar.

Der Beruf des Journalisten hat sich geändert – nicht zuletzt durch neue Techniken. Das Internet erlaubt heute eine Nachrichtenübermittlung in Echtzeit. Dies hat erhöhten Arbeitsdruck zur Folge, die professionelle Recherche kommt in Zeiten von Suchmaschinen und Zeitdruck zu kurz.

In der vorliegenden Arbeit werden die Presse-, Informations- und Auskunftsrechte erörtert und in Bezug zur Arbeit eines Journalisten gesetzt. Bei der Untersuchung der Arbeitssituation von Journalisten muss man diese auch in Bezug zur politischen Gemengelage und zur Beziehung zwischen Journalisten und Politikern/Politik setzen. Die Politik braucht die Medien um stattzufinden. Das steht fest und an dieser Aussage ist nicht viel zu ändern. Politik findet in den Medien statt, Parteien verbreiten ihr Wahlprogramm durch sie und finden Wähler und Anhänger. Medien profitieren von der Arbeit der Politiker, entweder durch Geschehnisse, die in den Medien zu einer Nachricht verarbeitet werden oder eben auch – und besonders – durch Gesetze, die den Journalisten helfen und eben durch die Politik ins Leben gerufen worden sind.

Doch wie steht es um die Pressefreiheit – gerade in Deutschland? Journalisten verspüren Beeinträchtigungen und fühlen sich in ihrer Arbeit beschränkt.

¹ Prantl, Heribert: Pressefreiheit – das täglich Brot der Demokratie. Wert und Gefährdung eines Ur-Rechts, in: Pressefreiheit ohne Grenzen? Grenzen der Pressefreiheit, Köln 2010, S.14.

1.1 Forschungsstand

Das deutsche Presserecht ist ein beliebtes Thema unter Journalisten und Wissenschaftlern, so dass hier kein Mangel an Forschungsliteratur besteht. Besonders zu erwähnen ist das Werk „Pressefreiheit – das täglich Brot der Demokratie“ von Heribert Prantl. Der deutsche Jurist und Journalist gibt hier einen kritischen Einblick in das heutige Presserecht. Die geschichtliche Analyse wurde anhand verschiedenster Literatur beleuchtet und zusammen geführt. Da es beispielsweise in den USA eine längere Tradition zu Informationsgesetzen gibt, ist dort mehr Forschungsliteratur vorhanden.

Da das Informationsfreiheitsgesetz auf Bundesebene erst seit 2006 existiert, ist es wissenschaftlich wenig erforscht. Einen guten Einblick gewährt die Diplomarbeit von Daniel Drepper, die 2012 veröffentlicht wurde. Er hat verschiedene Magisterarbeiten und Thesen dazu analysiert und dies mit eigenen Erfahrungen und Erzählungen journalistischer Kollegen kombiniert.

Eine weitere wichtige Quelle bilden Online-Artikel. Da die Bachelorarbeit sich an aktuellen Themen orientieren soll, wurden viele Berichterstattungen aus dem Internet übernommen, da manche Bücher schon zu alt waren, um den schnellen Wandel der Gesetze nachvollziehen zu können. Die Journalisten von *netzwerk-recherche.org* sind darauf bedacht, zeitnah Geschehnisse rund um das Presserecht zu veröffentlichen. Dasselbe lässt sich auch über die Seite *pressefreiheit-für-deutschland.de* berichten. Hier werden kurz nach der Veröffentlichung Rechtsprechungen und Änderungen der Pressefreiheit online gestellt. Peter Schaar, ehemaliger Bundesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit, schrieb bis 2013 regelmäßig einen Bericht zu den aktuellen Entwicklungen und Problemen zur Nutzung des Informationsfreiheitsgesetzes.²

Der Evaluationsbericht des Informationsgesetzes im Jahre 2012 vom Institut Speyer gibt einen wissenschaftlich fundierten Einblick in die Beschaffenheit des Gesetzes. Hier wird jede Lücke aufgezeigt und auch, wie die Gesellschaft auf das Gesetz reagierte. Auf Basis dieser Erkenntnisse wurde zuletzt 2015 das jährlich erscheinende Buch „Informationsfreiheit und Informationsrecht“ veröffentlicht. Seit Jahren kommen hier Experten zu Wort, die die Informationsgesetze und deren Entwicklung beobachten, Denkanstöße geben, Meinungen äußern und über neue Vorkommnisse berichten.

Artikel aus den Fachzeitschriften „Publizistik“ und „Datenschutz und Datenrecht“ wurden ebenfalls hinzu gezogen, als Beispiel sei ein Bericht von Prantl genannt, der besonders Aufschluss über die Geschichte des Gesetzes gibt und Ungereimtheiten aufzeigt, die trotz der Gesetze zwischen Staat und Journalisten immer noch existieren.³

Udo Branahl ist deutscher Medienrechtler und veröffentlichte viel über das deutsche Medienrecht. Er zeigt in seinem Buch „Medienrecht“ auf, welche Freiheiten für Journalisten existieren, angefangen vom Grundgesetz Artikel 5 bis zu dem neuen Informationsfreiheitsgesetz. Er

² Veröffentlichungen zum Thema Datenschutz von Peter Schaar: https://www.bfdi.bund.de/bfdi_forum/

³ Vgl. Prantl, H.: Innere Sicherheit contra Pressefreiheit: Warum Artikel 5 GG einer Restaurierung bedarf, in: Publizistik 52 (2007), S. 303

beschreibt auch, wie sich ein Journalist verhalten soll, wenn wegen Informationsweitergabe oder ähnlichem Ärger droht.

2 Das Presseauskunftsrecht

„Zu den Existenzgrundlagen einer freiheitlichen Demokratie gehören die Massenmedien, die das Publikum mit den Informationen versorgen, die die Bürgerrinnen und Bürger benötigen, um sich auf rationale Weise eine eigene Meinung zu allen wichtigen Angelegenheiten der Gemeinschaft zu bilden.“⁴

Die Pressefreiheit ist seit Jahrzehnten ein Recht, auf das sich jeder Journalist berufen kann. Das Presserecht beinhaltet drei Rechte, die in Abbildung 1 (siehe Anhang, S. XIII) als drei Säulen definiert werden: Diese drei Säulen sind die Stützen des Presserechts. Die Meinungsfreiheit beschreibt die Freiheit, seine Meinung in Wort und Schrift wieder zu geben, ohne dass ein Journalist rechtliche Konsequenzen erwarten muss. Die Informationsfreiheit beschreibt die Freiheit, sich aus jeder Quelle informieren zu können. Indem Medien bisher Verborgenes ans Licht bringen, helfen sie den Bürgern, sich eine möglichst fundierte Meinung zu bilden.⁵ Jeder Journalist kann Informationen und Auskünfte von Behörden verlangen. Jedoch können sie sich nur auf jene Gesetze berufen, die für jeden Informationen von den Behörden zugänglich machen. Rechtlich abgesichert wird diese Möglichkeit zum einen durch das Grundrecht der Informationsfreiheit und die in der Presse-, Rundfunk- und Filmfreiheit enthaltene Freiheit der Informationsbeschaffung, zum anderen durch den presserechtlichen Auskunftsanspruch und die Zugangsrechte zu behördlichen Unterlagen.⁶

Bürger und insbesondere Journalisten können sich durch die Inanspruchnahme des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG), des Umweltinformationsgesetzes (UIG), des Verbraucherinformationsgesetzes (VIG), des Informationsweiterverwendungsgesetzes (IWG) Informationen und dadurch Wissen beschaffen. Zusätzlich gibt es noch das Agrar- und Fischereifonds-Informationen-Gesetz (AIFG). Eine Ausnahmestellung nimmt hier Schleswig-Holstein ein, welches das IFG und UIG zusammengelegt hat.⁷ Bis zum Jahre 2009 erließen 11 von 16 Bundesländern ein Informationsfreiheitsgesetz.

2.1 Informationsrechte auf Bundesebene

2.1.1 Die Informationsfreiheit nach Artikel 5 GG

Die Informationsfreiheit wird als „die passive Seite der Meinungsfreiheit“ bezeichnet.⁸ Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland sichert jedem das Recht zu, sich aus allgemein zugänglichen Quellen zu unterrichten. Öffentliche Quellen können nicht nur Archive sein oder Massenmedien, sondern auch einzelne Ereignisse. Als Beispiel sei hier ein Verkehrsunfall

⁴ Vgl. Branahl, U.: Medienrecht: Eine Einführung, Wiesbaden 2009, S.15.

⁵ Vgl. Tillack, H: Transparenz in Medien und Politik, Düsseldorf Forum, Berlin 2013, S. 19.

⁶ Vgl. Branahl: Medienrecht, S.15.

⁷ Berger, S.: Zur Entwicklung der Informationsfreiheit in Deutschland seit 2009, in: Informationsfreiheit und Informationsrecht Jahrbuch 2014, Berlin 2015, S. 65.

⁸ Schulz, W.: Medien A bis Z, Hans- Bredow- Institut 2006, S. 151.

genannt: Nachdem das Verfahren zur Klärung der Ursache beendet ist, könnte ein Journalist Informationen zum Sachverhalt bei der zuständigen Behörde einfordern. „Voraussetzung ist, dass die Quelle vor der Berichterstattung für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.“⁹ Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film sollen dadurch gewährleistet werden und eine Zensur findet nicht statt.¹⁰ Der Sinn der Informationsfreiheit besteht darin, dass der Staat die Nutzung bestimmter Quellen nicht verhindern kann. Die Informationsfreiheit umfasst ebenfalls die Freiheit, sich aus ausländischen Quellen zu unterrichten. Geschützt ist ebenfalls die Möglichkeit, öffentliche Veranstaltungen zu besuchen und an Vorgängen teilzunehmen, die sich an öffentlichen Orten abspielen, wie zum Beispiel Demonstrationen.¹¹ Die Einschränkungen dieses Rechts finden sich in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.¹² Das bedeutet, dass jeder seine Meinung vervielfältigen darf, so lange er nicht die persönliche Unversehrtheit eines Menschen schädigt.

Der Prozess der Informationsbeschaffung und der Verbreitung der eigenen Meinung wird als „öffentliche Aufgabe“ bezeichnet. Damit ist der Herstellungsprozess „von der Beschaffung der Information bis zur Verbreitung der Nachrichten und Meinungen“ gemeint.¹³ Damit sind alle Vorgänge und Tätigkeiten verbunden, die das Produkt - in dem Falle eine Information oder eine Nachricht - verbreiten und an die Gesellschaft herantragen. Ein Journalist recherchiert und verpackt eine Nachricht so einfach, dass sie für die Masse verständlich ist. Das entspricht seiner „öffentlichen Aufgabe.“

Dementsprechend können sich nicht nur alle Mitarbeiter eines Presseunternehmens bei staatlichen Eingriffen auf die Pressefreiheit berufen, sondern auch Externe, deren Tätigkeit aber auf die Presse bezogen sein muss – sie muss in „enger obligatorischer“ Anlehnung an die Presse erfolgen oder für das Funktionieren der freien Presse notwendig sein.¹⁴

2.1.2 Der journalistische Auskunftsanspruch

Der journalistische Auskunftsanspruch gilt für alle Vertreter des Rundfunks und der Presse. Hierzu zählen ebenfalls Buchverlage, Agenturen und Mediendienste (Journalistische Blogs, Internetseiten, etc.). Freie Mitarbeiter sind hier gleichgestellt mit Redakteuren, allerdings müssen sie einen Presseausweis oder ein Legitimationsschreiben mit sich führen. Dieser Anspruch gilt nur gegenüber dem Staat, kann also bei einzelnen Bürgern, Unternehmen und Vereinen nicht angewendet werden.¹⁵

⁹ Ebd., S. 152.

¹⁰ Vgl. Art. 5 GG, Abs. 2.

¹¹ Vgl. Branahl: Medienrecht, S. 16.

¹² Vgl. Art 5 GG, Abs. 2.

¹³ BVerfGE 64, S. 108ff. (114).

¹⁴ Vgl. Branahl: Medienrecht, S. 16

¹⁵ Vgl. Potjans, Mareike: Informationsansprüche und ihre Durchsetzung im Überblick in nachgehakt-online.de, unter <http://www.nachgehakt-online.de/s11.php> (Abgerufen am 13.06.2015).

Diesen presserechtlichen Auskunftspflichten unterliegen auch Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden. Dies bedeutet, dass nicht nur (Verwaltungs-)Behörden diesem Anspruch nachkommen müssen. Ebenso zählen dazu staatliche Stellen wie Parlamente, Gerichte, Eigenbetriebe des Bundes, der Länder und Gemeinden, aber auch Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts. Bei Kirchen besteht nur ein bedingter Anspruch – handelt es sich um staatliche Belange, kann auch hier das Recht geltend gemacht werden. Bei geistlichen Belangen, wie zum Beispiel der Gestaltung mancher Gottesdienste, tritt das Gesetz nicht in Kraft. Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten sind nur dann auskunftspflichtig, wenn sie wie eine Behörde tätig sind, hier sei als Beispiel genannt, wenn die Abteilung als Gebühreneinzugsstätte fungiert und nicht redaktionell arbeitet, Programme gestaltet oder eine innere Organisation darstellt.¹⁶ Die Gebühreneinzugsstelle ist also auch auskunftspflichtig.¹⁷

Es finden sich bei diesem Anspruchsgesetz folgende Grenzen:

„Wenn ein schwebendes Verfahren durch die sachgemäße Durchführung erschwert, behindert oder sogar vereitelt werden könnte, hat der Anspruchsgegner das Recht, die Informationen zu verweigern. Ebenfalls kann einer Information eine Geheimhaltung entgegenstehen. Auch bei der Gefährdung von Dritten, also wenn ein öffentliches oder schutzwürdiges privates Interesse verletzt wird oder die Information ein zumutbaren Maß überschreitet, fällt der Anspruch weg.“¹⁸

Der Vorteil dieses Gesetzes ist, dass der Antrag nicht begründet werden muss. Die Mitarbeiter wissen, dass sie eine Auskunftspflicht gegenüber der Presse haben, während bei den neuen Informationsgesetzen der Journalist erst sein Anliegen begründen muss. Die Auskunft muss unverzüglich und kostenlos erfolgen, lediglich für die Kopien kann eine Gebühr verlangt werden. Der Nachteil dieses Gesetzes besteht darin, dass die Behörde selbst entscheidet, wie viele Informationen angemessen sind. Sie kann ebenfalls entscheiden, ob die Auskunft mündlich oder schriftlich erfolgt, Aktenauszüge herausgegeben werden oder zur Pressekonferenz eingeladen wird. Nur in gewissen Ausnahmefällen kann ein Journalist Akteneinsicht verlangen.¹⁹

2.2 Informationsgesetze auf Länderebene

2.2.1 Das Informationsfreiheitsgesetz

Nach diesem Gesetz hat jede Person einen Anspruch auf den freien Zugang zu amtlichen Informationen von Seiten der Behörden des Bundes und der Länder.²⁰ Die Behörde muss „Auskunft erteilen, Akteneinsicht gewähren und Informationen in sonstiger Weise zur Verfügung stellen.“²¹ Kommunalbehörden sind verpflichtet, Zugang zu den vorhandenen Informationen zu gewähren. Der Anspruch kann ebenfalls bei Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des

¹⁶ Ebd.

¹⁷ BVerwG 7 B 30.12.

¹⁸ Vgl. Potjans: <http://www.nachgehakt-online.de/s11.php> (Abgerufen am 13.06.2015)

¹⁹ Vgl. ebd.

²⁰ Vgl. IFG des Bundes §1 Abs. 1

²¹ Vgl. ebd.

öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Bundes oder eines der Länder unterstehen, geltend gemacht werden. Dies gilt ebenfalls für Personen des Privatrechts, die mit der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben betraut sind. Parlamente und Gerichte unterliegen nur dem IFG, wenn sie einer Verwaltungsaufgabe nachkommen.²² Staatsanwaltschaften und Gerichte verpflichten sich, Informationen über Geschäftsanfall, Entwicklung von Stellenplänen und Dauer von Verfahren herauszugeben, allerdings gilt dies nicht bezüglich der Auskunft zu laufenden Verfahren. Stellen, die nur teilweise öffentlich-rechtlich tätig sind, müssen auch nur bedingt Informationszugang gewähren.

Insbesondere gilt dies für Kreditinstitute des Bundes, der Länder und Gemeinden. Die Grenzen sind hier dem des journalistischen Auskunftsanspruches sehr ähnlich, aber die Ausnahmegesetze sind genauer gefasst. Im Gegensatz zu dem journalistischen Auskunftsanspruch kann hier der Antragsteller festlegen, in welcher Form die Information erteilt werden soll und kann Akteneinsicht verlangen. Die beantragte Akteneinsicht kann allerdings in jeder anderen Form zugänglich gemacht werden, wenn diese einen geringeren Verwaltungsaufwand bedeutet. Der Antragsteller muss seinen Informationswunsch nicht begründen und muss sich beispielsweise als verdeckt recherchierender Journalist nicht zu erkennen geben. Es muss aber damit gerechnet werden, dass Betroffene von der Anfrage erfahren. Die Behörde gibt Dritten, deren Belange von dem Informationszugang berührt werden, immer eine Gelegenheit vorab eine Stellungnahme abzugeben.

Das Gesetz wurde erst in elf Bundesländern verabschiedet, bisher fehlen in Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Sachsen und Hessen noch Landesgesetze.

Mit Informationen sind Aufzeichnungen jeglicher Art und deren Speicherung gemeint. Entwürfe und Notizen sind hiervon ausgenommen.²³ Die Besonderheit dieses Gesetzes: „Journalisten bekommen mit dem IFG auf Wunsch gesamte Akten im Original [...]. Das ist der entscheidende Vorteil gegenüber den Landespressegesetzen.“²⁴ Das Gesetz gilt gegenüber allen Behörden des Bundes. Der Antragsteller kann selbst festlegen, in welcher Form ihm die Informationen ausgehändigt werden sollen, soweit er einen triftigen Grund dafür nennen kann.²⁵ Im Gegensatz zum journalistischen Auskunftsanspruch kann sich jeder auf das IFG berufen. Dieses ist allerdings nur bei den Verwaltungsbehörden anwendbar und bei jenen Ländern, die das IFG ratifiziert haben.

Jedoch zeichnet sich das Gesetz durch reichliche Ausnahmeregelungen aus. Hinzu kommen festgelegte Kosten, die auf den ersten Blick gering erscheinen, jedoch bei manchen journalistischen Recherchen sehr hoch ausfallen können.

Im Gesetz heißt es: „Jeder hat nach Maßgabe dieses Gesetzes gegenüber den Behörden des Bundes einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen.“²⁶ Hier wird also der problemlose Zugang zu allen Informationen gewährleistet – und das für jeden. Im weiteren Abschnitt des

²² Vgl. Potjans: <http://www.nachgehakt-online.de/s11.php> (Abgerufen am 13.06.2015)

²³ Vgl. IFG des Bundes 2 Abs. 1.

²⁴ Drepper, D: Schwarz auf Weiß. Auskunftsrechte, Diplomarbeit am Institut für Journalistik, 2012 TU Dortmund. S. 24.

²⁵ Vgl. IFG des Bundes §1 Abs. 2.

²⁶ Ebd., Abs. 1.

Gesetzes wird festgelegt, in welcher Form die Behörde die Informationen herausgeben kann. Die Behörde kann die „Auskünfte erteilen, Akteneinsicht gewähren oder Informationen in sonstiger Weise zur Verfügung stellen.“²⁷ Hier kann also die Behörde selbst festlegen, in welcher Form die Auskunft erteilt wird. Dies stellt das erste Hindernis dar – zu oft kommt es vor, dass ein Interview angefragt, jedoch nur schriftlich geantwortet wird.

Es liegt sehr oft im Interesse von Behörden, unangenehme Wahrheiten oder Fehler nicht öffentlich zu machen. Es liegt aber oft gerade im Interesse des Journalisten, genau diese Unstimmigkeiten an die Öffentlichkeit heranzutragen.

Bei dem IFG werden, wie bei allen Gesetzen, zunächst die öffentlichen Belange geschützt. Das bedeutet, dass der Informationsanspruch nicht besteht, wenn „das Bekanntwerden der Information nachteilige Auswirkungen haben kann auf internationale Beziehungen, bei Belangen der Bundeswehr und der inneren und äußeren Sicherheit.“²⁸ Wenn die Kontroll- und Aufsichtsaufgaben der Finanz-, Wettbewerbs- und Regulierungsbehörden, die Angelegenheiten der externen Finanzkontrolle oder die Maßnahmen zum Schutz des Außenwirtschaftsverkehrs durch die Informationserteilung beeinträchtigt werden, kann die Pflicht zur Auskunftserteilung nicht mehr geltend gemacht werden.²⁹ Auch bei diesem Gesetz werden laufende Gerichtsverfahren geschützt und keine Auskünfte erteilt. Des Weiteren werden behördliche Entscheidungsprozesse geschützt. In §4 ist festgelegt, dass keine Informationen herausgegeben werden, wenn „Entwürfe zu Entscheidungen sowie Arbeiten und Beschlüsse zu ihrer unmittelbaren Vorbereitung, soweit und solange durch die vorzeitige Bekanntgabe der Informationen der Erfolg der Entscheidung oder bevorstehender behördlicher Maßnahmen vereitelt“ werden könnten.³⁰ In § 5 wird, ähnlich wie bei allen Pressegesetzen, der Schutz personenbezogener Daten aufgeführt. In §6 werden schlussendlich die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse benannt. Der Anspruch kann nicht geltend gemacht werden, wenn „der Schutz geistigen Eigentums“³¹ dem Auskunftsanspruch gegenüber steht.

2.2.2 Das Umweltinformationsgesetz

Ähnlich wie bei dem IFG kann sich jede Person auf das UIG berufen. Sowohl beim Bund wie auch in allen Bundesländern können Umweltinformationen eingefordert werden. Auskunftspflichtig sind die Verwaltungsbehörden und Unternehmen, die in Bereichen tätig sind, die den Umweltschutz betreffen. Hierzu zählen beispielsweise Abfallentsorgungsunternehmen.³²

Es können lediglich Umweltinformationen erfragt werden, hierzu zählen Daten über den Zustand der Umwelt und welche Faktoren sich auf diesen Zustand auswirken. Ferner können Informationen über Maßnahmen und Tätigkeiten erfragt werden, die sich auf die Umwelt und deren Schutz

²⁷ Vgl. Ebd., Abs. 2.

²⁸ IFG des Bundes §3

²⁹ Ebd.

³⁰ IFG des Bundes §4

³¹ Vgl. IFG des Bundes §4

³² Vgl. Potjans: <http://www.nachgehakt-online.de/s11.php> (Abgerufen am 13.06.2015)

beziehen. Zu guter Letzt können Auswirkungen von Umweltveränderungen auf die menschliche Gesundheit und den Zustand von Kulturstätten und Bauwerken erfragt werden.³³

Ähnlich wie bei dem IFG, sind auch bei dem Umweltinformationsgesetz einige Ausnahmeregelungen aufgeführt. Der Anspruch kann nicht geltend gemacht werden, wenn öffentliche Belange gefährdet werden. So heißt es im Gesetz, dass keine internationalen Beziehungen, laufende Gerichtsverfahren und Ermittlungen gefährdet werden dürfen, es sei denn, das öffentliche Interesse überwiegt.³⁴ Personenbezogene Daten werden geschützt, wenn durch die Auskunftserteilung „Interessen der Betroffenen erheblich beeinträchtigt würden“.³⁵ Dies gilt ebenfalls für das Verletzen von Urheberrechten und das Bekanntgeben von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen. Die Auskunft wird auch dann verwehrt, wenn es offensichtlich ist, dass der Antrag missbräuchlich erstellt wurde.³⁶ Ein Antrag gilt als missbräuchlich, wenn „der Antragsteller über die begehrten Informationen verfügt“³⁷ oder „der Antragsteller sich die begehrten Informationen in zumutbarer Weise aus allgemein zugänglichen Quellen beschaffen kann“.³⁸

Der Anspruch kann nur an Stellen geltend gemacht werden, die über Umweltinformationen verfügen. Ist ein Prozess der Daten- und Informationsvervollständigung noch nicht abgeschlossen und kann das Anliegen nicht innerhalb eines angemessenen Zeitraumes bearbeitet werden, kann dem Antrag nicht entsprochen werden.³⁹

Vorteilhaft ist hier ähnlich wie beim IFG, dass der Antragsteller seinen Auskunftswunsch nicht begründen muss. Ein Journalist kann selbst festlegen, in welcher Form er die Informationen ausgehändigt bekommen möchte (mündlich/schriftlich). Es kann sogar eine Akteneinsicht verlangt werden, die Behörde hat dann immer die Möglichkeit, die Informationen in einer anderen Form zugänglich zu machen, wenn dies einen deutlich geringeren Arbeitsaufwand bedeutet.⁴⁰ In welcher Form Informationen von den Behörden herausgegeben werden, ist in §10 UIG festgelegt. Dort heißt es, dass „... der Wortlaut von völkerrechtlichen Verträgen [...], politische Konzepte sowie Pläne und Programme mit Bezug zur Umwelt“⁴¹ herausgegeben werden müssen. Außerdem können „Berichte über den Stand der Umsetzung von Rechtsvorschriften sowie Konzepten, Plänen und Programmen“ erfragt werden sowie Daten und Zusammenfassungen aus der Überwachung von Tätigkeiten, die sich auf die Umwelt beziehen.⁴² Des Weiteren können Zulassungsentscheidungen, die Auswirkungen auf die Umwelt haben und zusammenfassende Darstellungen und Bewertungen der Umweltauswirkungen erfragt werden.⁴³

³³ Vgl. ebd.

³⁴ UIG §§ 3, 4, 5

³⁵ Ebd.

³⁶ Vgl. Potjans: <http://www.nachgehakt-online.de/s11.php> (Abgerufen am 13.06.2015)

³⁷ UIG § 4 Abs. 4

³⁸ UIG § 4 Abs. 5

³⁹ Vgl. Potjans, Mareike: <http://www.nachgehakt-online.de/s11.php> (Abgerufen am 13.06.2015)

⁴⁰ Vgl. ebd.

⁴¹ UIG §10 Abs. 2

⁴² UIG § 10 Abs. 5

⁴³ UIG §10 Abs. 6

2.2.3 Das Transparenzgesetz

Dieses Gesetz ist eine neue Form der Pressegesetze und ist bisher lediglich im Stadtstaat Hamburg gültig. Das Gesetz vom 19. Juni 2012 bedeutet einen großen Schritt die Informationsfreiheit betreffend. Neben dem Informationszugangsanspruch für jedermann verpflichtet das Gesetz erstmalig in Deutschland die Exekutive, bestimmte Dokumente unaufgefordert und in zeitgemäßer elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.⁴⁴

Das Transparenzgesetz Hamburg dient der Fortentwicklung des mit dem Hamburgischen Informationsfreiheitsgesetz (HmbIFG) vom 17. Februar 2009 verfolgten Anliegens „die Transparenz und damit die Akzeptanz des Verwaltungshandelns zu erhöhen“.⁴⁵

Die Informationen, die eingefordert werden können, beinhalten jede Aufzeichnung, egal welcher Art.⁴⁶ Die Transparenz staatlicher Stellen kann sich nicht nur darauf beschränken, Anfragen zu beantworten. „Informationen gehören ins Netz.“⁴⁷ Nach dieser Devise wurde in Hamburg das in Deutschland einzigartige Gesetz verabschiedet.

Politik und Verwaltung müssen zukünftig Dokumente des öffentlichen Interesses direkt und kostenlos im Internet zugänglich machen. Das Transparenzgesetz enthält somit mehr Freiheiten als das deutsche IFG. Gregor Hackmack, der unter anderen das Transparenzgesetz mit auf den Weg brachte, zeigt auf, welche Informationen künftig kostenfrei und für jedermann zugänglich im Internet verfügbar sein sollen: Senatsbeschlüsse, Gutachten, öffentliche Pläne, Geodaten, Subventionsvergaben und Bau- bzw. Abrissgenehmigungen.⁴⁸

Veröffentlichungspflichtig sind insbesondere auch alle Verträge über 100.000 Euro, die im weitesten Sinne die öffentliche Allgemeinversorgung betreffen. Wesentliche Unternehmensdaten städtischer Beteiligung inklusive der jährlichen Vergütungen und Nebenleistungen der Leitungsebene sind ebenfalls verpflichtend zu veröffentlichen.

Personenbezogene Daten sowie juristisch klar definierte Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bleiben aber geschützt. In Zweifelsfällen entscheidet der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit.⁴⁹ Zum Schutze der personenbezogenen Daten müssen diese unkenntlich gemacht werden.⁵⁰

⁴⁴ Berger: Entwicklung der Informationsfreiheit, S. 70

⁴⁵ HmbTG 1 Abs.1

⁴⁶ HmbTg 1 Abs. 1

⁴⁷ Roth, Jürgen: Zukunft der Informationsfreiheit, Symposium des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit am 8. und 9. Juni 2011 in Berlin, in: Datenschutz und Datensicherheit – DuD 35 (2011), S. 394

⁴⁸ HmbTG § 3, Abs. 1 2 3 ff

⁴⁹ Vgl. HmbTG § § Abs. 5 – 15

⁵⁰ Gesetzesentwurf: Transparenzgesetz Hamburg (TGH), 1. Anlass

3 Geschichte der Pressefreiheit

3.1 Geschichtlicher Werdegang

„Zu den wenigen Grundrechten, die vermittels Konventionen, Deklarationen, Verfassungen und Gesetzen rund um den Globus anerkannt sind, gehört seit einem halben Jahrhundert die Pressefreiheit.“⁵¹

Die Idee der vollständigen Transparenz gegenüber dem Bürger ist schon länger Thema der Politik. Mehrere Gesetzesvorschläge wurden vorgetragen – es dauerte aber mehrere Jahrzehnte, bis sich Deutschland endlich auf ein Gesetz einigen konnte. „Es ist eine historische Tatsache, dass der voraussetzungslose Zugang zu staatlichen Informationen in Deutschland nur deshalb von Gesetzes wegen gewährt wurde, weil die europäische Gemeinschaft dies erzwang.“⁵² Die ersten, die schließlich ein Gesetz zur Pressefreiheit verabschiedeten, waren die Schweden, die am 2. Dezember 1766 ein Gesetz verabschiedeten, dass unserem IFG ähnelt.⁵³ Die Schweden haben sich bei ihrem Gesetz ironischerweise an Gesetzen des frühen Chinas orientiert. Im China des siebten Jahrhundert gab es Traditionen, die engagierte Beobachter bei Entscheidungen der Regierung kritisieren sollten, um Korruption, Ineffizienz und schlechtes Regierungshandeln zu bekämpfen.⁵⁴ So ist Schweden einer der Vorreiter in Sachen Informationsfreiheit. Schwedische Behörden müssen ständig eine aktualisierte Liste all ihrer Dokumente vorlegen und auf IFG-Anträge sofort reagieren.⁵⁵ Es dauerte aber noch bis 1951 ehe mit Finnland ein weiteres europäisches Land ein offizielles IFG verabschiedete.⁵⁶ Auch in Amerika ist die Informationsfreiheit ein geschätztes Gut.⁵⁷ Der Freedom of Information Act (FOIA) wurde in den USA 1966 eingeführt.

Den Bürgern und Bürgerinnen wurde damit die Einsicht in die Akten der Bundesverwaltung garantiert. Zwar soll der FOIA der Öffentlichkeit ein möglichst großes Maß an Transparenz der Verwaltungsorgane gewährleisten, allerdings sind ebenfalls Ausnahmen festgelegt (Geheimhaltung). Der FOIA wurde zuletzt 1982 ergänzt – die gravierendsten Verschärfungen stammen aus dem Jahr 1974 – nach dem der Machtmissbrauch durch die Nixon Administration (Watergate-Affäre) bekannt wurde. Während des Präsidentschaftswahlkampfes 1972 brachen Beauftragte des Wahlkomitees der Republikaner in das Hauptquartier der Demokratischen Partei im Watergate Building in Washington ein und installierten dort Abhörgeräte. Die Täter wurden

⁵¹ Vgl. Haller, Michael: Vorwort, in: ders. (Hrsg.): Das freie Wort und seine Feinde, Konstanz 2003, S.11

⁵² Vgl. Mecklenburg, W./Pöppelmann, B: Informationsfreiheitsgesetz. Gesetzestexte Kommentierungen Fallbeispiele, Bonn 2007, S.16

⁵³ Vgl. Shrivastava, KM: “The right to information – a global perspective”. Lancer Inter Consult, Frankfurt (Illinois) 2009, S. 1

⁵⁴ Vgl. ebd., S. 2ff.

⁵⁵ Vgl. Ebd.

⁵⁶ Zitiert nach Drepper: Schwarz auf Weiß, S. 14

⁵⁷ Vgl. Peter Schaar: Das Recht auf freien Zugang zu Informationen öffentlicher Stellen: <https://archiv.cilip.de/alt/ausgabe/54/cilip1.htm> (abgerufen am 13.06.2015)

gefasst, es stellte sich durch journalistische Nachforschungen heraus, dass Nixon davon wusste. Erfolglos wurde versucht, die Aufdeckung zu vertuschen. Nixon kam einer Abstimmung über eine Anklageerhebung zuvor und trat am 9.8.1974 zurück.⁵⁸ Der Nachfolger Gerald Ford gewährte den Journalisten Straffreiheit für alle ungesetzlichen Handlungen im Zusammenhang mit der Aufklärung des Skandals.

Bald nach den USA verabschiedeten die nächsten westlichen Länder Informationsfreiheitsgesetze, Norwegen 1970, Frankreich und die Niederlande im Jahre 1978. Bis 1990 hatten 14 Länder internationale Informationsfreiheitsgesetze – Deutschland noch nicht. Die starke Ausbreitung ist nicht zuletzt den Vereinten Nationen zu verdanken. In der ersten Sitzung der UN-Generalversammlung legte die UN in Resolution 59 (1) fest:

"Freedom of information is a fundamental human right and [...] the touchstone of all the freedoms to which the UN is consecrated."⁵⁹

Dementsprechend wird 1948 in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der UN-Generalversammlung festgelegt:

"Everyone has the right to freedom of opinion and expression; this right includes freedom to hold opinions without interference and to seek, receive and impart information and ideas through any media and regardless of frontiers."⁶⁰

In Deutschland wurden die weiterführenden Informationsfreiheitsgesetze erst in den 1990er Jahren ernsthaft vorangetrieben. Jedoch zeichnet sich jedes dieser Gesetze durch reichliche Ausnahmefälle und Regelungen aus. Berichterstatter machten deutlich, dass Informationsfreiheit nicht nur bedeutet, sich aus allen öffentlichen Quellen zu unterrichten, sondern auch Informationen von den Behörden einsehen zu können.⁶¹

„Es bleibt daher eine historische Tatsache, dass der voraussetzungslose Zugang zu staatlichen Informationen in Deutschland nur deshalb von Gesetzes wegen gewährt wurde, weil die Europäische Gemeinschaft dies erzwang.“⁶²

Seit Anfang der 2000er Jahre ist das Recht auf Informationsfreiheit auch fester Bestandteil der Programmatik der vereinten Nation. Im Jahre 2001 verabschiedet die Europäische Union die Transparenzverordnung, aber hier sind ähnlich wie beim IFG relativ umfassende Ausnahmen genannt. Zudem sind Dokumente, die als vertraulich, geheim oder sehr geheim eingestuft sind,

⁵⁸ O.A.: Richard Nixon - Die Watergate-Affäre: <http://www.wissen.de/richard-nixon-die-watergate-affaere> (abgerufen am 06.07.2015)

⁵⁹ International Standards, The Guarantee of Freedom Expression, Url: http://www.unesco.org/webworld/publications/mendel/inter_standards.html (abgerufen am 18.07.2015)

⁶⁰ Shrivastava: "The right to information, S. 28

⁶¹ Zit. n. Drepper: Schwarz auf Weiß, S. 16

⁶² Mecklenburg/Pöppelmann: Informationsfreiheitsgesetz, S. 16

nicht zugänglich.⁶³ Jedoch erhöhte sich durch die Entwicklung und Erweiterung der Europäischen Union der Druck nun auf deutschem Boden ein Informationsfreiheitsgesetz einzuführen.⁶⁴

Als die Europäische Gemeinschaft im Jahre 1990 eine Richtlinie zum freien Zugang zu Umweltinformationen erließ, reagierte die Bundesregierung und erließ ein Umweltgesetz. Dies war jedoch so mangelhaft (es drohten sehr hohe Kosten für den Antragsteller), dass die EU-Kommission gegen das Gesetz vor dem Europäischen Gerichtshof klagte, gewann und Deutschland zu einem neuen, überarbeiteten Gesetz zwang.⁶⁵ Dieses Gesetz trat 2001 in Kraft.⁶⁶

Politische Stärkung für ein allgemeines Akteneinsichtsrecht gab es schon Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre. FDP und die Junge Union forderten ein Recht auf Akteneinsicht oder die Erweiterung des Artikels 5 des Grundgesetzes. Die Vorschläge wurden allerdings nicht von den damals regierenden Parteien CDU, CSU und FDP als Anlass wahrgenommen, entsprechende Gesetze zu verabschieden.⁶⁷

Gerade in den 1990er Jahren wurde wegen eines Informationsfreiheitsgesetzes viel diskutiert. 1993 erreichte ein Vorschlag für Informationsfreiheit in der Verfassungskommission des Bundesrates nur die einfache, nicht aber die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit. Nach dem fehlgeschlagenen Versuch war es die rot-grüne Fraktion, die sich besonders für Informationsfreiheitsgesetze einsetzte. „In der Politik gab es vor allem von der damaligen rot-grünen Fraktion sehr viel Zuspruch, allerdings wurde dieses Vorhaben durch die damalige Regierungskoalition Union und FDP blockiert. 1998 nahm die rot-grüne Regierung schnell ein Informationszugangsrecht in ihrem Koalitionsvertrag auf.“⁶⁸ Auch während der zweiten Legislaturperiode stagnierte die Erarbeitung seitens der Bundesregierung. So bildete sich ein Arbeitskreis bestehend aus Abgeordneten der Koalitionsfraktion, um einen neuen Gesetzesentwurf zu erarbeiten.⁶⁹ Zwei Mitglieder, die Professoren Friedrich Schoch und Michael Kloepper, legten einen eigenen Entwurf im Jahre 2002 vor. Jedoch wurden diese Arbeiten begleitet – wenn nicht sogar überwacht – von Vertretern der verschiedensten Ressorts der Bundesregierung, die versuchten ihre Partikularinteressen einzubringen.⁷⁰ Dies hatte zur Folge, dass sich ein Ad-hoc Bündnis aus Vertretern von Journalisten- und Bürgerrechtsorganisationen aktiv mit in die Diskussion einschaltete. Dieses legte dann einen eigenen Entwurf vor, der dann dem damaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse überreicht wurde.⁷¹ Das Bündnis erhielt mehrfach die Gelegenheit, sich vor der parlamentarischen Arbeitsgruppe zu äußern. Dies sorgte wiederum dafür, dass die Medien auf das Thema vermehrt aufmerksam wurden. Als das Gesetz an den Bundesrat weitergegeben wurde, konnte es aus Zeitgründen in der Legislaturperiode nicht mehr ratifiziert werden. So trat das Gesetz dann nach der Ausfertigung am 5. September 2005 am 1. Januar 2006 in Kraft.

⁶³ Vgl. Ebd.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Ebd., S. 17

⁶⁶ Zit. n. ebd., S. 17

⁶⁷ Ebd., S. 18

⁶⁸ Zit. n. ebd., S. 18

⁶⁹ Vgl. Mecklenburg/Pöppelmann: Informationsfreiheitsgesetz, S. 15

⁷⁰ Vgl. ebd.

⁷¹ Vgl. ebd.

Dieses „aus Abwehrrecht gegenüber dem autoritären Staat hervorgegangene Grundrecht“⁷² hat zwei Wurzeln:

Die eine Wurzel der Pressefreiheit in Deutschland gründet im Kampf um die Meinungsäußerungsfreiheit der Bürger, die sich aus der Bevormundung durch den Ständestaat emanzipieren und politisch artikulieren wollten. Mit der Forderung ging die Idee „eines öffentlichen Diskurses, der die politische Partizipation und soziale Integration befördern sollte“⁷³ einher.

Die ältere und zweite Wurzel gründet im England der Nach-Cromwell-Ära, wo mit der Parlamentarisierung des Unterhauses und der Abschaffung der staatlichen Vorzensur seit 1694 die Meinungsfreiheit faktisch gegeben war. Seither drehte sich der Kampf um die Pressefreiheit in erster Linie um die öffentliche Kontrolle staatlicher Gewalt, ablesbar an der Auseinandersetzung um die Parlamentsberichterstattung.⁷⁴ Empirische Untersuchungen belegten einen Niedergang in England für die Presse. Mitte der neunziger Jahre hatte keine britische Zeitung mehr eine der Parlamentsberichterstattung gewidmete Seite, die wortgetreue Auszüge aus den Reden der Mitglieder im Unterhaus enthielt. Es herrschte ein langer Kampf um die Verwirklichung der freien Parlamentsberichterstattung.⁷⁵ Nachdem allerdings das Ziel der freien Parlamentsberichterstattung erreicht war, hatten die Journalisten bereits das Interesse verloren.⁷⁶

Einer der ersten Auseinandersetzungen um das Presserecht und die freie Arbeit der Journalisten fand im Jahre 1962 statt und ist unter dem Namen „Spiegel-Affäre“ bekannt. Das Vorgehen gegen Journalisten rief deutschlandweit Proteste und Widerspruch hervor.

3.2 Die Spiegel Affäre

Am 10. Oktober erschien im Spiegel in Heft Nr. 42 ein Artikel mit dem Namen „Bedingt abwehrbereit“. Dieser Artikel erörterte die militärische Situation der Bundesrepublik und der NATO sowie militärische und strategische Probleme. Die NATO hatte kurz zuvor eine Stabsrahmenübung durchgeführt, die unter dem Namen Fallex 62 bekannt war. Das Ergebnis war niederschmetternd – für den angeblich bevorstehenden Krieg gab es zu wenig Geräte, Waffen, Soldaten und Geld.⁷⁷ Fallex 62 hatte ebenfalls gezeigt, dass nach Beginn eines vermeintlichen Krieges das deutsche Sanitätswesen sowie die Lebensmittelversorgung zusammengebrochen wären. Die Nato-Oberen stellten den deutschen Truppen und ihren Befehlshabern ein Zeugnis aus, Urteil „zur Abwehr bedingt geeignet“.⁷⁸ Der Artikel polemisierte gegen eine Ausstattung der Bundeswehr mit

⁷² Vgl. Haller, S. 11

⁷³ Vgl. ebd.

⁷⁴ Vgl. ebd.

⁷⁵ Vgl. Wilke, J. : Auf langem Weg zur Öffentlichkeit: Von der Parlamentsdebatte, in: Ders.: Zerfall der Öffentlichkeit? Wiesbaden 2000, S. 34

⁷⁶ Vgl. Wilke: Weg zur Öffentlichkeit, S. 35

⁷⁷ Vgl. Wiegrefe, Klaus (2014): Die Spiegel- Affäre. Veröffentlicht am 02. Mai 2014, <https://www.voebb.de/aDISWeb/app;jsessionid=8262893BB91380FEFEC4CDF1D2901EF4> (Zugriff am 19.06.2015), S. 7f.

⁷⁸ Ebd.

Atomwaffen und setzte sich - entgegen der Ansicht des damaligen Bundesverteidigungsministers Franz Josef Strauß - für eine stärkere Ausrüstung mit herkömmlichen Waffen ein.⁷⁹

Bereits am selben und am folgenden Tage leitete der Generalbundesanwalt gegen den Herausgeber und einige Redakteure des Nachrichtenmagazins ein Ermittlungsverfahren wegen Landesverrats ein. „Er erbat ein Gutachten vom Bundesverteidigungsministerium, das der in diesem Ministerium tätige damalige Oberregierungsrat Dr. W. erstattete. Nach dem Eingang des Gutachtens und nach eingehenden Vorbesprechungen mit dem Gutachter und dem damaligen Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium H. erwirkte der Generalbundesanwalt am 23. Oktober 1962 richterliche Durchsuchungsbefehle und Haftbefehle gegen Augstein und Ahlers.“⁸⁰

18 Tage später schlug die Staatsmacht zu und stürmte die Redaktionen in Hamburg, Bonn und Düsseldorf. Beamte des Kriminalamtes, Polizisten und Soldaten des militärischen Abschirmdienstes durchsuchten die Redaktionsräume und Privatwohnungen der Spiegel-Mitarbeiter und nahmen 7 Redakteure und mehrere Verlagsmitarbeiter fest. Das Archiv wurde versiegelt, das Informanten-Netz des Spiegels sollte identifiziert werden und Verlage und Redaktionen wurden wochenlang besetzt. Noch nie wurde in der jungen Republik mit so harten Maßnahmen gegen ein Presseorgan vorgegangen wie in diesem Fall. Rudolf Augstein, der damalige Herausgeber des Spiegels, der zu jenem Zeitpunkt auch inhaftiert wurde, ging von einer gewollten Vernichtung des Spiegels aus.

Diese „gewollte Vernichtung“ wurde im Wesentlichen von zwei Stellen vorangetrieben: Zum einen war dies die Staatsanwaltschaft in Karlsruhe. Der damalige Verteidigungsminister Strauß ließ den Titelauteur Conrad Ahlers widerrechtlich in Spanien festnehmen. Zum anderen war es Kanzler Konrad Adenauer, der das gesamte Verfahren gegen den Spiegel begrüßte und sogar öffentlich zum Boykott des Magazins aufrief.⁸¹

Die Gesellschaft war zu Adenauers Zeiten aber seit längerem in einem grundsätzlichen Wandel begriffen. Es begann die Zeit, wo Beamte Bürger nicht mehr wie Untertanen behandeln konnten, Frauen nicht mehr ihren Ehemann um Erlaubnis fragen mussten, wenn sie einen Beruf ausüben wollten und Studenten sich nicht mehr siezten. Diesen Fortschritt bezeichnete Adenauer gerne als „gesellschaftlichen Verfall“. Die Überreaktion des Staates gegenüber dem Erscheinen des Artikels im Spiegel provozierte also nun umso mehr einen Aufstand der Bürger und dieser entwickelte sich zu einer der größten Sympathiekundgebungen und einer landesweiten Protestwelle.

Dieser Skandal wurde überall diskutiert. Das Magazin überlebte den Angriff auf die Freiheit der Presse jedoch nicht zuletzt wegen des Aufbegehrens der Deutschen. Monatelang kam es zu Protesten, Demonstrationen und Sitzstreiks. In Hamburg postierten sich mehrere Demonstranten vor dem Untersuchungsgefängnis, in dem Augstein einsaß. Ihr Motto war „Spiegel tot – Freiheit ist tot“. Hinzu kamen die anderen überregionalen Magazine und Tageszeitungen wie Stern, Zeit und

⁷⁹ BVerfGE 20, S. 162 ff. (174/175).

⁸⁰ Vgl. Wiegrefe: Die Spiegel- Affäre, S. 8ff

⁸¹ Vgl. Wiegrefe: Die Spiegel- Affäre, S. 8ff

die Süddeutsche Zeitung, die sich an die Seite des Spiegels und somit gegen Adenauer und seine Gefolgschaft stellten.⁸²

Die Spiegel-Affäre und ihre Folgen beschreibt eine ganz neue Art der Mobilisierung der Öffentlichkeit, ein neues Staatsverständnis bildete sich heraus. Es formierte sich eine innere Opposition, die einen Machtwechsel anstrebte. Dieses Vorhaben klappte 1969, indem Willy Brandt zum neuen Kanzler von Deutschland gewählt wurde. Deutschland erlebte im Spätherbst 1962 eine neue, zweite Demokratisierung und einen kräftigen Liberalisierungsschub. Die Politik wurde nun nicht mehr einfach von oben nach unten konzipiert - es musste jetzt mit öffentlichem Widerstand gerechnet werden.⁸³

Die Spiegel-Mitarbeiter kamen wieder frei, aber es war Augstein selbst, der am längsten in Haft verweilen musste. 103 Tage verblieb der Herausgeber in Untersuchungshaft. Nach diesem Ereignis war der Spiegel einflussreicher und auflagenstärker denn je.

Die Spiegel-Affäre wurde zum demokratischen Fegefeuer der jungen Bundesrepublik. Rudolf Augstein wurde in den publizistischen Hochadel erhoben; und das Spiegel-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1966 wurde zum Triumph der Pressefreiheit.⁸⁴

3.3 Das Cicero Urteil

Ein weiterer Fall, in dessen Verlauf das Presserecht außer Kraft gesetzt wurde, ereignete sich 2005. Am 12. September des Jahres wurden die Redaktionsräume der Zeitschrift Cicero und die Wohnung des Redakteurs Bruno Schirra durchsucht.⁸⁵ Dem Redakteur und seinem Magazin wurde „Beihilfe zum Geheimnisverrat“ vorgeworfen. Als Reaktion auf einen Bericht wurden seitens des Bundes sämtliche Computerdaten, sowie sonstiges journalistisches Material beschlagnahmt, insgesamt 15 Kisten.⁸⁶

In jenem Bericht wurde „über den Terroristen und Vertrauten Osama bin Ladens, Abu Mussab Al Sarkawi, und dessen Verbindungen zum Iran und zu dortigen Attentatsplänen“⁸⁷ berichtet. „Darin war auch aus geheimen BKA-Papieren zur Finanzierung islamistischer Terroristen zitiert worden.“⁸⁸ Die Zeitschrift soll verbotenerweise Unterlagen mit der Geheimhaltungsstufe „VS“ öffentlich gemacht haben.⁸⁹ Die Durchsuchung brachte nichts, die geheimen Unterlagen konnten nicht gefunden werden. Das Magazin klagte gegen diese Vorgehensweise und sah ihre Pressefreiheit in

⁸² Vgl. ebd.

⁸³ Vgl. Ebd.

⁸⁴ Vgl. Prantl, H.: Innere Sicherheit contra Pressefreiheit: Warum Artikel 5 GG einer Restaurierung bedarf, in: Publizistik 52 (2007), S. 303

⁸⁵ Spiegel-Online Kultur: Cicero-Durchsuchung: Chronik einer Affäre, vom 27.02.2007, <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/cicero-durchsuchung-chronik-einer-affaere-a-468868.html> (abgerufen am 20.06.2015)

⁸⁶ Vgl. Prantl, H.: Innere Sicherheit, S. 304

⁸⁷ Vgl. ebd.

⁸⁸ Vgl. ebd.

⁸⁹ Vgl. Spiegel-Online Kultur: Cicero-Durchsuchung

Gefahr. 2007 kam dieser Fall vor das Bundesverfassungsgericht. Man sah die Pressefreiheit tatsächlich gefährdet und das Magazin bekam Recht. In dem Urteil heißt es:

„Die Anordnung der Durchsuchung der Redaktionsräume von CICERO und die Beschlagnahme der dort aufgefundenen Beweismittel stellen einen verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigten Eingriff in die Pressefreiheit des Beschwerdeführers dar.“⁹⁰

Ähnlich wie 33 Jahre zuvor handelten die Beamten voreilig, indem sie die Redaktionsräume stürmten. Der Grund war nicht ausreichend, wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil begründete. „Die Gerichte haben dem verfassungsrechtlich gebotenen Informantenschutz nicht hinreichend Rechnung getragen. Die bloße Veröffentlichung eines Dienstgeheimnisses in der Presse durch einen Journalisten reicht nicht aus, um einen zu einer Durchsuchung und Beschlagnahme ermächtigenden Verdacht der Beihilfe des Journalisten zum Geheimnisverrat zu begründen.“⁹¹

Der Informationsschutz wurde hier erst gar nicht berücksichtigt. Die Durchsuchung der Redaktionsräume war rechtswidrig. Auch dieses Urteil wird als ein weiterer Meilenstein für das Presserecht angesehen. Das Urteil wird von vielen als „verbesserter Schutz für Journalisten“⁹² bezeichnet. Es ist sogar von einer „Restauration des Presserechts“ die Rede.⁹³

3.4 Die Thüringer „Mogelpackung“

Das erste vom Thüringer Landtag initiierte IFG wurde bereits 2008 verabschiedet. Dieses Gesetz verwies aber lediglich auf das bestehende Bundesgesetz und war somit für Bürger schwer handhabbar, außerdem war es fast unmöglich, mit dem bestehenden Gesetz seinen Auskunftsanspruch geltend zu machen.⁹⁴ 2012 wurde schließlich an einem neuen Gesetzesentwurf gearbeitet, der allerdings Kritik hervorrief.

Der Entwurf für das Thüringer IFG wurde 2012 veröffentlicht. Sofort erhob sich Kritik, da diese Gesetzesvorlage mehr Ausnahmen beinhaltete als es ohnehin schon bei dem IFG des Bundes üblich ist. Das Gesetz sollte bereits im Erfurter Landtag beschlossen werden, wurde aber bedingt durch das hohe Kritikaufkommen nicht verabschiedet.⁹⁵

⁹⁰ Vgl. Bundesverfassungsgericht: Durchsuchung und Beschlagnahme bei Cicero verletzen Pressefreiheit, vom 27. 02.2007, <http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2007/bvg07-021.html> (abgerufen am 20.06.2015)

⁹¹ Vgl. ebd.

⁹² Vgl. Hintergrund: Fünf Jahre nach dem Cicero-Urteil: Leicht verbesserter Schutz für Journalisten, vom 11.05.2012, <http://www.hintergrund.de/201205112058/politik/inland/fuenf-jahre-nach-dem-cicero-urteil-leicht-verbesserter-schutz-fuer-journalisten.html> (abgerufen am 20.06.2015)

⁹³ <http://www.sueddeutsche.de/politik/cicero-urteil-restaurierung-eines-grundrechts-1.313228>

⁹⁴ DuD 37 (2013), S.193f

⁹⁵ Vgl. <http://pressefreiheit-in-deutschland.de/mogelpackung-informationsfreiheitsgesetz-in-thueringen/> (abgerufen am 23.06.2015)

Darin ist festgelegt, dass das Gesetz nur für „Universitätskliniken, Forschungseinrichtungen, Hochschulen, Schulen sowie Prüfungseinrichtungen“⁹⁶ gültig ist, „soweit sie nicht im Bereich von Forschung und Lehre, Leistungsbeurteilungen und Prüfungen tätig werden.“⁹⁷ Der Informationsanspruch kann ebenfalls nicht geltend gemacht werden, wenn es um Informationen aus Verfahrensakten von Gerichten und Staatsanwaltschaften geht.⁹⁸ Nachdem der Antrag⁹⁹ und das Verfahren¹⁰⁰ geregelt wurden, sind noch mehr Ausnahmetatbestände aufgeführt,¹⁰¹ wie beispielsweise der Schutz der öffentlichen Belange, Schutz der privaten Interessen und behördlicher Entscheidungsprozesse. Auch hier fällt auf, dass weitaus mehr Ausnahmen galten als üblich. Besonders bemerkenswert war der folgende Absatz: „Der Anspruch auf Informationszugang besteht nicht, wenn das Bekanntwerden der amtlichen Informationen nachteilige Auswirkungen haben kann auf die Funktionsfähigkeit und die Eigenverantwortung des Landtags, des Rechnungshofs, der Organe der Rechtspflege oder der Landesregierung.“¹⁰²

Viele Verwaltungsbereiche blieben verschlossen und es war schwer, als Normalbürger nach diesem Gesetz Informationen zu erlangen. Dies fand auch die Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche e.V. Sie kritisierte den Gesetzesentwurf scharf: „Die jetzige Vorlage ist eine Mogelpackung“, sagte Oliver Schröm, Vorsitzender von Netzwerk Recherche. „Wenn die Landesregierung in Thüringen den Bürgern und der Öffentlichkeit keinen freien Zugang zu den Informationen in Ihren Behörden geben will, soll sie das offen sagen. Die Gesetzesvorlage dient allein der Geheimhaltung und trägt somit zu Unrecht den Namen Informationsfreiheitsgesetz.“¹⁰³ Das Gesetz erfülle nicht die wesentlichen Punkte eines Informationsfreiheitsgesetzes, so sein Urteil. Die Ausnahmetatbestände seien so hoch, dass es keinem Bürger einen wirklich freien Informationszugang ermöglichen könne.

Auch die Fristregelungen waren Punkte, die sehr „schwammig“ formuliert wurden. Während die Ausnahmenregelungen keinen Freiraum ließen, waren diese im Bereich der Fristenregelungen umso mehr vorhanden.

Nach der neuen Überarbeitung verfügt Thüringen seit dem Jahreswechsel 2013 über ein neues IFG. Die Spezialgesetze, wie das Datenschutzgesetz und das Umweltinformationsgesetz blieben auch weiterhin bestehen.¹⁰⁴ Den Bürgern wurde nun der freie Zugang zu sämtlichen bei Behörden vorliegenden Informationen gewährt – unter Wahrung schutzwürdiger Belange Dritter.¹⁰⁵ Während des Verfahrens prüft die Behörde, ob der Schutz von Daten privater Dritter betroffen ist.¹⁰⁶ Auch

⁹⁶ ThürlFG §1 Abs. 5

⁹⁷ Ebd.

⁹⁸ Vgl. ThürlFG §1 Abs. 7

⁹⁹ ThürlFG 5

¹⁰⁰ ThürlFG §6

¹⁰¹ ThürlFG §§ 7 8 9

¹⁰² ThürlFG § 7 Abs. 1

¹⁰³ Mogelpackung: Informationsfreiheit in Thüringen, vom 21. 11.2012, [Url:http://pressefreiheit-in-deutschland.de/mogelpackung-informationsfreiheitsgesetz-in-thueringen/](http://pressefreiheit-in-deutschland.de/mogelpackung-informationsfreiheitsgesetz-in-thueringen/) (abgerufen am 18.07.2015)

¹⁰⁴ Vgl. DuD – Datenschutz und Datensicherheit, Volume 37 (2013), S.193

¹⁰⁵ Vgl. Ebd.

¹⁰⁶ Vgl. Ebd.

die Dauer des Verfahrens ist jetzt genauer geregelt, die Behörde ist verpflichtet, die Information innerhalb eines Monats zu erteilen. Nur in begründeten Ausnahmefällen darf die Behörde den Zeitraum angemessen verlängern.¹⁰⁷

¹⁰⁷ Vgl. DuD – Datenschutz und Datensicherheit, Volume 37 (2013) S.194

4 Aktuelle Lage

4.1 Presserecht

Michael Haller ist Medienwissenschaftler und sieht allen Grund zur Besorgnis. Für ihn gibt es „genügend Gründe, um im Hinblick auf die Verwirklichung der Pressefreiheit pessimistisch zu sein“.¹⁰⁸ Obwohl in fast jedem Land ein Pressefreiheitsgesetz besteht, hinreichend durchgeführt und anerkannt ist sie immer noch nicht. Weltweit werden Journalisten inhaftiert, bloß weil sie ihrer Arbeit nachgekommen sind. Die Fallzahlen sind erschreckend hoch für eine allgemein gültige Pressefreiheit.

Es ist nicht nur der Anschlag vom 11. September, der eine „soziokulturelle Verhärtung“¹⁰⁹ herbeiführte. Die Informations- und Meinungsfreiheit wird eingeschränkt, und das aus „mentalitätsgeprägten“ Sicherheitsgründen. Hier zeigt sich die Abhängigkeit der politischen Systeme, die durch das aktuelle Meinungsklima widerspiegelt werden.¹¹⁰ In den Presserechten IFG, UIG und nach dem Transparenzgesetz kann ein Informationsanspruch nie geltend gemacht werden, wenn internationale Beziehungen oder andere öffentliche Belange gefährdet sind.

Freedom House, eine weltweit um „Demokratie und Freiheit“ bemühte Non-Profit-Organisation, prüft die Verhältnisse in allen Staaten, beobachtet und analysiert die dort ausgeübte Presse- und Meinungsfreiheit. Sie kam in ihrem Jahresbericht 2003 zu dem Befund, dass derzeit in 78 der 193 registrierten Staaten (41 Prozent) die Pressefreiheit voll existierte, weitere 47 Staaten (24 Prozent) die Pressefreiheit teilweise realisiert hatten, während in dem verbleibenden Drittel (68, in denen 42 Prozent der Weltbevölkerung leben) derzeit kaum Pressefreiheit existiert.¹¹¹

Auch die Entwicklung der Staaten in den letzten Jahren ist interessant: Während in nur 2 Staaten eine Verbesserung registriert wurde, wurde in 11 Staaten eine deutliche Verschlechterung festgestellt – darunter Russland, Armenien, Ukraine, Thailand, Peru und Panama.¹¹²

Unter anderem mitbewertet wurde der Fakt, dass Journalisten bei der Ausübung ihrer Arbeit massiv behindert werden. Dabei wird zwischen zwei Arten von Journalisten unterschieden: Diejenigen, die als „brave“ Berichterstatter gelten und jene, die provokant und aggressiv Geschehnisse kommentieren.

Dabei macht es keinen Unterschied, wie ein Journalist sich bei seiner Arbeit verhält, denn besonders in den Ländern Turkmenistan, Kuba, Nordkorea und Burma, die sich im letzten Drittel

¹⁰⁸ Haller: Vorwort, S. 23

¹⁰⁹ Ebd.

¹¹⁰ Vgl. ebd.

¹¹¹ Zit. n. ebd., S. 14

¹¹² Ebd.

der Rangliste befinden, wird Journalisten generell Probleme bei der Ausübung ihrer journalistischen Tätigkeit bereitet.¹¹³

In Europa wird die Einschränkung der Persönlichkeitsrechte zunehmend registriert. Für die relevanten Informationszugänge sind Ausnahmen festgelegt. Testrecherchen ergaben jetzt, dass auch die EU-Behörden in Brüssel keine Einsicht in Dokumente gewährten.¹¹⁴ Im internationalen Vergleich liegt Deutschland weit hinten, wenn es um Transparenz geht. Zwei Non-Profit Organisationen aus Schottland - „access !Nfo“ und „Centre for Law and Democracy“ - bewerteten die Informationsfreiheit in 93 Ländern nach 61 Kriterien. Die Transparenz betreffend wurde Deutschland so schlecht bewertet, dass es im Ranking auf Platz 89 rutschte - hinter Länder wie Jordanien, Simbabwe und Tadschikistan.¹¹⁵

Auch in Deutschland gibt es noch Razzien gegen Journalisten. „Ein Exempel dafür ist das Karlsruher Urteil vom 12. März 2003, in dem es die Verfassungsrichter der Polizei und der Staatsanwalt unter relativ dürtigen Voraussetzungen erlaubten, Telefon und Handys von Journalisten abzuhören und Verbindungsdaten der Telefonkontakte abzufragen.“¹¹⁶ Der Cicero-Vorfall bestätigt das, was 2003 gerichtlich beschlossen wurde: Die Pressefreiheit weicht der inneren Sicherheit, auch wenn die Gründe schleierhaft und schwammig sind. Nach viel Kritik wurde 2007 versucht, der Pressefreiheit ihren Rang als Grundrecht wiederzugeben. Immer wieder wurden Sicherheitsbehörden von Gerichten darauf hingewiesen, Artikel 5 GG zu achten und die Pressefreiheit nicht automatisch Sicherheitsinteressen unterzuordnen. Dass dieses Urteil nicht von Erfolg gekrönt war, zeigte sich wenige Monate später: Im Juli und August des gleichen Jahres wurden 17 Ermittlungsverfahren gegen verschiedene Zeitungen eingeleitet. Der Grund genau wie in den Jahren zuvor: „Beihilfe zum Geheimnisverrat.“¹¹⁷ Sowohl der Journalistenverband Netzwerk Recherche als auch Prantl gehen von Einschüchterungsversuchen gegenüber den Journalisten aus. Auch wenn eine Verurteilung der Journalisten wegen des „Geheimnisverrates“ unwahrscheinlich ist, werden Anzeigen erstattet. Die Durchsuchungen sollen eine „zerstörerische Wirkung“ auf die Beziehungen zwischen Informanten und Medien verursachen. Das Vertrauensverhältnis zwischen Presse und Informanten aber ist unentbehrlich.¹¹⁸

4.2 Entwicklung des IFG

„Die Entwicklung der Informationsfreiheit verläuft bisher langsam, widersprüchlich und uneinheitlich. An der Regelungsvielfalt durch die verwirrende Anzahl und Ausgestaltungen von Informationszugangsgesetzen hat sich grundsätzlich nichts geändert.“¹¹⁹ Um das IFG etwas weiter

¹¹³ Vgl. Drepper: Schwarz auf Weiß, S. 21. Die Webseite von „access !Nfo“ und „Centre of Law and Democracy“: <http://rti-rating.org>

¹¹⁴ Haller: Vorwort, S. 34

¹¹⁵ Drepper: Schwarz auf Weiß, S. 21

¹¹⁶ Prantl, H.: Innere Sicherheit, S. 304

¹¹⁷ Vgl. ebd., S.305

¹¹⁸ Ebd., S. 306

¹¹⁹ Berger: Informationsfreiheit, S. 65

ausbauen zu können, wurde es 2012 auf wissenschaftlicher Grundlage evaluiert.¹²⁰ Schon in der Evaluationsklausel des IFG wurde festgelegt, dass der Deutsche Bundestag verpflichtet ist, das Gesetz ein Jahr vor dem Außerkrafttreten einer Evaluation auf wissenschaftlicher Grundlage zu unterziehen.¹²¹

In den Jahren davor wurden die Landesinformationsfreiheitsgesetze von Nordrhein-Westfalen (2003), Mecklenburg Vorpommern (2009) und Bremen (2010) evaluiert.¹²² Es war schon von vornherein zu erwarten, dass die Evaluierung, durchgeführt vom Institut für Gesetzesfolgenabschätzung Speyer, neue Impulse für die Verbesserung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger bringen würde.¹²³ Das Institut führte eine rechtsvergleichende Untersuchung durch und verglich das IFG des Bundes mit den Informationsfreiheitsgesetzen anderer Länder, darunter Belgien, Schweden, Dänemark, Frankreich, Großbritannien und Irland.¹²⁴ Die Ergebnisse der Evaluation des Gesetzes können als Beleg dafür gesehen werden, dass der Katalog des Gesetzes umgehend überarbeitet werden muss.¹²⁵

Mit 487 offiziellen Anträgen nach dem Verbraucherinformationsgesetz (VIG) und wenigen nicht-förmlichen Anträgen sei die Zahl der Anfragen nicht viel höher als in den Jahren zuvor. Das Gutachten schätzte die Anzahl der Anträge als zu niedrig ein. Die vierwöchige Bearbeitungsfrist von IFG-Anträgen wird trotzdem in jedem dritten Fall überschritten. Die Behörden begründen dies mit dem zu großen Arbeitsaufwand bei umfangreichen Anträgen und bei der Beteiligung Dritter.¹²⁶

Auch der sehr ausgeprägte Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen in den verschiedenen Informationsregelungen im Bund und den Ländern weist unterschiedliche Schutzniveaus auf und einige Defizite.¹²⁷ Anträge werden vor allem mit dem Verweis auf den Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, personenbezogener Daten und mit dem Verweis auf die Vertraulichkeit bestimmter Dokumente zurückgewiesen. Der Evaluation zu Folge solle das IFG einfacher und verständlicher werden. Es werden mehr Informationen für Laien, mehr Transparenz und Bürgerfreundlichkeit gefordert.¹²⁸ Eine Vereinheitlichung der Ausnahmen des Gesetzes wäre sinnvoll, da es in absehbarer Zeit zu einer Zusammenführung von IFG und UIG kommen könne.¹²⁹ Im Ergebnis ist es nicht zu einer Erneuerung des IFG gekommen. Die SPD-Bundesfraktion legte einen neuen Gesetzesentwurf vor, der eine umfassende Modernisierung des

¹²⁰ Vgl. IFG des Bundes §14

¹²¹ Vgl. IFG des Bundes §14

¹²² Vgl. Debus, Alfred G./ Musch, Elisabeth/ Ziekow, Jan: Evaluation des Gesetzes zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes – Informationsfreiheitsgesetz des Bundes (IFG) im Auftrag des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 22.Mai 2012, S. 30

¹²³ Vgl. Roth, S. 394

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ Ebd., S. 67

¹²⁶ Debus/Musch/Ziekow: Evaluation, S. 435

¹²⁷ Vgl. Debus/Musch/Ziekow: Evaluation, S. 30f.

¹²⁸ Drepper: Schwarz auf Weiß, S. 56

¹²⁹ Berger: Informationsfreiheit, S. 68

Gesetzes und die Zusammenlegung des IFG und UIG vorsah – der Gesetzesentwurf ist erwartungsgemäß von der Mehrheitsfraktion aus Union und FDP abgelehnt worden.¹³⁰

¹³⁰ Siehe hierzu die ablehnende Beschlussempfehlung des Innenausschusses vom 5.6.2013, BT-Drs. 17/13800

5 Lücken und Probleme

Das Presserecht wurde durch die Transparenz- und Freiheitsgesetze immer wieder erweitert. Sie sollen dem Bürger Vertrauen gegenüber den Behörden bringen, jeder soll seiner öffentlichen Aufgabe nachkommen. In Bezug auf die journalistische Arbeit hätten die Gesetze den Vorteil, dass sie die Arbeit vor allem leichter machen sollen. Außerdem ist eine Behörde eine ernstzunehmende und seriöse Quelle. Leider zeigt sich, dass dieses Vorhaben der Politik nicht ganz von Erfolg gekrönt ist. Wo sind die Lücken dieses Rechts? Warum gibt es immer noch Probleme Informationen zu beschaffen?

5.1 Behörden

Immer wieder kam es in den vergangenen Jahren zu Vorfällen, die dazu führten, dass das Presserecht missachtet wurde. Es kam zu mehreren Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktionen in Dienst- und Privaträumen von Journalisten. Immer wieder werden Journalisten als „Missbraucher der Pressefreiheit“ bezeichnet, wenn und weil sie Unregelmäßigkeiten in Staats- und Verwaltungsangelegenheiten aufdecken und dabei angeblich Dienstgeheimnisse verletzen.¹³¹

Heribert Prantl sieht zwei Methoden, die Behörden anwenden, um das Presserecht außer Kraft zu setzen und Informanten zu enttarnen:

- Methode 1: Das Ermittlungsverfahren wird eingeleitet, da der Verdacht der Beihilfe zum Geheimnisverrat besteht. Dadurch kann das Zeugnisverweigerungsrecht der Journalisten umgangen werden.
- Methode 2: Im Zweifel und bei vermeintlicher Gefahr kann es Ermittlern gestattet werden, Handys und Telefone abzuhören.

Die Regel lautet offenbar: „Die Pressefreiheit muss beiseite springen, wenn die Staatsgewalt mit Blaulicht daherkommt.“¹³² Ermittlungsverfahren werden scheinbar eingeleitet, um die Identifizierung eines Informanten möglich zu machen. „Eigentlich hat der Gesetzgeber 1979 die Strafbarkeit der öffentlichen Bekanntmachung von Dienstgeheimnissen“ abgeschafft. Der Strafparagraph 353c StGB bestrafte die „Unbefugte Weitergabe geheimer Gegenstände oder Nachrichten“.¹³³ In der Begründung steht ausdrücklich, dass man Journalisten von der Strafbarkeit ausnehmen solle.¹³⁴ Trotz dem gestrichenen Paragraphen kommt es zu Strafverfahren gegen Journalisten. Das liegt an dem von den Nationalsozialisten 1936 wieder eingeführten Paragraphen 353b, „der die Verletzung von Dienstgeheimnissen mit Haft bis zu einem Jahr, in besonderen Fällen bis zu drei Jahren bestraft.“¹³⁵ Prantl sieht die Sicherheit der Informationsfreiheit nur dadurch gesichert, dass der

¹³¹ Prantl: Innere Sicherheit, S. 304

¹³² Ebd., S. 304

¹³³ §353c StGB

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Prantl: Innere Sicherheit, S. 305

Paragraph abgeschafft wird oder soweit geändert wird, dass nur der „Amtsträger (nicht der Journalist) einem Disziplinarrecht“¹³⁶ unterliegt.

5.2 Kosten

Für einen Journalisten kann das Recherchieren sehr schnell teuer werden, ist doch in den Gesetzen genauestens festgelegt, wie viel welche Information kosten soll. So kommen schnell größere Summen zustande.¹³⁷ So berichtet der freie Journalist Marvin Oppong im Januar 2013, dass die Bundestagsverwaltung für eine IFG-Anfrage zu einem Prüfbericht nicht nur rund 100 Euro erhob, sondern nebenbei auch acht Monate Bearbeitungszeit benötigte.¹³⁸

David Hurth, Volontär der WAZ-Mediengruppe, hatte 2012 beim Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) Einsicht in Akten zur Förderung der privaten Fleischkonzerne mit Steuergeldern beantragt. Für diese Einsicht (Kopien wurden nicht zur Verfügung gestellt) hat Huth einen Kostenbescheid von über 2000 Euro erhalten.¹³⁹ Nach öffentlicher Empörung und Unterstützung durch den Deutschen Journalisten Verband hat das dem LANUV übergeordnete Umweltministerium NRW die Gebühren auf zehn Euro reduziert.¹⁴⁰

Auch in den vergangenen Monaten kam es immer wieder zu Problemen mit dem IFG: Zu hohe Kosten, lange Verzögerungen oder sogar Ablehnung des Antrages auf Informationen aus nicht nachvollziehbaren Gründen.¹⁴¹ Diese Erfahrung machte auch Daniel Drepper, der im Rahmen seiner Diplomarbeit im Jahre 2012 eine Fallstudie in der Bundesrepublik Deutschland durchführte. Im Frühjahr 2011 reichte Drepper gemeinsam mit dem freien Journalisten Niklas Schenk einen umfangreichen Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz bei Behörden ein. Um das Ergebnis vorweg zu nehmen: auch noch 20 Monate nach dem ersten Einreichen des Antrages ist seinem Antrag immer noch nicht gänzlich entsprochen worden.¹⁴²

Thema der Diplomarbeit ist die Mittelvergabe durch den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) im Vorfeld der olympischen Spiele 2012. Deutsche Sportverbände erhalten in einem vier-

¹³⁶ Ebd., S. 305

¹³⁷ Vgl. <http://pressefreiheit-in-deutschland.de/ifg-informationen-das-macht-500-euro-bitte/> (abgerufen am 25.06.2015)

¹³⁸ Marvin Oppong berichtete darüber am 14. Januar 2013 auf seinem Twitter-Account: <https://twitter.com/MarvinOppong/status/290562642182021121>. Der dazugehörige Text ist im Spiegel erschienen, eine Version auf Spiegel-Online gibt es hier: <http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/bundestagsverwaltung-hat-auftraege-ohne-ausschreibung-vergeben-a-877162.html>

¹³⁹ Vgl. Schraven, David: „Das Umweltministerium von Johannes Remmel (Grüne) und die Informationsfreiheit in NRW“. In: WAZ-Rechercheblog, 1. Oktober 2012: <https://www.derwesten-recherche.org/2012/10/dasumweltministerium-von-johannes-remmel-grune-und-die-informationsfreiheit/> (Eingesehen am 18.07.2015)

¹⁴⁰ Vgl. Drepper: Schwarz auf Weiß, S. 52 (Information wurde aus einem Gespräch erhalten)

¹⁴¹ Ebd., S. 55

¹⁴² Vgl. Drepper: Schwarz auf Weiß, S. 66

Jahres Zyklus (Olympia-Zyklus) fast 1 Milliarde Euro vom Bund. Eine entscheidende Rolle bei der Verteilung des Geldes nimmt das Bundesministerium des Inneren (BMI) und der DOSB ein.¹⁴³ Seit 2008 legt der DOSB unter Aufsicht des BMI mit den einzelnen Verbänden sogenannte Zielvereinbarungen fest. In diesen Vereinbarungen wird festgeschrieben, für welche Förderprojekte die Verbände wie viel Geld bekommen. Außerdem einigen sich DOSB, BMI und Verbände, wie viele Medaillen die Verbände bei den Olympischen Spielen erreichen müssen, um im nächsten Zyklus das gleiche Geldvolumen zu erhalten.¹⁴⁴

Gemeinsam mit dem Journalisten Niklas Schenk wollte Drepper nun wissen, wer im deutschen Sport wirklich darüber entscheidet, wie die jährlich 132 Millionen Euro Steuergeld des BMI auf Verbände und Stützpunkte verteilt werden.¹⁴⁵ Der Antrag sollte sich nicht von einem Antrag eines normalen Journalisten unterscheiden, der Hinweis auf eine Diplomarbeit wurde nicht gegeben. Der Antrag wurde in diesem Fall als freier Reporter des Recherche-Ressorts der WAZ-Mediengruppe gestellt.¹⁴⁶ Am 19. Mai 2011 wurde der Antrag bei der Sportabteilung des Innenministeriums eingereicht – die vorgeschriebenen vier Wochen Bearbeitungsfrist schienen ideal, um noch vor dem Beginn der Spiele über die Geldverteilung zu berichten. Die Akten, die zur Einsicht angefragt wurden, wurden detailliert benannt:

„Alle Förderanträge der genannten Verbände; alle Finanzierungspläne inklusive der aufgegliederten Berechnung der Ausgaben; alle Zuwendungsbescheide; alle Zwischen- und Verwendungsnachweise inklusive der Sachberichte und einem zahlenmäßigen Nachweis mit Belegliste; alle Prüfungsvermerke der kursorischen Prüfung und der stichprobenartigen vertieften Prüfung; alle Prüfberichte; alle Unterlagen zur Erfolgskontrolle mit Zielerreichungs-, Wirkungs- und Wirtschaftlichkeitskontrolle; alle Strukturpläne für die jeweiligen Olympiazyklen (die so genannten "Zielvereinbarungen"); die Zuweisungsbescheide für die einzelnen Olympiastützpunkte und die Zuweisungskriterien für die Ermittlung des Finanzierungsanteils des BMI am Haushalt der einzelnen Olympiastützpunkte; alle Prüfberichte und Unterlagen zu den Olympiastützpunkten.“¹⁴⁷

Wichtig ist noch zu bemerken, dass die Abteilung bis zu diesem Zeitpunkt noch nie eine solche Anfrage bearbeiten musste.

Die erste Reaktion des Innenministeriums erhielt Drepper nach exakt vier Wochen. In diesem Schreiben heißt es, dass der Antrag mit hohen Gebührenforderungen verbunden sei, da es sich „bei der Bearbeitung des Antrages nicht um eine einzige Amtshandlung“ handle, sondern „um eine Vielzahl von Vorgängen und Themengebieten, so dass sich die Kostenfolge für jedes Themengebiet ergebe“.¹⁴⁸ Der Antrag wurde trotzdem aufrechterhalten. Am 21. Februar 2012 – ein halbes Jahr nach dem ersten Antrag – kamen die ersten zwölf Aktenbescheide des Ministeriums inklusive beiliegender Rechnung. Für Daniel Drepper und seinen Kollegen Niklas

¹⁴³ Vgl. ebd., S. 71

¹⁴⁴ Vgl. ebd.

¹⁴⁵ Vgl. ebd., S. 72

¹⁴⁶ Vgl. ebd., S. 67

¹⁴⁷ Drepper: Schwarz auf Weiß, S. 73f.

¹⁴⁸ Vgl. ebd., S. 74

Schenk wurden 4689,50 Euro für die Auskünfte in Rechnung gestellt.¹⁴⁹ Für freie Journalisten ist eine solche Forderung existenzbedrohend. Auch sollen die Akten schlampig bearbeitet worden sein – wichtige Informationen fehlten oder waren gar veraltet. Es wurde ein neuer Antrag gestellt, diesmal mit der Bitte, den Antrag mit allerhöchster Priorität zu bearbeiten.¹⁵⁰ Das Ministerium schickte drei weitere Bescheide, diesmal mit beiliegender Rechnung über 856,95 Euro.¹⁵¹

Da diese Bescheide immer noch nicht die gewünschten Informationen beinhalteten, beschritt Drepper den Rechtsweg. In dem Verfahren begründete der DOSB, warum er die Medaillenvorgaben nicht veröffentlichen möchte: Hauptargument hierbei waren Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse.¹⁵² Drepper musste seinen Auskunftsanspruch vor Gericht geltend machen. Und bezahlte am Ende für die Auskünfte insgesamt 13.729,40 Euro.

So zeigen sich aus diesem Beispielfall deutlich die Probleme und Lücken des IFG:

Das Verfahren hat in diesem Fall die maximale Bearbeitungszeit von 3 Monaten deutlich überschritten. Die angefragten Akten kamen vereinzelt und schleppend bei dem Antragsteller an, zu einigen Akten wurde die Einsicht gar verweigert mit dem Verweis auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und dem nicht Vorhandensein des öffentlichen Interesses. „Ein öffentliches Interesse sollte bei einer Anfrage von Journalisten grundsätzlich erst einmal angenommen werden, sonst würden sie nicht recherchieren.“¹⁵³ Zudem ist das Verfahren sehr teuer geworden. Das Ministerium unterteilte den Antrag in 65 einzelne Anträge.¹⁵⁴

Ein Journalist des Heise-Verlages hat nun eine Online Petition gestartet, in der die Gebührenverordnung für Medienvertreter geändert werden soll. Die Forderung der Petition:

„Der Deutsche Bundestag wird gebeten, die Erhebung von Gebühren für den Zugang zu amtlichen Informationen nach dem Informationsfreiheitsgesetz in den Fällen einzuschränken oder ganz aufzuheben, wenn der Antrag von einem Medienvertreter oder im Zusammenhang mit der Tätigkeit gemeinnütziger Organisationen gestellt wird. Gebühren sollten möglichst nur noch erhoben werden, wenn der Informationszugang ausschließlich im finanziellen Eigeninteresse des Antragstellers liegt.“¹⁵⁵

Die Gebührenlegung von 500 Euro wird als abschreckend gesehen. Gerade freie Journalisten können sich solche Gebühren oft nicht leisten, da sie für einen Zeitungsartikel oft nur 100 Euro bekommen.¹⁵⁶ Dass finanzielle Probleme im deutschen Journalismus bestehen, wird in Kapitel VI.

¹⁴⁹ Vgl. ebd., S. 77

¹⁵⁰ Vgl. ebd.

¹⁵¹ Vgl. ebd., S. 78

¹⁵² Vgl. ebd., S. 79

¹⁵³ Ebd., S. 93

¹⁵⁴ Drepper: Schwarz auf Weiß, S. 90

¹⁵⁵ Petition 42283: Datenschutz – Gebühren für den Zugang zu amtlichen Informationen nach dem Informationsfreiheitsgesetz vom 03.05.2013 Url:https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/_2013/_05/_03/Petition_42283.html (abgerufen am 25.06.2015)

¹⁵⁶ Vgl. ebd.

beschrieben. Die Petition fand 2013 ihr Ende und erreichte ihr Quorum mit lediglich 476 Stimmen leider nicht. So bleibt das Problem weiter bestehen.

5.3 Auskunftsanspruch wird zu wenig genutzt

Der Auskunftsanspruch hat bisher nicht die gewünschte positive Resonanz erhalten, die am Anfang von den Befürwortern prophezeit wurde. Dies kann an den hohen Kosten liegen oder daran, dass es schwierig ist, überhaupt Informationen einzufordern. Fakt ist, dass die Inanspruchnahme des Rechts nie über den Wert von 3.500 Anfragen im Jahr steigt. Seit dem Inkrafttreten 2006 bis 2011 sind rund 8.600 Anfragen bundesweit bei den Behörden eingegangen, etwa der Hälfte wurde der Informationszugang gewährt.¹⁵⁷ Im ersten Jahr wurden genau 2.278 Anträge gestellt. In den Folgejahren sank die Zahl auf etwa 1300 bis 1500 Anträge pro Jahr. Erst 2011 stieg die Zahl der IFG Anträge um 110 Prozent auf 3.280 Anträgen pro Jahr.¹⁵⁸ Die Meinungen über diese Bilanz sind nicht ganz eindeutig. Während bei manchen die Devise ist: „Das Antragsvolumen sollte gerade im Vergleich mit anderen Ländern deutlich zunehmen“¹⁵⁹, werden im andern Kontext die Antragszahlen oft auch positiv bewertet.¹⁶⁰

Das Transparenzdenken breitet sich aktuell in der Politik immer weiter aus, immer mehr Gesetze werden erlassen: „Transparenz und Informationsfreiheit sollen Politik, Regierung und Verwaltung durchsichtig machen, hell und klar, sauber und rein.“¹⁶¹ Jeder soll seiner „öffentlichen Aufgabe“ nachkommen und „sich wieder für Politik interessieren und sich wieder stärker für das Gemeinwesen engagieren“.¹⁶² Die Anzahl der Anträge, die bisher aufgrund des IFG in den Behörden eingegangen sind, sind durchaus niedrig. Das Angebot der Informationsfreiheit wird nicht ausreichend genutzt.¹⁶³

Dr. Göttrik Wewer, Verwaltungs- und Politikwissenschaftler, sieht die Wurzel des Problems in der Passivität der Bürger. „Informationsfreiheit und Transparenzgesetze mögen politische Mehrheiten gefunden haben, aber das, was uns damit versprochen wurde, muss nicht wahr sein in dem Sinne, dass es tatsächlich eingetroffen ist bzw. eintreffen kann.“¹⁶⁴ Das Versprochene ist mehr Klarheit für den Bürger, eine saubere Politik und mehr und einfach erlangte Informationen von den Behörden. Doch warum findet das Angebot so wenig Nachfrage in der Gesellschaft? Wewer sieht die neu erlassenen Gesetze nicht als geeignete Instrumente, um diese Ziele zu erreichen. „Es gibt keinerlei kausale Beziehung zwischen Zielen und Instrumenten, nicht einmal statistische Korrelationen.“¹⁶⁵

¹⁵⁷ Roth: Informationsfreiheit, S. 394

¹⁵⁸ Drepper: Schwarz auf Weiß, S. 52

¹⁵⁹ Roth: Informationsfreiheit, S. 294

¹⁶⁰ Vgl. Hoffmann, H: (fast) neun Jahre IFG – Ein Erfahrungsbericht aus Anwendersicht: Informationsfreiheit und Informationsrecht, Jahrbuch 2014, Berlin 2015, S. 150

¹⁶¹ Wewer, Göttrik: Wundermittel Transparenz? Über Informationsfreiheit und Transparenzgesetze, in: Informationsfreiheit und Informationsrecht, Jahrbuch 2014, Berlin 2015, S. 163

¹⁶² Ebd., S. 163

¹⁶³ Siehe Kapitel 5

¹⁶⁴ Wewer: Wundermittel, S. 162

¹⁶⁵ Ebd.

Wewer geht in seiner Meinung noch weiter, in dem er die These aufstellt, dass Informationsfreiheit und Transparenzgesetz von vornherein überschätzt wurden. Die Gesetze an sich seien zu begrenzt, um die Auswirkungen zu erreichen, die sie der Ansicht ihrer Befürworter nach haben sollten. Andersherum, wenn die Informationsfreiheit überhöht wird, also absolut gesetzt wird, dann könnte es gefährlich werden. Dann sind kritische Nachfragen und empirische Überprüfungen schlichtweg nicht erwünscht, dann wird gerne mit dem „Totschlag-Argument“¹⁶⁶ gearbeitet: „Wer gegen (unreflektierte) Transparenz ist, der hat etwas zu verbergen.“¹⁶⁷ Nach Wewer erfüllt das IFG seinen Zweck nicht, es wird schlicht zu wenig genutzt. Als Folge davon wurde nun das Transparenzgesetz verabschiedet. „Weil der normale Bürger sein Recht auf amtliche Informationen zugreifen zu dürfen, kaum nutzt, sollen jetzt die Behörden von sich aus möglichst vieles transparent machen. Man stellt diese Dokument ins Netz und hofft, dass der Bürger irgendwann ‚lernt‘, ein solches Register auch zu nutzen.“¹⁶⁸ Ein *Right to know* hätte noch nie dazu geführt, dass Bürger sich in ihrer Gesamtheit besser informieren, stärker engagieren und mündiger werden, dass Politikverdrossenheit verschwindet und die Wahlbeteiligung wieder steigt.¹⁶⁹

Hans-Jürgen Hoffmann stellte in dem Jahrbuch „Informationsrecht und Informationsschutz 2014“ eine Liste von eher wenig sinnhaften Anfragen zusammen, die Behörden täglich beantworten müssen:

- Werden die Akten bei Ihnen elektronisch gespeichert? Gibt es bei Ihnen unterschiedliche Arten von Akten, wenn ja welche? Welche Daten werden in den jeweiligen Arten von Akten bei Ihnen erhoben? Wie setzt sich ein Aktenzeichen bzw. eine Aktennummer (Identifikationsnummer) bei den jeweiligen Akten zusammen?
- Bitte nennen Sie das letzte Aktenzeichen bzw. Aktennummer (Identifikationsnummer) der jeweiligen Akten für die Jahre 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012 und bisher 2013.¹⁷⁰

Bei einer Vielzahl von Behörden wurde um folgende Informationen gebeten:

- Übersicht/Liste aller vergebenen Aktennummern/Aktenzeichen/Geschäftszeichen/Vorgangszeichen etc. im Jahr 2014 (bisher)
- alle derzeit gültigen internen Geschäftsanweisungen – Dienstanweisungen – Arbeitshilfen
- Leitfäden in elektronischer, ersatzweise in gedruckter Form – alle derzeit gültigen: internen Geschäftsanweisungen – Dienstanweisungen – Arbeitshilfen
- Leitfäden zum Tag der offenen Tür der Bundesregierung: Einladung zum Staatsbesuch im Bereich des [...]

¹⁶⁶ Ebd.

¹⁶⁷ Ebd.

¹⁶⁸ Wewer: Wundermittel, S. 165

¹⁶⁹ Vgl. Ebd., S. 166

¹⁷⁰ Hoffmann: Erfahrungsbericht, S. 155

- Wie viel Speicherkapazität wird verbraucht für die elektronisch gespeicherten Akten (Bitte auch für die einzelnen Jahre aufschlüsseln)?
- Wie viele Akten werden elektronisch gespeichert?
- Werden die Daten der Akten auf dem Speichermedium verschlüsselt?
- Wenn ja, welche Verschlüsselung wird verwendet?
- Werden Backups der elektronisch gespeicherten Akten erstellt?
- Wenn ja, wie viele, in welcher Form und an welchem Standort?
- An welchem Standort und mit welchem Speichermedium werden die elektronisch gespeicherten Akten gespeichert?
- Welche Dateiformate, Formate werden für die Speicherung der elektronisch gespeicherten Akten benutzt?
- Welche Software wird für die Verwaltung und Bearbeitung der elektronisch gespeicherten Akten genutzt?
- Wurde ein Datenschutzbeauftragter für die Kontrolle und Beratung der Datenverarbeitung hinzugezogen?
- Wenn ja, wann und wie war das Ergebnis der Kontrolle?
- Prüfte das BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) die Sicherheit der IT-Systeme?
- Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis?¹⁷¹

„Es ist nicht die Gesamtzahl der Anträge, die die Behörden belasten, sondern die umfassenden Verfahren, die die Grenzen des IFG ausloten oder überschreiten wollen.“¹⁷² Es entsteht sogar der Eindruck, dass Antragsteller kein echtes Informationsinteresse haben, sondern lediglich testen möchten, wie mit dem Medium Informationsfreiheit umgegangen wird, wie zum Beispiel die an viele Behörden gestellte Frage nach den jeweils letzten in den Jahren 2007–2013 vergebenen Aktenzeichen.¹⁷³

¹⁷¹ Hoffmann: Erfahrungsbericht, S. 154ff.

¹⁷² Ebd., S. 156

¹⁷³ Vgl. ebd.

6 Bedeutung für den Journalismus

Welche Bedeutung hat der Wandel der Gesellschaft für den Journalismus? Das Arbeiten eines Journalisten hat sich geändert, nicht zuletzt durch die Technik und eine immer größer werdende Mediendichte. Es wirken verschiedenste Faktoren auf die Arbeit ein – manche sind vom Gesetz geschaffen, manche Änderungen sind auf den gesellschaftlichen Wandel zurück zu führen. Das neue Transparenzdenken und die daraus resultierenden Gesetze führen zu neuen Möglichkeiten, jedoch kommen auch mehr Probleme auf den Journalisten zu.

6.1 Gesellschaftliche Einflussfaktoren

Neben den Gesetzen und Ausnahmen steht der Journalist einem Problem gegenüber, dass in Zeiten des Internets und der schnellen Information scheinbar unlösbar ist: die Wirtschaftlichkeit seiner Arbeit. Sigfried Weischenberg argumentierte 2007 in der Zeit: „Die Pressefreiheit würde eher durch das Geld als durch den Staat bedroht.“¹⁷⁴ Politische Kommunikation und Multikanalbedingungen bedeuten für den Journalisten eine größere Konkurrenz und größeren Erfolgsdruck. „Die Medien werden immer marktabhängiger.“¹⁷⁵ Eine Tatsache, die völlig im Gegensatz zu der eigentlich angedachten Pressefreiheit steht. „Doch trotz Selbstverpflichtungskatalogen und normativen Aufgaben gibt es immer wieder Diskussionen über Wertekollisionen zwischen Marktinteressen und der normativen Funktion der Medien.“¹⁷⁶ So wird die richtig recherchierte Nachricht durch eine leicht verdauliche und - durch Zeitdruck bedingt- weniger gut recherchierte Nachricht ersetzt. „Soft news drängen hard news zurück.“¹⁷⁷ Der immer größer werdende Konkurrenzdruck und der Wandel des deutschen Pressesystems beeinflussen die Arbeit des Journalisten so sehr, dass man davon ausgehen kann, dass der Workflow sich gänzlich verändert hat. Es sind auch persönlichen Faktoren, die die Arbeit eines Journalisten beeinflussen. Der deutsche Kommunikationswissenschaftler Prof. Wolfgang Donsbach ordnete 1987 erstmals die Einflussfaktoren in Form von Sphären in einem Schema an. Diese Sphären wirken sich auf die Berichterstattung und somit auch auf die Nachrichten aus.

- 1) „Subjektsphäre: Hierunter fallen die subjektiven Werte von Journalisten, ihre politische Einstellung, ihre Berufsmotive, ihr Aufgabenverständnis, ihr Publikumsbild und ihre gesellschaftliche Position bezüglich der demographischen und einstellungsbezogenen Merkmale.
- 2) Professions-Sphäre: Dazu zählen Nachrichtenfaktoren als Grundlage der Nachrichtenauswahl, ethnische Prinzipien, Berufsnormen, Standards der Informationsbeschaffung, Kollegenorientierung, Ausbildung.

¹⁷⁴ Weischenberg Siegfried: „Verkäufer ihrer Selbst“, in: Zeit-Online Kultur vom 23.10.2007. <http://www.zeit.de/2007/43/Medienkritik> (abgerufen am 16.07.2015)

¹⁷⁵ Vgl. Knaut, A.: Journalisten zwischen öffentlichem Auftrag und kommerziellen Zwang, in: Markt Macht Medien, Reflexionen zur vierten Gewalt, 2008 Frankfurt am Main 2008, S. 13

¹⁷⁶ Ebd., S. 15

¹⁷⁷ Ebd.,

3) Institutions-Sphäre: Diese beinhaltet die eigene Pressefreiheit, die Arbeitszufriedenheit, den Arbeitsmarkt, institutionelle Zwecke und technische Strukturen.

4) Gesellschafts-Sphäre: Darunter werden die Pressefreiheit, die Kommunikationspolitik, die politische Kultur, die öffentliche Meinung und der Zeitgeist, die lokale Integration sowie soziale Bindungen und Netzwerke subsumiert.

Unter all diesen Einflüssen ist der Journalist gezwungen seiner Arbeit nachzukommen. Hinzu kommt eine Vielzahl von Pressegesetzen, die jedem Journalist bekannt sein müssten. „Rein rechtlich betrachtet stehen die Aufgaben der Medien in Deutschland auf schwachen Füßen. Die Ausgestaltung des Artikels 5 des GG ist Ländersache und legt nur indirekt fest, dass es eine Verpflichtung des Journalisten ist, die Öffentlichkeit zu informieren.“¹⁷⁸ Prof. Dr. Voßkuhle, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, sieht die Problematik ähnlich wie die journalistischen Kollegen: „Wenn ständig neue Nachrichten erforderlich sind, um die kurzen Aufmerksamkeitsspannen der Internetnutzer auf die eigenen Seiten zu lenken, taugt zunehmend jede kritische Äußerung eines Amtsträgers zur Nachricht.“¹⁷⁹ Die Verwirklichung von Demokratie bedeutet ebenfalls die Vermittlung komplexer gesellschaftlicher und politischer Ereignisse durch die freie Presse. Um dies zu gewährleisten, benötigt der Journalist ausreichend Zeit für die Recherche und eine dem Aufwand angemessene Bezahlung.¹⁸⁰ Die aktuelle Lage sieht allerdings ganz anders aus: wie oben beschrieben ist es vor allem die Wirtschaftlichkeit einiger Printmedien, die der einzige Garant dafür sind, dass die Printmedien auf dem Markt bestehen. Um diese negative Entwicklung zu stoppen, hat der Medienwissenschaftler Michael Haller einige Merkmale genannt, die umgehend in das journalistische System integriert werden müssen:

- Die Achtung und Stärkung der Menschenrechte (Würde, Toleranz und Friede) unter Einschluss des Rechts auf Informationen
- Kampf für die Pressefreiheit und gegen jede Art von Zensur
- Stützung der Glaubwürdigkeit der Medien bzw. des öffentlichen Vertrauens in die Presse
- Vermeidung von Interessenskonflikten, etwa, indem man seinen Status nicht dazu benutzt, persönliche Vorteile zu erlangen.¹⁸¹

Auch für die Informationsbeschaffung hat Haller einige Punkte festgelegt:

- Einsatz dafür, dass (möglichst) alle Informationsquellen erschlossen werden
- Verwendung von fairen Methoden bei der Informationsgewinnung (keine versteckte Kamera, keine heimlichen Mitschnitte usw.)
- Respektierung des Urheberrechtes und des Zitats

¹⁷⁸ Knaut: Journalisten, S. 13

¹⁷⁹ Ebd.

¹⁸⁰ Vgl. ebd.

¹⁸¹ Haller, M.: Das freie Wort und seine Feinde. 2003 Konstanz, S. 26

- Respektierung der Privatsphäre auch gegenüber von Prominenten¹⁸²

Die Berufsnormen von Haller beschreiben detailliert, welche Intentionen und Aufgabenfelder ein ernstzunehmender Journalist in seinem Berufsleben verfolgen soll. Die Informationsbeschaffung und der Arbeitsablauf sollen fair bleiben, damit die negative Entwicklung abgeschwächt werden kann. Da zurzeit die Entwicklung eher in die Richtung geht, dass Quote und Auflagen von höherer Priorität sind, können die Normen nicht gänzlich umgesetzt werden. „Echtzeit-Journalismus“ wird als erhebliche Gefahrenquellen angesehen, der den sauber ausgeführten Journalismus gefährdet. Prof. Dr. Andreas Voßkuhle beschäftigt sich ausführlich mit der Auslegung des Begriffes Medien und Pressefreiheit. Sein Ansatz lässt sich kurz und bündig in folgendem Zitat zusammenfassen: „Journalismus darf sich nicht nur an Quote und Auflage orientieren.“¹⁸³ Es sei Aufgabe der Medien, als orientierende Kraft in der öffentlichen Auseinandersetzung die notwendigen Informationen zu beschaffen und zu ihnen Stellung zu beziehen.¹⁸⁴

Dabei sind die Medien mächtiger, als es erscheint. Durch die Medien werden Meinungen gebildet, sie sind enorm wichtig für die Gesellschaft, die sich durch die Medien weiterbildet. „Medien haben also oft keinen direkten Einfluss auf die Einstellungen und Meinungen von Menschen, aber ihr Einfluss ist umso stärker hinsichtlich der Themen, mit denen sich die Rezipienten überhaupt auseinander setzen. Der öffentliche Themenhaushalt wird im erheblichen Maß durch die Medien gestaltet und strukturiert“¹⁸⁵ Journalismus stellt somit ein unabdingbares Medium in unserer Gesellschaft dar, die sehr viele Hürden zu umgehen hat. Die weiteren Problematiken sind auf der finanziellen Ebene zu finden.

6.2 Finanzielle Situation

Wie schon im Kapitel 5.1 beschrieben, können die Gebühren sehr hoch ausfallen, wenn ein Journalist den Auskunftsanspruch geltend machen möchte. Natürlich ist das Gesetz nicht so mangelhaft, dass bei einer Auskunft direkt Gebühren im dreistelligen Bereich anfallen, aber es ist die Aufgabe eines Journalisten, ein Themengebiet komplett zu recherchieren. Da eine Behörde mehrere Fragen zu einem Thema nicht als eine, sondern als mehrere Auskünfte ansieht, kommt es zu oft vor, dass die Auskunft zu teuer ist. Dazu kommt, dass ein freier Journalist seine Kosten selbst tragen muss, bis er sein Thema verkauft hat. Hat der Journalist kein finanzielles Polster, kann er somit in Schwierigkeiten geraten. Weibliche Journalisten haben darüber hinaus noch einen weiteren Nachteil, denn nach wie vor werden sie schlechter bezahlt. „Zwischen dem

¹⁸² Ebd., S.27

¹⁸³ Ebd.

¹⁸⁴ Vgl. Voßkuhle, Andreas: <http://pressefreiheit-in-deutschland.de/president-des-bundesverfassungsgerichts-zur-pressefreiheit-kritischer-journalismus-als-verfassungsauftrag-9987/> (abgerufen am 20.06.2015)

¹⁸⁵ Bläsi, B.: Keine Zeit, Kein Geld, Kein Interesse...? Konstruktive Konfliktberichterstattung zwischen Anspruch und medialer Wirklichkeit, Berlin 2006, S. 35

Durchschnittsverdienst der Frauen und Männer besteht laut der vorliegenden Befragung ein wesentlicher statistischer Unterschied“.¹⁸⁶ (Vergleiche Abbildung 4 im Anhang, S. XVI)

„Männer verdienen im Durchschnitt rund 700 Euro mehr als Frauen.“¹⁸⁷ Genannt sei hier auch der Fakt, dass Männer durchschnittlich 44 Stunden pro Woche arbeiten, während Frauen „nur“ 39 Stunden pro Woche ihrer journalistischen Tätigkeit nachgehen.¹⁸⁸ „Eine wesentlich geringere Rolle bei der Einkommensfrage scheint das Anstellungsverhältnis der freien Journalisten zu spielen. Ob ein Freischreiber als „echter“ Freier oder als fester Freier tätig ist – statistisch gesehen besteht bei diesen beiden Arbeitnehmertypen nur ein geringer Unterschied.“¹⁸⁹ Die festen Freien sollen hierbei 500 Euro mehr verdienen.¹⁹⁰

„Im gesamten verdient ein Journalist, der für Fachzeitschriften, Publikumsmagazine, Fernsehen und Hörfunk, sowie Online-Medien tätig ist, im Durchschnitt lediglich bis zu 2.500 Euro brutto.“¹⁹¹ (Siehe Abbildung 5 im Anhang, S. XVII) „Da die journalistischen Gehälter so niedrig sind, liegt die Vermutung nahe, dass nicht alle Freischreiber ihren Lebensunterhalt allein durch journalistische Tätigkeiten finanzieren können (65 Prozent).“¹⁹² Vor allem jene Journalisten, die in dem Bereich Public Relations oder Werbung arbeiten, verdienen weitaus mehr als die anderen. Somit ist es nicht verwunderlich, dass viele die Seiten wechseln.

Vergleicht man jetzt das monatliche Einkommen mit den Kosten des UIG und des IFG, wird schnell offensichtlich, dass eine Auskunft zu teuer werden kann. Mit dem Einkommen muss schließlich der Lebensunterhalt bestritten werden und kann nicht vollends dafür verwendet werden, Auskünfte und Informationen einzuholen.

Betrachten wir zum Beispiel die Gebührenlage der IFG (Siehe Abbildung 6 im Anhang, S. XVIII). Zwar werden auch freie Auskünfte eingeräumt, beispielsweise wenn eine mündliche oder schriftliche Auskunft erteilt wird¹⁹³ und frei sind auch alle Informationen, die ohnehin wegen des IFG frei verfügbar und für jeden einsehbar sind.¹⁹⁴ Allerdings ist dieser Aspekt für die Arbeit eines Journalisten insoweit unbrauchbar, da für ein gut recherchiertes Thema mehrere Fakten oder Informationen gebraucht werden. Bei Erteilungen von schriftlichen Auskünften werden hier mindestens 30/60 bis maximal 250/500 Euro fällig.¹⁹⁵ Die Gebühren werden höher, je größer der Verwaltungsaufwand ist. Teuer wird es, wenn eine Herausgabe von Abschriften oder eine Einsichtnahme erfolgen soll. Bei jeder Abschrift werden mindestens 15/30 Euro pro Stück fällig,

¹⁸⁶ Buckow, I.: Freie Journalisten und ihre berufliche Identität, Eine Umfrage unter den Mitgliedern des Journalistenverbands Freischreiber, Wiesbaden 2011, S. 53

¹⁸⁷ Ebd.

¹⁸⁸ Ebd., S. 53

¹⁸⁹ Ebd., S. 54

¹⁹⁰ Ebd.

¹⁹¹ Ebd., S. 54

¹⁹² Ebd., S. 55

¹⁹³ Vgl. Gebührentatbestand des IFG, Nr. 1.1

¹⁹⁴ Vgl. Ebd., Nr. 4

¹⁹⁵ Vgl. Gebührentatbestand des IFG, Nr. 1.2 und 1.3

jedoch kann hier die Auskunft pro Stück auch bis zu 500 Euro kosten.¹⁹⁶ Werden diese Fakten auf das Einkommen eines Journalisten projiziert, wird schnell klar, dass eine vernünftige Recherche wegen dieses Geldmangels kaum möglich ist. Mit dem Einkommen muss der eigene Lebensunterhalt bestritten werden, und somit bleiben keine 500 Euro übrig, um eine simple Akteneinsicht zu erkaufen. Von den Erlebnisberichten und Erfahrungen her kann nicht davon ausgegangen werden, dass durch eine Anfrage bei den Behörden alle Fragen zum recherchierten Thema beantwortet werden. Als Beispiel hierfür sei der Fall von Drepper genannt, der zwar umfassende Akten bei den Behörden einforderte, diese aber in unterschiedlichen Zeitabständen und unvollständig erhielt und manche sogar veraltet waren. (vgl. Kapitel 5.2 Kosten.)

Das UIG scheint dagegen günstig zu sein – hier sind mündliche und einfache schriftliche Auskünfte gebührenfrei.¹⁹⁷ (Siehe Abbildung 7 im Anhang, S. XVIII) Es werden ebenfalls keine Gebühren erhoben bei „der Einsichtnahme vor Ort einschließlich der erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen“ und ebenfalls wenn die Information sowieso nach dem Umweltinformationsgesetz frei verfügbar ist.¹⁹⁸

Das Höchstmaß an Gebühren wird hier nur bei der Herausgabe von Duplikaten verlangt. Bis zu 500 Euro kann die Herausgabe kosten, „im Einzelfall bei außergewöhnlich aufwändigen Maßnahmen in der Zusammenstellung der Unterlagen.“¹⁹⁹ Besonders wenn die Belange der Öffentlichkeit und dritter Personen berührt werden, beansprucht dies mehr Zeit und wird somit teurer. Berechnet werden ebenfalls die Kosten für das Papier, welches mit zwischen 10 und 25 Cent pro Stück im angemessenen Bereich liegt.

Das UIG ist somit definitiv das Gesetz, welches „bezahlbarer“ ist. Das UIG weist aber eine kleinere Reichweite auf als das IFG. Das UIG gewährt nämlich nur „den freien Zugang zu Umweltinformationen bei informationspflichtigen Stellen“.²⁰⁰ Es ist somit manchmal nicht anwendbar und somit für den Journalisten unbrauchbar.

¹⁹⁶ Ebd., Nr. 2.2 und 3

¹⁹⁷ Abbildung 7 – UIG Gebühren- und Auslageverzeichnis, Nr. 1

¹⁹⁸ Ebd. Nr. 3, 4, 5

¹⁹⁹ Ebd. Nr. 1.3 und 2.2

²⁰⁰ UIG, §1 Abs. 1

7. Symbiose zwischen Politikern und den Medien

Der Politiker fühlt sich von dem Journalisten verfolgt und gejagt – der Journalist versucht, das Volk mit Informationen zu versorgen und stößt immer wieder an Grenzen. Oft heißt es „Keine Zeit, Kein Geld, Keine Information“ und trotzdem leben beide von der Arbeit des anderen.²⁰¹

7.1 Analyse des heutigen Systems der Politik und der Medien

Die Medien haben als Mittel der politischen Kommunikation immer eine wichtige Rolle gespielt. Doch über Jahrhunderte hinweg war das Verhältnis zwischen Presse und Politik vor allem von Überwachung, Zensur und Reglementierung geprägt.²⁰² Noch heute gibt es Vorfälle, die das Presserecht immer wieder eingrenzen, allerdings hat sich die Beziehung geändert. Die Bezeichnungen reichen von Symbiose und Vetterwirtschaft bis hin zu Schmarotzertum und Hassliebe – zumindest in westlich-demokratischen Gesellschaften scheinen die politischen Systeme und die Mediensysteme unauflöslich miteinander verknüpft zu sein, obwohl sie hier einen besonderen Schutz genießen, beispielsweise durch Art. 5 GG.²⁰³

Verena Vonrburg bezeichnet den Umgang zwischen Journalisten und Politikern als eine „komplizierten Beziehung“. „Man braucht sich, aber man liebt sich nicht – eine Zweckehe. [...] Die Partner müssen sich miteinander auseinandersetzen und abfinden, Scheidung ausgeschlossen.“²⁰⁴

Was schon fast wie Spott klingt, findet sich in mehreren Quellen wieder. Die Politiker fühlen sich verfolgt. Immer wieder werde nur darauf gewartet, dass ein Fehltritt passiert oder ein Fettnäpfchen sich aufmacht – nur um darin zu stolpern und von den vermeintlichen Jägern, den Journalisten ertappt und ausgeweidet zu werden. Politiker sehen sich einer Gewalt ausgesetzt, die von den Medien ausgeht. Im Prinzip ist es egal, welches Selbstbild Politiker und Journalisten von sich und ihren Kollegen haben. Wichtig ist, was man von dem Gegenüber hält, mit dem man sich oft im beruflichen Leben auseinander setzen muss. „Wer Angehörige eines anderen Berufes generell für unzuverlässig hält, richtet sein Handeln auch dann danach aus.“²⁰⁵ Politiker und Journalisten sind in einem hohen Maße aufeinander angewiesen und arbeiten zusammen. Die Fremdbilder der jeweils anderen Partei sind aber durchaus negativ gestimmt. Eine Befragung der Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der ständigen Mitglieder der Bundespressekonferenz im Frühjahr

²⁰¹ Vgl. Vonrburg, V. in: Medien und Öffentlichkeit. Zwischen Symbiose und Ablehnung, Zürich 2014, S. 28

²⁰² Vgl. Grosse, D.: Medien und Politik in Deutschland und den USA. Kontrolle, Konflikt und Kooperation vom 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert, Stuttgart 2010, S. 11

²⁰³ Vgl. Rössler, P.: Handbuch Medienpädagogik, Wiesbaden 2008, S. 446

²⁰⁴ Vonrburg: Medien und Öffentlichkeit, S. 28

²⁰⁵ Kepplinger, M.: Rivalität um Macht und Moral: <http://www.kepplinger.de/content/rivalit%C3%A4t-um-macht-und-moral> (abgerufen am 30.06.2015)

2008, an der 187 der 611 Abgeordneten und 235 der 623 Journalisten teilgenommen haben, gibt Aufschluss über die Fremdbilder der beiden Parteien Journalisten und Politiker.²⁰⁶

„Macht beruht im Wesentlichen auf den Vorstellungen jener, über die Macht ausgeübt wird: Wenn Menschen daran glauben, dass jemand Macht besitzt, dann hat er auch dann Macht über sie, wenn der Glaube auf einem Irrtum beruht [...]“²⁰⁷ Die Bundestagsabgeordneten und die Hauptstadtjournalisten sollten den Einfluss der Medien auf die Politik und den Einfluss der Politik auf die Medien anhand einer 11-stufigen Skala einschätzen.²⁰⁸ Der errechnete Mittelwert ergab folgendes Ergebnis (siehe Abbildung 2 im Anhang, S. XIV): Journalisten und Politiker stimmen darin überein, dass die Medien mehr Einfluss auf die Politik besitzen als die Politik auf die Medien. Politiker sprechen den Medien mehr Einfluss auf ihre eigene Arbeit zu, Journalisten empfinden dies anders und sehen keinen großen Einfluss ihrer Arbeit auf die Politik. Aber Journalisten sind der Ansicht, dass zwischen den Medien und der Politik ein eindeutiges Machtgefälle besteht.²⁰⁹ Dies kann darauf hindeuten, dass es sich bei den Urteilen um mehr handelt als um subjektive Sichtweisen. Dies spiegelt auch die nächste Frage wieder: beide Parteien wurden gefragt, wie viel Einfluss die Arbeit eines Journalisten auf die Politik hat oder wie viel Macht die Politik über den Journalismus besitzt (siehe Abbildung 3 im Anhang, S. XV). Wieder ist erkennbar, dass beide Gruppen die Macht des anderen viel stärker einschätzen als die eigene. Für Politiker haben die Journalisten mehr Einfluss auf ihre Arbeit als sie selbst. Umkehrt fühlt sich der Journalist ebenso in seiner Arbeit durch die Politik beeinflusst und hat alleine kaum Einfluss. Es scheinen also einige Missverständnisse zu existieren. Das wirkt sich aus - beide Parteien erschweren somit die Arbeit des anderen.. „Die Rivalität um Macht und Moral zeigt sich an der Einschätzung der Machtverhältnisse und an den Wünschen für eine zukünftige Machtverteilung zwischen Politik und Medien“²¹⁰ Die Diskrepanz der Selbst- und Fremdbilder ist erheblich, „daraus kann die Folgerung ableiten, dass sich [...] das Machtgefälle zwischen Medien und Politik in Zukunft weiter zugunsten der Medien verschieben wird.“²¹¹

7.2 Open Government Data Deutschland

Die Gesellschaft hat sich seit der Jahrtausendwende geändert, durch die Globalisierung hat sich in allen Lebensbereichen eine offene, agile Vernetzung entwickelt. Doch die Politik scheint an vielen Stellen nicht bereit, sich auf die Konsequenzen der sich bildenden Netzwerkgesellschaft einzulassen.²¹² „Es ist nicht ganz 40 Jahre her, dass die ersten Bürgerrechtsbewegungen, aus denen auch die Grünen entstanden sind, begannen, Partizipation und Transparenz im politischen

²⁰⁶ Vgl. Ebd.

²⁰⁷ Ebd., S. 2

²⁰⁸ Ebd.

²⁰⁹ Ebd.

²¹⁰ Ebd., S. 4

²¹¹ Ebd.

²¹² Vgl. Bildesheim, O./Wintermann, O.: Warum wir endlich eine Politik 2.0 benötigen, Medienwandel kompakt 2011 – 2013, Netzwerkveröffentlichungen zu Medienökonomie, Medienpolitik & Journalismus, 2014 Wiesbaden, S. 37

Prozess einzufordern.“²¹³ Das Transparenzdenken hat nun den Versuch gestartet, mehr Transparenz gegenüber dem Bürger zu garantieren. „Open Government Data Deutschland“ ist der ganzheitliche Ansatz, der völlige Transparenz der Gesellschaft verspricht. „Open Data“ ist als Versuch zu verstehen, die Demokratie wieder zu beleben. „Transparentes Regierungs- und Verwaltungshandeln stellt dabei die Grundlage dar.“²¹⁴ Alle Daten der Behörden werden öffentlich in das Netz übertragen und sind somit für jedermann verfügbar und kostenlos. Allerdings geht es nicht alleine darum, eine große Menge von Daten on- und offline zur Verfügung zu stellen, sondern auch darum, Bürger und Bürgerinnen das notwendige Wissen für eine Teilnahme an Beteiligungsformaten zu vermitteln.²¹⁵ „Das BMI untersuchte am 01.08.2012 die rechtlichen und organisatorischen Fragen rund um die Offenlegung von Datenbeständen der behördlichen Verwaltung.“²¹⁶ Diese Untersuchung gab Empfehlungen für das weitere Vorgehen, insbesondere für die technische Ausgestaltung eines Onlineportals, Geldleistungs- und Lizenzmodelle.²¹⁷ Auf Grundlage dieser Untersuchung wird der Prototyp des Online-Portals entwickelt. Hierzu erklärte der Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich: „Die Bundesregierung hat sich ein offeneres Regierungs- und Verwaltungshandeln zum Ziel gesetzt. Grundlage hierfür sind frei zugängliche Daten und Informationen, die für Dritte einfach und in standardisierten Formaten verfügbar sein müssen.“²¹⁸ Als frei zugängliches und für jedermann erreichbares Portal kann hierfür die Open-Data-App angesehen werden. Ein in 2011 gestarteter Wettbewerb will die Entwicklung einer App für die Nutzung frei zugänglicher Daten durch die Öffentlichkeit fördern.²¹⁹ „Öffentliche Daten sind kein Schatz, der geschützt werden muss, sondern vielmehr ein Rohstoff, aus dem sich viele spannende und wichtige Anwendungen bauen lassen.“²²⁰ Die App soll nicht nur mehr Transparenz dem Bürger gegenüber bewirken, sondern auch den Dialog „zwischen Bürger und Staat auf Augenhöhe“ bringen. Demokratische Prozesse erfordern aufgeklärte Bürger. Diese können dann Entscheidungen kritisch verfolgen, beispielsweise wie ein Staat Subventionen verteilt oder Steuereinnahmen verwendet.²²¹

„Open Data steht in der Tradition von Transparenz und Informationszugangsregeln moderner Demokratien. Diese neue Transparenz soll vor allem Korruption und staatlicher Willkür Einhalt gebieten.“²²² Open Data unterscheidet sich in einem wesentlichen Fakt von den bisher ratifizierten Gesetzen: „Während letztere eine Holschuld des Bürgers vorsehen, welcher sich der Staat in Ausnahmefällen entziehen kann, beruht Open Data auf dem proaktiven Tätigwerden des

²¹³ Ebd., S 38

²¹⁴ Bildesheim/Wintermann: Politik 2.0, S. 38

²¹⁵ Vgl. ebd

²¹⁶ Hartge, Dagmar: Open Data – Ergänzung oder Einschränkung der Informationsfreiheit?, in: Datenschutz und Sicherheit– DuD 37 (2013) (Zugriff am 09.07.2015), S. 562

²¹⁷ Vgl. Ebd.

²¹⁸ Ebd.

²¹⁹ Open-Data-Apps für die transparente Verwaltung, in: Datenschutz und Datensicherheit– DuD, 36 (2012), S. 142

²²⁰ Ebd.

²²¹ Vgl. ebd.

²²² Mayer-Schönberger/Mack: Zeitenwechsel – Wie Big Data Open Data verändert, in: Informationsfreiheit und Informationsrecht Jahrbuch 2014, Berlin 2015, S. 9

Staates.“²²³ Die gesunkenen Kosten zur Datenspeicherung erlauben es, Daten kostengünstig zu speichern, weiterzuverwenden und weiterzugeben. Hier stellt sich aber wieder die Frage nach der Nutzung des Angebots. Auch wenn es genutzt wird, „erahnen oftmals die Bürgerinnen und Bürger gar nicht, welche Datenschätze der Staat vorrätig hält, können daher dieses ‚unknown unknown‘ nicht konkret abfragen.“²²⁴ Open Data ist die Erweiterung der Gesetze und des Transparenz-Denkens – allerdings wird es noch dauern, bis die technischen und menschlichen Ressourcen ausgebaut sind, damit das Programm erfolgreich genutzt werden kann.

7.3 Mediendemokratie – Politische Kommunikation durch und mit den Medien

Politik kann nicht nur „gemacht“ werden – in unserer Demokratie muss sie auch weitestgehend vermittelt werden, damit sie gehört wird und somit Erfolg hat. „Die Medien stellen den maßgeblichen Informationskanal dar, über den wir von außenpolitischen und internationalen Vorgängen erfahren. Die Medien sind es deshalb, die unsere Vorstellungen von internationalen Konflikten beeinflussen. Sie bestimmen beispielsweise darüber, von welchen politischen Prozessen und Konflikten wir überhaupt Kenntnis nehmen, auf welche Aspekte eines Konfliktes wir unsere Aufmerksamkeit richten oder für wie relevant wir bestimmte Akteure und deren Handlungen erachten.“²²⁵ Dabei reicht die Palette der Instrumente von der klassischen Rhetorik bis zu den modernen Massenmedien und dem Internet. Politik schöpft aus Inszenierung und Politainment und wird immer mehr zum mediokratischen Geschehen.“²²⁶ In der Demokratie ist Politik zustimmungsabhängig – deswegen kommt politischer Kommunikation die Aufgabe zu, den Bürger zu informieren und zu überzeugen. Aber „Parteien verlieren aufgrund ihrer verfestigten Rituale die Fähigkeit der Interaktion mit neuen Wählerrends und die Fähigkeit, neue Themen ergebnisoffen aufzugreifen“.²²⁷ Die Medienpräsenz zählt bei der Überzeugung von Wählern als das wichtigste Instrument. Durch sie kann ein Politiker seine Ziele verbreiten und sich in der Öffentlichkeit platzieren. Der Trend geht aber nicht in Richtung Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit. Lügen und „nicht-negativ-Auffallen“ scheint heute wichtiger zu sein. Dass es nämlich in der politischen Kommunikation mit dem Wähler die Tendenz zu nichtssagenden Interviews gibt, ist längst Allgemeingut. In unserer stark regulierten Medienwelt wiegen unkluge Antworten schwerer als „Geschwafel“.²²⁸ Interviews werden im Nachhinein durchforstet, um anrüchiges oder skandalträchtiges zu streichen, um ja nicht anzuecken. Die Angst, etwas Falsches oder Anstößiges zu sagen, geht soweit, dass jeder Politiker sich einen Medienberater engagiert. Die Medienprofis legen fest, wie sich der Politiker in der Öffentlichkeit zu geben hat, welche genauen Antworten gegeben werden dürfen und sogar, welche Kleidung er anzieht. „Politiker würden sich ohne deren

²²³ Zit.n. ebd., S.10

²²⁴ Ebd.

²²⁵ Bläsi: Keine Zeit, S. 16

²²⁶ Sarcinelli, U.: Politische Kommunikation in Deutschland, Medien und Politikvermittlung in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 11

²²⁷ Bildesheim/Wintermann: Politik 2.0, S. 42

²²⁸ Pörksen, B.: Die Casting- Gesellschaft, Die Sucht nach Aufmerksamkeit und das Tribunal der Medien, Köln 2010, S. 7ff.

Vorarbeit gar nicht mehr ins Fernsehen trauen“, berichtet der PR-Berater Klaus-Peter Schmidt Dequelle in einem Interview in dem Buch „Die Casting-Gesellschaft“.²²⁹ „Politik, die keine mediale Verbreitung erreicht, ist wirkungslos“ sagt er und weiß genau Politiker öffentlichkeitswirksam zu positionieren. Schmidt-Dequelle berichtet von dem Politiker Hans Eichel, der von 1975 bis 1991 Oberbürgermeister in Kassel und Ministerpräsident des Landes Hessen war. Er erzählt von einem Ereignis im Jahre 2001. Zu diesem Zeitpunkt war er PR-Berater des Politikers und schickte ihn, ganz bodenständig, mit einem Fahrrad zu einer Kabinettsitzung. Die Presse war vorher informiert und lichte den Politiker ab. Am Abend waren diese Bilder in jeder Nachrichtensendung zu sehen. Das Bild des „Sparfuchses“ hatte sich in die Köpfe der Zuschauer eingebrannt und Eichel erfreute sich wachsender Beliebtheit.²³⁰

Allerdings kann ein Medienereignis auch negative Folgen haben – das zeigt das Wahlplakat der CDU im Jahre 2009. Auf dem Plakat sind die Kanzlerin und die CDU-Abgeordnete Vera Lengsfeld zu sehen, beide haben jeweils ein gewagtes Kleid an mit tiefem Ausschnitt. Untertitelt ist das Plakat mit „Wir haben mehr zu bieten“. Während im Internet-Wahl Blog bereits ein deftiger Streit über Sexismus, Prüderie und doppelbödige Wahlwerbung tobt, ist man in der CDU-Zentrale nicht sonderlich amüsiert. Ein CDU-Sprecher befindet knapp: „Das ist mit uns nicht abgestimmt.“²³¹

„In Deutschland sind wir seit kurzem Zeuge einer ‚kopernikanischen Wende‘: Die Parteidemokratie klassischen Zuschnitts wird zur Mediendemokratie.“²³² Die Präsenz der Politiker spielt sich hauptsächlich in den Medien ab, selbst der direkte Dialog mit den Wählern wird medienwirksam inszeniert und dargestellt. „Die Regeln der medialen Politikdarstellung – unterhaltsam, dramatisierend, personalisiert und mit Drang zum Bild, allesamt der Darstellungskunst des Theaters entlehnt – greifen in zunehmenden Maße und mit beträchtlichen Folgen auf das politische Geschehen über.“²³³ Die effektive Inszenierung und Präsentation regiert die Politik und somit die mediale Landschaft. Somit entsteht „ein folgenreicher Rollenwechsel“.²³⁴ Denn während die pluralistischen Parteiendemokratien die Medien beobachten sollten, damit sich die Staatsbürger eine vernünftige Meinung von ihr bilden können, beobachten in der Mediendemokratie die politischen Akteure das Mediensystem, um von ihm zu lernen, was sie und wie sie sich präsentieren müssen, um auf der Medienbühne einen sicheren Platz zu gewinnen.²³⁵ Resultat hieraus ist die weitgehende Überlagerung – anstatt der Trennung - der beiden Systeme „Politik und Medien“.

²²⁹ Müller, J./Huber, B. : Schüttelfrost beim Macht-Entzug, Interview mit Klaus- Peter Dequelle, in: Die Casting- Gesellschaft, Köln 2010, S. 282

²³⁰ Ebd., S. 289

²³¹ Plakativ: CDU- Abgeordnete macht Wahlkampf mit Merkel Dekolleté: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/plakativ-cdu-abgeordnete-macht-wahlkampf-mit-merkel-dekollete-a-641634.html> (abgerufen am 25.06.2015)

²³² Meyer, T.: Mediokratie – Auf dem Weg in eine andere Demokratie? 2002, Url: <http://www.bpb.de/apuz/26977/mediokratie-auf-dem-weg-in-eine-andere-demokratie?p=all>, S. 7

²³³ Ebd.

²³⁴ Ebd.

²³⁵ Vgl. ebd.

Um den Wähler zu erreichen und Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, wird Politikern eine gewisse Skrupellosigkeit zugeschrieben. Es scheint jedes Mittel recht zu sein, um auf die gewünschten Prozentpunkte bei den Wahlen zu kommen. Aber auch Journalisten wird eine Skrupellosigkeit bei ihrer Arbeit nachgesagt, und das vor allem von Seiten der Politiker. Es ist beachtlich, wie sich Politiker und Journalisten gegenseitig Skrupellosigkeit in ihrem täglichen Beruf nachsagen (Siehe Abbildung 8 im Anhang, S. XX). Als Beispiel sei hierfür der eben beschriebene Skandal der CDU-Abgeordneten Lengsfeld genannt. „Die Vertretung von Eigeninteressen betrifft Motive und Ziele des Handelns. Das Pedant dazu ist die Wahl der Mittel, um die Ziele zu erreichen.“²³⁶ Journalisten sind sich hier einig, dass es ihrer Meinung nach so ist, dass Politiker jedes Mittel recht ist, um die gewünschten Wählerprozente zu bekommen.²³⁷ In ihren eigenen Arbeitskreisen allerdings sehen Journalisten keine Skrupellosigkeit bei ihren Arbeitskollegen, um ein Ziel zu erreichen. Auch bei den Politikern wird ähnliches beobachtet: Sie sprechen den Journalisten die Eigenschaft zu, mit jedem Mittel ihre Ziele zu erreichen, sehen dies aber bei ihren eigenen Arbeitskollegen nicht.²³⁸ Wieder sind hier die jeweiligen Fremdbilder viel negativer als gegenüber den eigenen Kollegen.

„Repräsentative Demokratien, wie die bundesdeutsche, leben von Diskursen in öffentlichen Räumen. Dadurch, dass die politischen Entscheidungen Bürgern zugänglich, also öffentlich gemacht werden, wird Politik legitimiert.“²³⁹ Die Idee von einer freien Demokratie kann erst durch das Veröffentlichen von Geschehnissen realisiert werden. Journalisten wie Bürger profitieren davon, wenn Behörden durch Gesetze gezwungen werden, Akten zu öffnen.“²⁴⁰ Der Journalismus steht für unsere Demokratie, er ist meinungsbildend und darf nicht von Regeln unterwandert werden.

Jedoch steht der deutsche Journalismus im Zwiespalt – Meinungsfreiheit und Medienpolitik stehen sich oft im Wege. „Journalisten, die ihren öffentlichen Auftrag wahrnehmen wollen, müssen frei sein von Zwängen und Einschränkungen. Jedoch steht fest, dass Journalisten nicht in einem ‚luftleeren Raum‘ handeln.“²⁴¹

Politiker und Journalisten werden schon lange nicht mehr als zwei unterschiedlich handelnde Gruppen angesehen – manche sprechen von Symbiose oder vom Gegenteil, der kompletten Auflösung beider Systeme. Politisches System und Mediensystem stehen in unserer Gesellschaft nebeneinander. Journalismus als ein System, welches sich „nach eigenen Regeln konstituiert, reproduziert und im Rahmen seiner eigenen Strukturen operiert“.²⁴² Das politische System nutzt das journalistische System, um eigene Operationen zu beobachten und modifizieren zu können. Das politische System braucht den Journalismus, um Öffentlichkeit herzustellen und Legitimität zu

²³⁶ Kepplinger, H.: Rivalität um Macht und Moral: <http://www.kepplinger.de/content/rivalit%C3%A4t-um-macht-und-moral> (abgerufen am 30.06.2015), S. 74

²³⁷ Ebd.

²³⁸ Ebd.

²³⁹ Knaut: Journalisten, S. 9

²⁴⁰ Tillack: Transparenz, S. 19

²⁴¹ Knaut: Journalisten, S. 9

²⁴² Altmeppen, K./Löffelholz, M.: Zwischen Verlautbarungsorgan und ‚Vierter Gewalt‘, in: Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationsstruktur, Bonn 1998, S. 99

erlangen.²⁴³ So sei das Ergebnis dieses Prozesses, dass die beiden Systeme sich aufgelöst haben und ineinander verschmolzen sind. Politik handelt nach den Maßstäben der Medien, von ihnen kann erfahren werden, was in der Gesellschaft diskutiert wird. „Die Medien hätten die Politik quasi okkupiert und ihnen ihre Funktionslogik aufgezwungen.“²⁴⁴

Die andere These beschreibt die Symbiose beider Systeme: Fritz Plasser konstituiert ein politisch-mediales Supersystem. Hier verschmelzen Politik und Journalismus zu einer einheitlichen Masse, der eine lebt von der Arbeit des anderen. Die Medien kolonisieren die Politik, die Politiker handeln nach dem Einheitsgesetz und versuchen, durch den drohenden Autonomieverlust durch Präsentations- und Angebotsformen das Mediensystem zu instrumentalisieren. Das bedeutet, der Politiker benutzt aktiv die Plattform der Medien, um selbstdarstellerisch seine Reden, Ansichten und Programme zu verbreiten. Das Resultat ist, dass die Distanzen beider Systeme nach und nach aufgegeben werden.²⁴⁵

²⁴³ Vgl. Knaut: Journalisten, S. 11

²⁴⁴ Ebd.

²⁴⁵ Vgl. Ebd.

8. Schlusswort

Am Ende bleibt die Frage, ob das Transparenzdenken und die neuen Gesetze wirklich das bewirken, was die Befürworter vorhatten. Denn völlige Transparenz gegenüber dem Bürger bedeutet auch, unangenehme Wahrheiten über die herauszufinden, die die Gesetze ins Leben gerufen haben. Viele in der Politik und in der Bürokratie sind verliebt in das Geheimnis.²⁴⁶ „Gelegentlich mag die Geheimhaltung berechtigt sein, sei es bei den laufenden Ermittlungsverfahren oder internationalen Verhandlungen. Doch häufig dient der Verweis auf Vertraulichkeit nicht dem Interesse des Gemeinwesens, sondern dem Schutz der Mächtigen vor öffentlicher Kritik.“²⁴⁷ Und das gehört genau zu den Aufgaben eines Journalisten, diese Ungereimtheiten publik zu machen.²⁴⁸ Allerdings wird das Instrument des „Schutzes der öffentlichen oder persönlichen Belange“ zu oft von den Behörden gebraucht. Da „beißt“ ein Journalist dann auf Granit.

Die Studie Drepper wurde auch in der Gesellschaft wahrgenommen und diskutiert. Es stellt sich immer die Frage nach genaueren Gesetzen, da es scheint, dass die Behörden Fristen und Gebühren schon fast mutwillig festlegen. Die hohen Kosten und die lange Bearbeitungszeit findet viele Kritiker, aber auch Befürworter/Verteidiger. Der Aufwand der Behörden zur Auskunftserteilung resultiert nicht aus vielen Anfragen, sondern eher aus Anträgen, die ganze Aufgabenbereiche der Verwaltung umfassen.²⁴⁹ Der Antrag von Drepper umfasste alle Akten des BMI zur finanziellen Förderung des Bundessportfachverbandes und der Zielvereinbarungen des Deutschen Sportbundes. Der Antrag umfasste die Durchsicht, Kopie und teilweise Schwärzung hunderter Akten und Herausgabe von 30.000 Seiten Papier. Die Abteilung war somit mehrere Monate damit beschäftigt, die Aufgabe wahrzunehmen.²⁵⁰ Ihre komplette Überforderung kann auch in Dreppers Fallstudie nachgelesen werden: Drepper beklagt, dass teilweise Namen von Oberbürgermeistern geschwärzt waren, obwohl diese gar nicht unter den Datenschutz fallen.²⁵¹

Ein zweiter Problemkreis bei den Anträgen sind unzureichend präzisierte Anträge. Wenn eine Einsicht in alle Unterlagen begehrt wird, die Gespräche über Überwachungstechnologie betreffen, gibt es praktische Anwendungsprobleme. Im BMI existieren keine Vorgänge unter diesem Stichwort.²⁵² In einer Erörterung vor dem Verwaltungsgericht wegen dem Auskunftsanspruch von Drepper wird die Ansicht vertreten, dass ein Antrag „alle Akten des BMI sehen zu wollen“ zu weitgehend und mangels Bestimmtheit kein zulässiger Antrag ist und bei der Formulierung „alle Vorgänge zur Sportförderung“ die Auffassungen zu weit auseinander gehen.²⁵³ Somit steht fest,

²⁴⁶ Vgl. Tillack: Transparenz, S.19

²⁴⁷ Ebd.

²⁴⁸ Vgl. ebd.

²⁴⁹ Hoffmann: Erfahrungsbericht, S. 152

²⁵⁰ Ebd.

²⁵¹ Drepper: Schwarz auf Weiß, S. 93

²⁵² Hoffmann: Erfahrungsbericht, S. 153

²⁵³ Zit.n. Hoffmann: Erfahrungsbericht, S. 153

dass „Deutschland in Sachen Transparenz und Informationsfreiheit gegenüber anderen Ländern immer noch im Rückstand“²⁵⁴ ist.

Ein Journalist kann seinen Lebensunterhalt alleine durch redaktionelle Arbeit nicht mehr finanzieren. Immer mehr Journalisten wechseln in den PR-Bereich. Diese Entwicklung wird als sehr bedenklich eingestuft, denn wie öfters erwähnt dient der Journalismus der Verwirklichung der deutschen Demokratie – doch leider wird er nicht dementsprechend honoriert. Wieso wartet in dem Bereich der Werbung mehr Erfolg und Geld als in dem Herausfinden und publik Machen von Ungereimtheiten in unserer Gesellschaft?

Der Wandel des Journalismus ist vollzogen, in Zeiten der Google-Recherche ist wenig Platz für „echten“ Journalismus. Zu oft wird sich medienseitig an den Auflagen oder Quoten orientiert – da bringen neu erlassene Gesetze auch nichts.

Ebenfalls ein Punkt, der sehr heftig diskutiert wird: die Gebühren für Auskünfte. Natürlich steht fest, dass es nicht schlimm ist, dass eine Information 30 Euro kostet. Nur: Um sich einen Überblick zu verschaffen braucht eine gründliche Recherche mehrere Informationen. Und wie gezeigt wurde, sind dann die Kosten so hoch, dass man vor Gericht ziehen muss. Warum wurde bei der Ratifizierung des Gesetzes nicht darauf geachtet? Warum hatte das Informationsfreiheitsgesetz erst so viele Lücken, und weist sie nach einer Überarbeitung immer noch auf? Das Gesetz wurde auf Druck von der UN verabschiedet und ist somit, meiner Meinung nach, etwas zu vorschnell ratifiziert worden.

Die neuesten Ansätze, dem Bürger mehr Transparenz und Offenheit zu bieten, sind das Transparenzgesetz und das Open Government Data Vorhaben. Hamburg ist das erste Bundesland, das ein solches Gesetz erlassen hat. Zwar ist dies sehr lobenswert, aber auch hier gibt es Probleme: Das Gesetz definiert zum Beispiel genau, dass Verträge, Gutachten und auch Gehälter von Vorständen öffentlich gemacht werden sollen²⁵⁵, jedoch kam es in der kurzen Zeit auch schon zu einer Klage, da bis heute immer noch nicht alle Informationen verfügbar gemacht worden sind, wie es anfänglich versprochen wurde.²⁵⁶ Ob dies bei dem Vorhaben „Open Data“ genauso geschehen wird, kann nicht gesagt werden. Die Ansätze sind löblich und das Vorhaben gut, aber die Durchführung weist einige Unstimmigkeiten auf.

Die Resonanz darauf aus der Gesellschaft wird unterschiedlich beschrieben. Während die einen froh darüber sind, dass überhaupt Anfragen bei den Behörden eingehen, sind andere - darunter auch Journalisten - der Meinung, dass es viel zu wenige sind; denn bei den wenigen Anfragen handelt es sich oft um unsinnige Auskunftersuchen oder es sind journalistische Anfragen – und die gab es ja auch schon vorher. Das Problem, dass die Gesellschaft sich gar nicht dessen bewusst ist, dass Informationen verlangt werden können, ist nicht kurzfristig lösbar. Denn es ist nicht der Fakt, dass keine Informationen herausgegeben werden, sondern dass der Bürger mit dem Instrument der Informationsfreiheit wenig anfangen kann. Das wird sich auch durch Open

²⁵⁴ Tillack: Transparenz, S. 19

²⁵⁵ Vgl. HmbTG §3 Abs. 1

²⁵⁶ CCC setzt sich für Transparenzgesetze ein: <http://www.ccc.de/de/updates/2015/transparenz-gesetz> (abgerufen am 14.07.2015)

Data nicht ändern, im Gegenteil - die volle Bandbreite der Informationen zu nutzen oder auch einfach nur zu verstehen ist schwierig und Open Data somit nur bedingt brauchbar für den Normalbürger.

Politiker und Journalisten haben über die Jahrzehnte hinweg eine Beziehung zueinander aufgebaut, die kuriose Formen angenommen hat. Es ist schon länger so, dass sich Politik und Medien beeinflussen, sei es positiv oder negativ. Die Kuriosität der Beziehung liegt in der Abhängigkeit und gleichzeitigen Antipathie der Systeme. Positiv ist zu benennen, dass schließlich die Politik den Anstoß zu den Gesetzen gegeben und diese schließlich eingeführt hat, jedoch ist es ein bitterer Nachgeschmack für die Politik, selbst Auskunftspflichtiger gegen über den Journalisten zu sein.

Generell gilt, dass Informationen besser sind als keine Informationen. Das IFG bringt ohne Zweifel mehr Informationen als vorher. Nur sind die Instrumente und die ausführenden Organe noch nicht ganz im Einklang, sodass ein reibungsloser Ablauf nicht garantiert ist.

Literaturverzeichnis

1. Bücher & Aufsätze aus Sammelbänden

ALTMEPPEN, KLAUS-DIETER/ LÖFFELHOLZ, MARTIN: Zwischen Verlautbarungsorgan und „Vierter Gewalt“, in: Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Beiträge zur politischen Kommunikationsstruktur, Bonn 1998, S. 97–123

BERGER, SVEN: Zur Entwicklung der Informationsfreiheit in Deutschland seit 2009, in: Alexander Dix, Gregor Franßen, Michael Kloepper, Peter Schaar, Friedrich Schoch, Andrea Voßhoff und der Deutschen Gesellschaft für Informationsfreiheit (Hrsg.): Informationsfreiheit und Informationsrecht, Jahrbuch 2014, Berlin 2015, S. 65–73

BILDESHEIM, OLIVER/ WINTERMANN, OLE: Warum wir endlich eine Politik 2.0 benötigen, in: Christoph Kappes, Jan Krone, Leonard Novy (Hrsg.): Medienwandel kompakt 2011 – 2013, Netzwerkveröffentlichungen zu Medienökonomie, Medienpolitik & Journalismus, 2014 Wiesbaden, S. 37–43, Url: <http://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-00849-9>

BLÄSI, BURKHARD: Keine Zeit, kein Geld, kein Interesse ... ? Konstruktive Konfliktberichterstattung zwischen Anspruch und medialer Wirklichkeit, Berlin 2006

BRANAHL, UDO: Medienrecht. Eine Einführung, Wiesbaden 2009⁶, Url: <http://link.springer.com/book/10.1007/978-3-531-91546-3>

BUCKOW, ISABELLE: Freie Journalisten und ihre berufliche Identität. Eine Umfrage unter den Mitgliedern des Journalistenverbands Freischreiber, Wiesbaden 2011, Url: <http://link.springer.com/book/10.1007/978-3-531-92663-6>

DEBUS, ALFRED G./ MUSCH, ELISABETH/ ZIEKOW, JAN: Evaluation des Gesetzes zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes-Informationsfreiheitsgesetz des Bundes (IFG) im Auftrag des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 22. Mai 2012, Url: https://www.transparency.de/fileadmin/pdfs/Themen/Verwaltung/Informationsfreiheit_/174522BEvaluationIFGutachten.pdf

DREPPER, DANIEL: Schwarz auf Weiß – Wie Journalisten mit dem Informationsfreiheitsgesetz Originaldokumente beantragen und was der Gesetzgeber bei einer Novelle beachten sollte. Eine Fallstudie mit Experteninterviews. Diplomarbeit, 2012 Dortmund, Url: <http://www.danieldrepper.de/wp-content/uploads/2013/09/Daniel-Drepper-Auskunftsrechte-Diplom2.pdf>

GROSSEL, DANIEL: Medien und Politik in Deutschland und den USA. Kontrolle, Konflikt und Kooperation vom 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert, Stuttgart 2010

HALLER, MICHAEL: Vorwort, in: Das freie Wort und seine Feinde. Hg. v. Michael Haller, 2003, Konstanz. S. 5 –9

HARTGE, DAGMAR: Open Data – Ergänzung oder Einschränkung der Informationsfreiheit? in: Datenschutz und Sicherheit – DuD 37 (2013), Url: <http://link.springer.com/article/10.1007/s11623-013-0237-4>

HOFFMANN, HANS: (fast) neun Jahre IFG – Ein Erfahrungsbericht aus Anwendersicht, in: Alexander Dix, Gregor Franßen, Michael Klopfer, Peter Schaar, Friedrich Schoch, Andrea Voßhoff und der Deutschen Gesellschaft für Informationsfreiheit (Hrsg.): Informationsfreiheit und Informationsrecht, Jahrbuch 2014, Berlin 2015, S. 151–160

KNAUT, ANETTE: Journalisten zwischen öffentlichem Auftrag und kommerziellen Zwang, in: Gerhard Göhler, Annette Knaut, Cornelia Schmalz, Christian Walther (Hrsg.): Markt Macht Medien. Reflexionen zur Praxis der vierten Gewalt, Frankfurt am Main 2008. S. 9–25

MAYER-SCHÖNBERGER/ MACK: Zeitenwechsel – Wie Big Data Open Data verändert, in: Zur Entwicklung der Informationsfreiheit in Deutschland seit 2009, in: Alexander Dix, Gregor Franßen, Michael Klopfer, Peter Schaar, Friedrich Schoch, Andrea Voßhoff und der Deutschen Gesellschaft für Informationsfreiheit (Hrsg.): Informationsfreiheit und Informationsrecht Jahrbuch 2014, Berlin 2015, S. 9–15

MECKLENBURG, WILHELM/PÖPPELMANN, BENNO H.: Informationsfreiheitsgesetz. Gesetzestexte, Kommentierungen, Fallbeispiele, Erläuterungen, Bonn 2007

o.A.: Open-Data-Apps für die transparente Verwaltung, in: Datenschutz und Datensicherheit – DuD 36 (2012), S. 142, Url: <http://link.springer.com/article/10.1007/s11623-012-0043-4>

o.A.: ThLfDI: Informationsfreiheitsgesetz – Wozu? In: Datenschutz und Datensicherheit DuD 37 (2013), S. 193f, Url: <http://link.springer.com/article/10.1007/s11623-013-0067-4>

PRANTL, HERBERT: Innere Sicherheit contra Pressefreiheit: Warum der Artikel 5 Grundgesetz der Restaurierung bedarf, in: Publizistik 52 (2007), S. 304–306, Url: <http://link.springer.com/article/10.1007/s11616-007-0168-x>

PRANTL, HERIBERT: Pressefreiheit – das täglich Brot der Demokratie. Wert und Gefährdung eines ur-Rechts, in: Martin Welker, Andreas Elter, Stephan Weichert (Hrsg.): Pressefreiheit ohne Grenzen? Grenzen der Pressefreiheit, Köln 2010

PÖRKSEN, BERNHARD: Vorwort, in: Bernhard Pörksen, Wolfgang Krischke (Hrsg.): Die Casting Gesellschaft. Köln Halem 2012², S. 7–37 und 282–292

RÖSSLER, PATRICK: Forschungsfeld Medienpädagogik, in: Skalenhandbuch Kommunikationswissenschaft, Uwe Sanders, Friederike von Gross, Kai-Uwe Hugger (Hrsg.) Wiesbaden 2008, Url: <http://link.springer.com/book/10.1007/978-3-531-94179-0>

ROTH, JÜRGEN: Zukunft der Informationsfreiheit, Symposium des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit am 8. und 9. Juni 2011 in Berlin, in: Datenschutz und Datensicherheit – DuD 35 (2011), S. 594, Url: <http://link.springer.com/article/10.1007/s11623-011-0144-5>

SCHULZ, WOLFGANG: Informationsfreiheit, in: Hans-Bredow-Institut (Hrsg.): Medien von A bis Z (2006) S. 151, Url: http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-531-90261-6_1

SARCINELLI, ULRICH: Politische Kommunikation in Deutschland, Medien und Politikvermittlung in Deutschland, Wiesbaden 2011³, Url: <http://www.springer.com/de/book/9783531176109>

SHRIVASTAVA, KM: "The right to information – a global perspective". Lancer Inter Consult, Frankfort (Illinois) 2009

TILLACK, HANS-MARTIN: Transparenz in Medien und Politik, in: Franziska Bravo Roger, Phillip Henn, Diana Tuppack (Hrsg.) Düsseldorf forum, politische Kommunikation, Berlin 2013, S. 19

VONRARBURG, VERENA in: Fredy Greuter, Norbert Neininger (Hrsg.): Medien und Öffentlichkeit. Zwischen Symbiose und Ablehnung, Zürich 2014

WEWER, GOTTRIK: Wundermittel Transparenz? Über Informationsfreiheit und Transparenzgesetze, in: Alexander Dix, Gregor Franßen, Michael Klopferm Peter Schaar, Friedrich Schoch, Andrea Voßhoff und der Deutschen Gesellschaft für Informationsfreiheit (Hrsg.): Informationsfreiheit und Informationsrecht. Jahrbuch 2014, Berlin 2015, S. 161–173

WIEGREFE, KLAUS (2014): Die Spiegel-Affäre. Veröffentlicht am 02. Mai 2014, <https://www.voebb.de/aDISWeb/app;jsessionid=8262893BB91380FEFEC4CDF1D2901EF4> S. 6 – 11 (Zugriff am 19.06.2015)

WILKE, JÜRGEN: Auf langem Weg zur Öffentlichkeit: Von der Parlamentsdebatte, in: Otfried Jarren, Kurt Imhof, Roger Blum (Hrsg.): Zerfall der Öffentlichkeit? Wiesbaden 2000, S. 14–15, Url: <http://link.springer.com/book/10.1007/978-3-663-07953-8>

2. Urteile

Bundesverfassungsgericht: Durchsuchung und Beschlagnahme bei Cicero verletzten Pressefreiheit, vom 27.02.2007, <http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2007/bvg07-021.html> (abgerufen am 20.06.2015)

BVerfGE 64, 108: Zum Zeugnisverweigerungsrecht von Presseangehörigen über den Auftraggeber einer Chiffre Anzeige vom 17.10.2014 http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv064_108.html

BVerwG 7 B 30.12 – Bundesverwaltungsgericht Beschluss vom 27. Mai 2013

3. Gesetze

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 5. http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_5.html (abgerufen am 13.06.2015)

Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes. Informationsfreiheitsgesetz (IFG) <http://www.gesetze-im-internet.de/ifg>

Umweltinformationsgesetz (UIG) http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/uig_2005/gesamt.pdf

Hamburgisches Transparenzgesetz (HmbTG) http://www.transparenzgesetz.de/fileadmin/user_upload/materialien/HmbTG_endversion_08_06.pdf

Gesetzesentwurf Transparenzgesetz Hamburg (TGH) <http://www.altona.info/wp-content/uploads/2011/10/Transparenzgesetz.pdf> (abgerufen am 07.07.2015)

4. Internetquellen

o.A.: Cicero-Durchsuchung: Chronik einer Affäre, in: Spiegel-Online Kultur, 2007. Url: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/cicero-durchsuchung-chronik-einer-affaere-a-468868.html> (abgerufen am 20.06.2015)

o.A.: Fünf Jahre nach dem Cicero-Urteil: Leicht verbesserter Schutz für Journalisten, vom 11.05.2015, Url: <http://www.hintergrund.de/201205112058/politik/inland/fuenf-jahre-nach-dem-cicero-urteil-leicht-verbesserter-schutz-fuer-journalisten.html> (abgerufen am 14.07.2015)

o.A.: Transparenzgesetz: CCC setzt sich für Veröffentlichungspflicht ein, vom 19.01.2015, Url: <http://www.ccc.de/de/updates/2015/transparenzgesetz> (abgerufen am 14.07.2015)

o.A.: Plakativ: CDU-Abgeordnete macht Wahlkampf mit Merkel-Dekolleté, in: Spiegel-Online Politik vom 10.08.2009, Url: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/plakativ-cdu-abgeordnete-macht-wahlkampf-mit-merkel-dekollete-a-641634.html> (abgerufen am 25.06.2015)

o.A.: Richard Nixon – die Watergate-Affäre, Url: <http://www.wissen.de/richard-nixon-die-watergate-affaere> (abgerufen am 14.07.2015)

KEPPLINGER DR. HANS MATHIAS, Professor für Empirische Kommunikationsforschung am Institut für Publizistik der Universität Mainz: Rivalität um Macht und Moral, Mainz 2008, URL <http://www.kepplinger.de/content/rivalit%C3%A4t-um-macht-und-moral> (abgerufen am 30.06.2015)

PRANTLI, HERIBERT: Restaurierung des Grundrechts in der Süddeutschen Zeitung vom 11. Mai 2010, <http://www.sueddeutsche.de/politik/cicero-urteil-restaurierung-eines-grundrechts-1.313228>

(abgerufen am 20.06.2015)

POTJANS, MAREIKE: Informationsansprüche und ihre Durchsetzung im Überblick in: nachgehakt-online.de, unter <http://www.nachgehakt-online.de/s11.php> (Abgerufen am 13.06.2015)

RATH, CHRISTIAN: PRESSEAUSKUNFT – die Lücke im Gesetz, in: journalist.de vom 11.06.2013, <http://www.journalist.de/aktuelles/meldungen/presseauskunft-die-luecke-im-gesetz.html> (abgerufen am 14.06.2015)

REDELFS, MANFRED: Mogelpackung: Informationsfreiheit in Thüringen, in: Magazin-Pressefreiheit für Deutschland vom 21. November 2012, Url: pressefreiheit-in-deutschland.de/mogelpackung-informationsfreiheitsgesetz-in-thueringen/ (abgerufen am 23.06.2015)

SCHAAR, PETER: das Recht auf freien Zugang zu Informationen öffentlicher Stellen: <https://archiv.cilip.de/alt/ausgabe/54/cilip1.htm> (abgerufen am 13.06.2015)

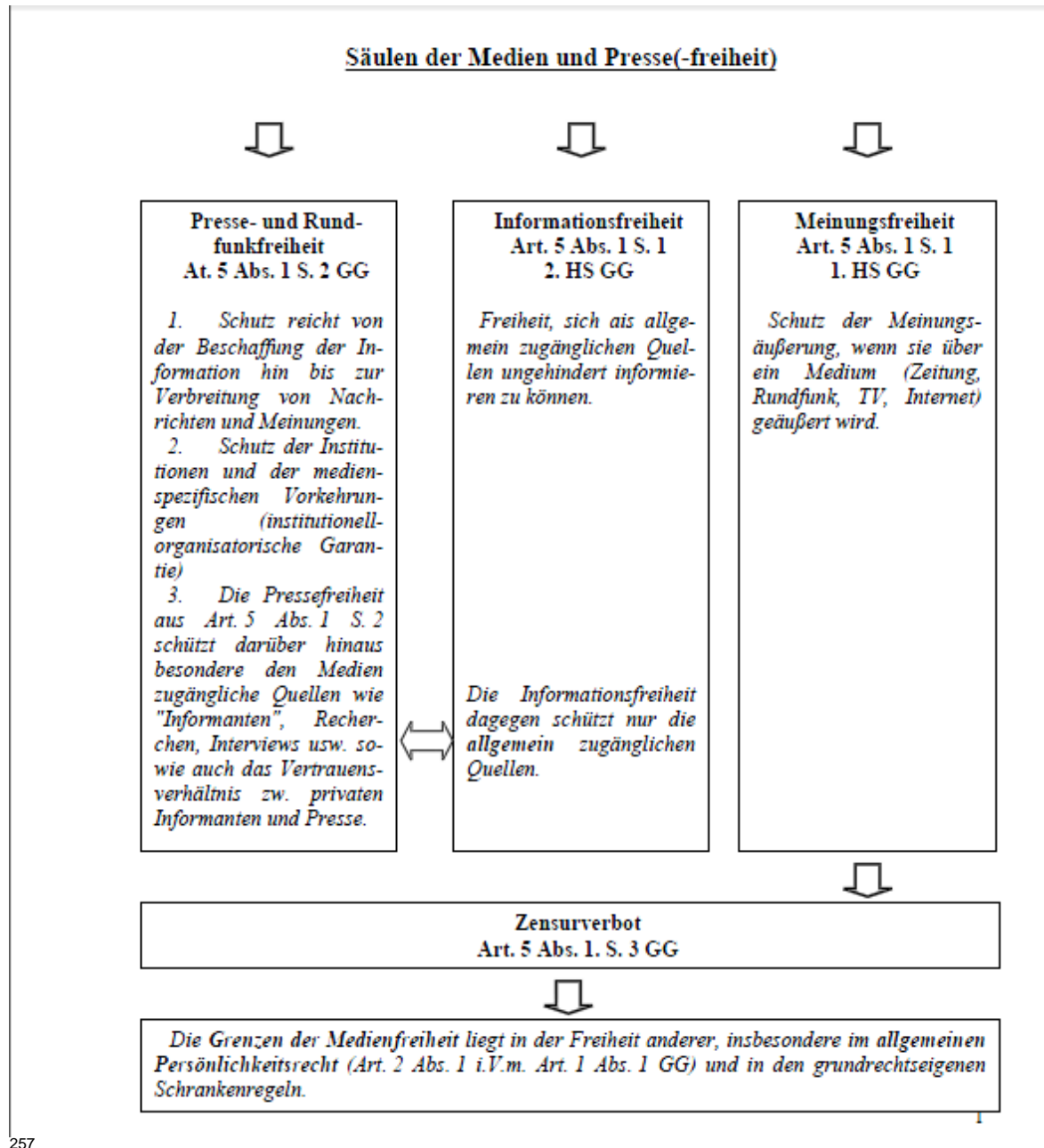
SCHRAVEN, DAVID: "Das Umweltministerium von Johannes Remmel (Grüne) und die Informationsfreiheit in NRW". In: WAZ-Rechercheblog, 1. Oktober 2012: <https://www.der-westen-recherche.org/2012/10/dasumweltministerium-von-johannes-remmel-grune-und-die-informationsfreiheit/>

VOSSKUHLE, ANDREAS: Bundesverfassungsgericht zur Pressefreiheit: kritischer Journalismus als Verfassungsauftrag, in: Pressefreiheit für Deutschland Magazin bpm, 23.02.2014, Url: <http://pressefreiheit-in-deutschland.de/praesident-des-bundesverfassungsgeschichte-zur-pressefreiheit-kritischer-journalismus-als-verfassungsauftrag-9987/> (abgerufen am 20.06.2015)

WANDTKE, ATUR-AXEL: Vorlesung Medienrecht, Url: http://wandtke.rewi.hu-berlin.de/doc/Skript_Medienrecht.pdf (abgerufen am 15.07.2015)

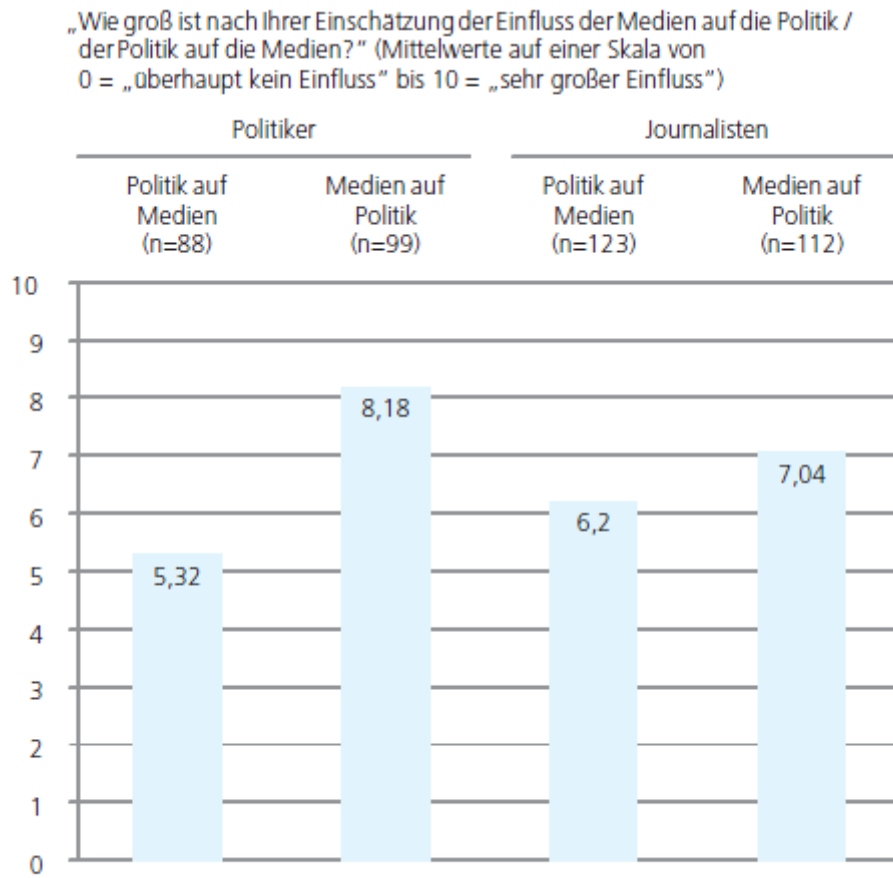
Anhang

Abbildung 1 – Drei Säulen der Medien und Pressefreiheit



257

Abbildung 2 – Machtgefälle zwischen Politik und Medien

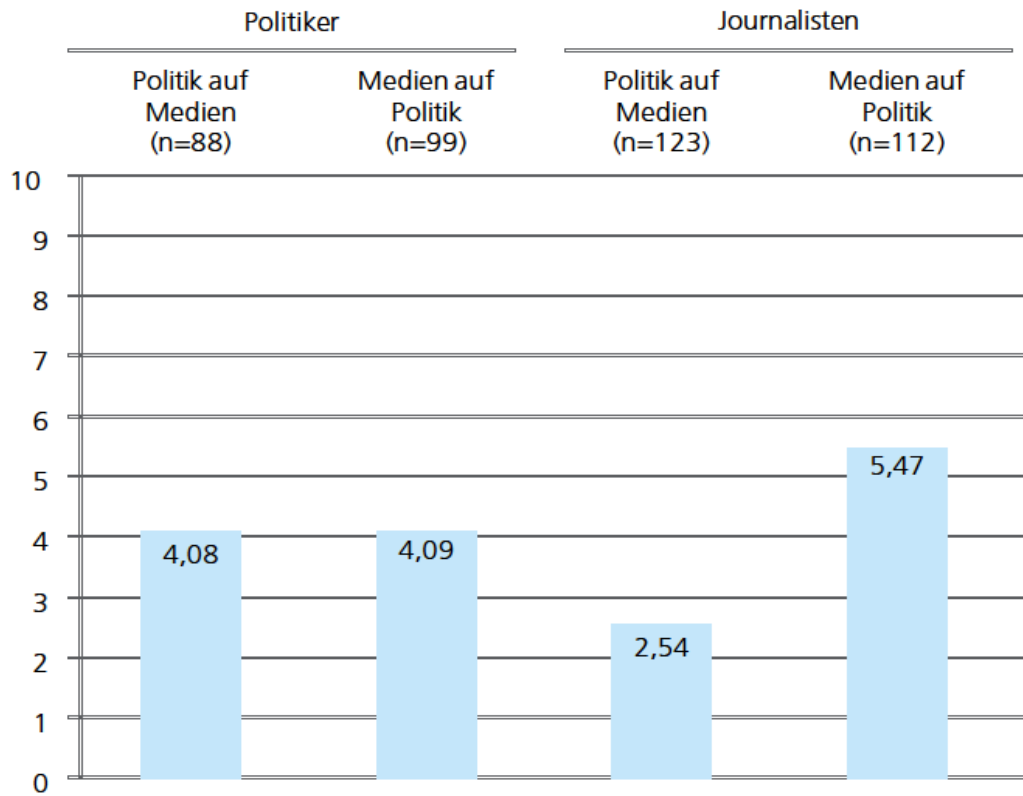


258

²⁵⁸ Quelle: Rivalität von Macht und Moral, Dr. Hans Mathias Kepplinger, Professor für Empirische Kommunikationsforschung am Institut der Universität Mainz. Url: <http://www.kepplinger.de/content/rivalit%C3%A4t-um-macht-und-moral>, S. 72

Abbildung 3 – Gefühlter Einfluss der anderen Partei auf die eigene Arbeit

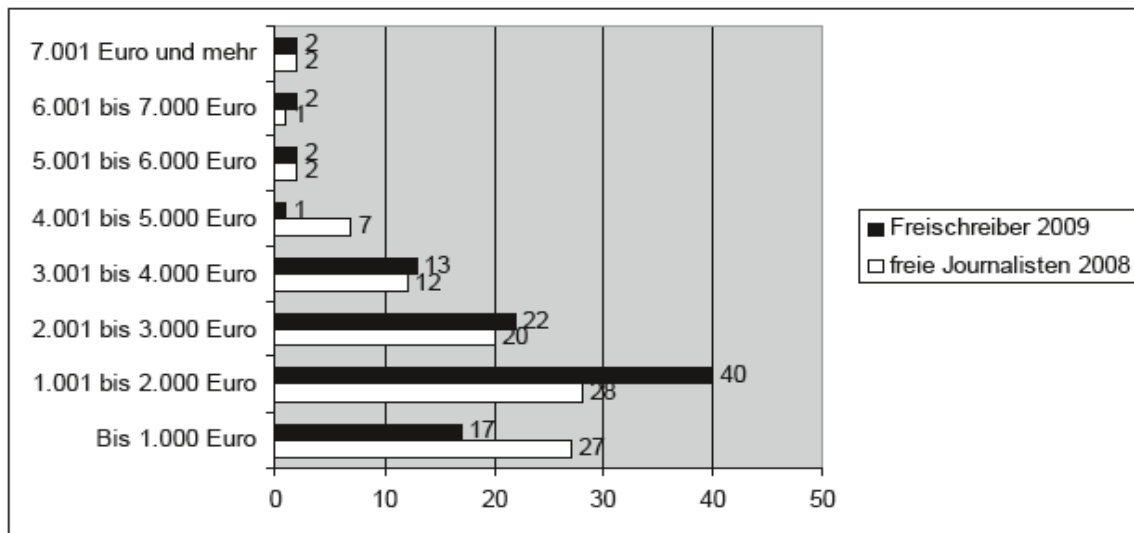
„Und wie groß sollte der Einfluss der Medien auf die Politik / der Politik auf die Medien sein?“ (Mittelwerte auf einer Skala von 0 = „überhaupt kein Einfluss“ bis 10 = „sehr großer Einfluss“)



259

²⁵⁹ Rivalität von Macht und Moral, Dr. Hans Mathias Kepplinger, Professor für Empirische Kommunikationsforschung am Institut der Universität Mainz. Url: <http://www.kepplinger.de/content/rivalit%C3%A4t-um-macht-und-moral>, S. 75

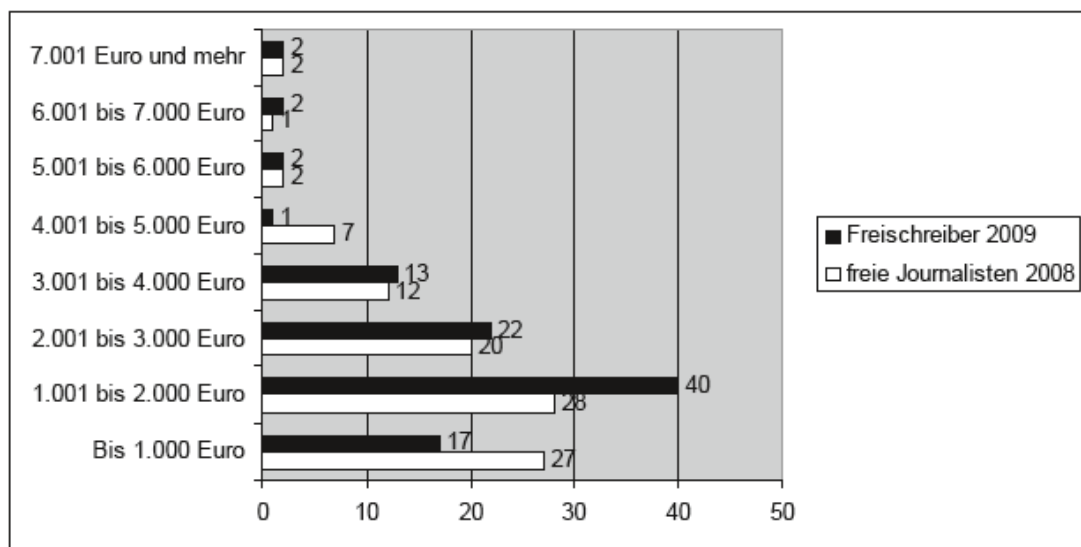
Abbildung 4 – Unterschiedliche Einkommen bei Männern und Frauen



Angaben in Prozent (Abweichungen von 100 rundungsbedingt). Quellen: Online-Befragung der Freischreiber, Juli bis August 2009. N=95. Frage: Können Sie bitte abschätzen, wie viel Geld Sie zurzeit durch Ihre journalistische Tätigkeit einnehmen? Online-Befragung von Freiberuflern, April 2008 (Meyen & Springer 2009: 63).

²⁶⁰ Buckow, Isabelle: Freie Journalisten und ihre berufliche Identität, Eine Umfrage unter den Mitgliedern des Journalistenverbands Freischreiber, 1. Auflage, Wiesbaden 2011, S. 53

Abbildung 5 – Monatliches Einkommen eines freien Journalisten



Angaben in Prozent (Abweichungen von 100 rundungsbedingt). Quellen: Online-Befragung der Freischreiber, Juli bis August 2009. N=95. Frage: Können Sie bitte abschätzen, wie viel Geld Sie zurzeit durch Ihre journalistische Tätigkeit einnehmen? Online-Befragung von Freiberuflern, April 2008 (Meyen & Springer 2009: 63).

²⁶¹ Buckow, Isabelle: Freie Journalisten und ihre berufliche Identität, Eine Umfrage unter den Mitgliedern des Journalistenverbands Freischreiber, 1. Auflage, Wiesbaden 2011, S. 55

Abbildung 6 – Gebühren des Informationsfreiheitsgesetzes

Bundesgesetzblatt Jahrgang 2006 Teil I Nr. 1, ausgegeben zu Bonn am 6. Jan. 2006

Gebühren- und Auslagenverzeichnis Teil A – Gebühren

Nr.	Gebührentatbestand	Gebühren- betrag in Euro
1	Auskünfte	
1.1	– mündliche und einfache schriftliche Auskünfte auch bei Herausgabe von wenigen Abschriften	gebührenfrei
1.2	– Erteilung einer schriftlichen Auskunft auch bei Herausgabe von Abschriften	30 bis 250
1.3	– Erteilung einer schriftlichen Auskunft bei Herausgabe von Abschriften, wenn im Einzelfall ein deutlich höherer Verwaltungsaufwand zur Zusammenstellung von Unterlagen entsteht, insbesondere wenn zum Schutz öffentlicher oder privater Belange Daten ausgesondert werden müssen	60 bis 500
2	Herausgabe	
2.1	– Herausgabe von Abschriften	15 bis 125
2.2	– Herausgabe von Abschriften, wenn im Einzelfall ein deutlich höherer Verwaltungsaufwand zur Zusammenstellung von Unterlagen entsteht, insbesondere wenn zum Schutz öffentlicher oder privater Belange Daten ausgesondert werden müssen	30 bis 500
3	Einsichtnahme bei der Behörde einschließlich der erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen auch bei Herausgabe von wenigen Abschriften	15 bis 500
4	Veröffentlichungen nach § 11 des Informationsfreiheitsgesetzes	gebührenfrei
5	Vollständige oder teilweise Zurückweisung eines Widerspruchs	bis zur Höhe der für den angefochtenen Verwaltungsakt festgesetzten Gebühr, jedoch mindestens 30 Euro

262

²⁶² IFG Kostentatbestand aus: Mecklenburg/ Pöppelmann 2007, S 13

Abbildung 7 – Gebührentatbestand des Umweltinformationsgesetzes

Ein Service des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz
in Zusammenarbeit mit der juris GmbH - www.juris.de

§ 4 (Inkrafttreten)

-

Anlage (zu § 1 Abs. 1) Gebühren- und Auslagenverzeichnis

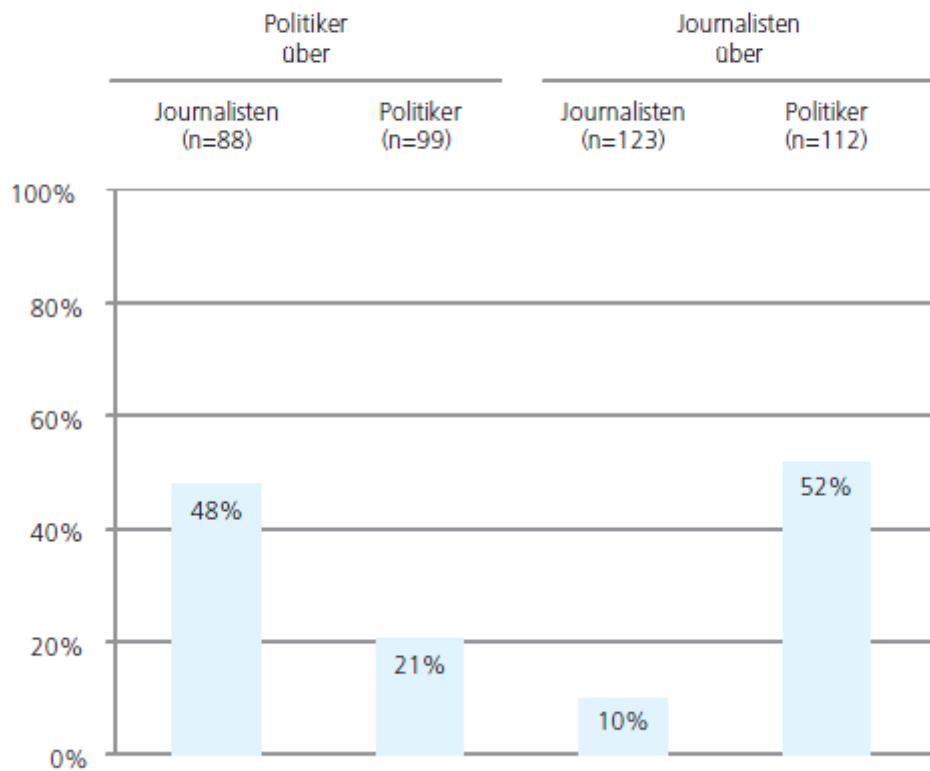
(Fundstelle des Originaltextes: BGBl. I 2004, 3709)

A. Gebühren		
Nr.	Gebührentatbestand	Gebührenbetrag in Euro
1.	Auskünfte	
1.1	- mündliche und einfache schriftliche Auskünfte auch bei Herausgabe von wenigen Duplikaten	gebührenfrei
1.2	- Erteilung einer umfassenden schriftlichen Auskunft auch bei Herausgabe von Duplikaten	bis 250
1.3	- Erteilung einer schriftlichen Auskunft bei Herausgabe von Duplikaten, wenn im Einzelfall bei außergewöhnlich aufwendigen Maßnahmen zur Zusammenstellung von Unterlagen, insbesondere zum Schutz öffentlicher oder privater Belange, in zahlreichen Fällen Daten ausgesondert werden müssen Auslagen werden mit Ausnahme der Nr. 1.1 zusätzlich erhoben.	bis 500
2.	Herausgabe	
2.1	- Herausgabe von Duplikaten	bis 125
2.2	- Herausgabe von Duplikaten im Einzelfall bei außergewöhnlich aufwändigen Maßnahmen zur Zusammenstellung von Unterlagen, insbesondere wenn zum Schutz öffentlicher oder privater Belange in zahlreichen Fällen Daten ausgesondert werden müssen Auslagen werden zusätzlich erhoben.	bis 500
3.	Einsichtnahme vor Ort einschließlich der erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen auch bei Herausgabe von wenigen Duplikaten	gebührenfrei
4.	Vorkehrungen nach § 7 Abs. 2 des Umweltinformationsgesetzes	gebührenfrei
5.	Unterrichtung der Öffentlichkeit nach den §§ 10 und 11 des Umweltinformationsgesetzes	gebührenfrei
B. Auslagen		
Nr.	Auslagentatbestand	Auslagenbetrag in Euro
1.	Herstellung von Duplikaten	
1.1	- je DIN A4-Kopie von Papiervorlagen	0,10
1.2	- je DIN A3-Kopie von Papiervorlagen	0,15
1.3	- Reproduktion von verfilmten Akten je Seite	0,25
2.	Herstellung von Kopien auf sonstigen Datenträgern oder Filmkopien	in voller Höhe
3.	Aufwand für besondere Verpackung und besondere Beförderung	in voller Höhe

Abbildung 8 – Skrupellosigkeit bei den Journalisten und Politikern

„Generelle Urteile über Menschen sind kaum möglich. Deshalb die Frage: Auf wie viele Politiker treffen nach Ihrer Erfahrung die folgenden Aussagen zu?“

Aussage: „Politikern (Journalisten) ist jedes Mittel recht, wenn es um Wählerstimmen (Auflage/Quote) geht. Trifft zu auf ...“ (Ausgewiesen: „alle, fast alle“, „die Mehrheit“)



263

²⁶³ Rivalität von Macht und Moral, Dr. Hans Mathias Kepplinger, Professor für Empirische Kommunikationsforschung am Institut der Universität Mainz. Url: <http://www.kepplinger.de/content/rivalit%C3%A4t-um-macht-und-moral>, S. 75

Gesetze

Artikel 5 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Art 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.²⁶⁴

²⁶⁴ http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_5.html (abgerufen am 12.07.2015)

Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes (Informationsfreiheitsgesetz - IFG)

IFG

Ausfertigungsdatum: 05.09.2005

Vollzitat:

"Informationsfreiheitsgesetz vom 5. September 2005 (BGBl. I S. 2722), das durch Artikel 2 Absatz 6 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist"

Stand: Geändert durch Art. 2 Abs. 6 G v. 7.8.2013 I 3154

Fußnote

(+++ Textnachweis ab: 1.1.2006 +++)

§ 1 Grundsatz

(1) Jeder hat nach Maßgabe dieses Gesetzes gegenüber den Behörden des Bundes einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen. Für sonstige Bundesorgane und -einrichtungen gilt dieses Gesetz, soweit sie öffentlich-rechtliche Verwaltungsaufgaben wahrnehmen. Einer Behörde im Sinne dieser Vorschrift steht eine natürliche Person oder juristische Person des Privatrechts gleich, soweit eine Behörde sich dieser Person zur Erfüllung ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgaben bedient.

(2) Die Behörde kann Auskunft erteilen, Akteneinsicht gewähren oder Informationen in sonstiger Weise zur Verfügung stellen. Begehrt der Antragsteller eine bestimmte Art des Informationszugangs, so darf dieser nur aus wichtigem Grund auf andere Art gewährt werden. Als wichtiger Grund gilt insbesondere ein deutlich höherer Verwaltungsaufwand.

(3) Regelungen in anderen Rechtsvorschriften über den Zugang zu amtlichen Informationen gehen mit Ausnahme des § 29 des Verwaltungsverfahrensgesetzes und des § 25 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch vor.

§ 2 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Gesetzes ist

1. amtliche Information: jede amtlichen Zwecken dienende Aufzeichnung, unabhängig von der Art ihrer Speicherung. Entwürfe und Notizen, die nicht Bestandteil eines Vorgangs werden sollen, gehören nicht dazu;
2. Dritter: jeder, über den personenbezogene Daten oder sonstige Informationen vorliegen.

§ 3 Schutz von besonderen öffentlichen Belangen

Der Anspruch auf Informationszugang besteht nicht,

1. wenn das Bekanntwerden der Information nachteilige Auswirkungen haben kann auf
 - a) internationale Beziehungen,
 - b) militärische und sonstige sicherheitsempfindliche Belange der Bundeswehr,
 - c) Belange der inneren oder äußeren Sicherheit,
 - d) Kontroll- oder Aufsichtsaufgaben der Finanz-, Wettbewerbs- und Regulierungsbehörden,
 - e) Angelegenheiten der externen Finanzkontrolle,

- f) Maßnahmen zum Schutz vor unerlaubtem Außenwirtschaftsverkehr,
 - g) die Durchführung eines laufenden Gerichtsverfahrens, den Anspruch einer Person auf ein faires Verfahren oder die Durchführung strafrechtlicher, ordnungswidrigkeitsrechtlicher oder disziplinarischer Ermittlungen,
- 2. wenn das Bekanntwerden der Information die öffentliche Sicherheit gefährden kann,
 - 3. wenn und solange
 - a) die notwendige Vertraulichkeit internationaler Verhandlungen oder
 - b) die Beratungen von Behörden beeinträchtigt werden,
 - 4. wenn die Information einer durch Rechtsvorschrift oder durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlusssachen geregelten Geheimhaltungs- oder Vertraulichkeitspflicht oder einem Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnis unterliegt,
 - 5. hinsichtlich vorübergehend beigezogener Information einer anderen öffentlichen Stelle, die nicht Bestandteil der eigenen Vorgänge werden soll,
 - 6. wenn das Bekanntwerden der Information geeignet wäre, fiskalische Interessen des Bundes im Wirtschaftsverkehr oder wirtschaftliche Interessen der Sozialversicherungen zu beeinträchtigen,
 - 7. bei vertraulich erhobener oder übermittelter Information, soweit das Interesse des Dritten an einer vertraulichen Behandlung im Zeitpunkt des Antrags auf Informationszugang noch fortbesteht,
 - 8. gegenüber den Nachrichtendiensten sowie den Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen des Bundes, soweit sie Aufgaben im Sinne des § 10 Nr. 3 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes wahrnehmen.

§ 4 Schutz des behördlichen Entscheidungsprozesses

(1) Der Antrag auf Informationszugang soll abgelehnt werden für Entwürfe zu Entscheidungen sowie Arbeiten und Beschlüsse zu ihrer unmittelbaren Vorbereitung, soweit und solange durch die vorzeitige Bekanntgabe der Informationen der Erfolg der Entscheidung oder bevorstehender behördlicher Maßnahmen vereitelt würde. Nicht der unmittelbaren Entscheidungsvorbereitung nach Satz 1 dienen regelmäßig Ergebnisse der Beweiserhebung und Gutachten oder Stellungnahmen Dritter.

(2) Der Antragsteller soll über den Abschluss des jeweiligen Verfahrens informiert werden.

§ 5 Schutz personenbezogener Daten

(1) Zugang zu personenbezogenen Daten darf nur gewährt werden, soweit das Informationsinteresse des Antragstellers das schutzwürdige Interesse des Dritten am Ausschluss des Informationszugangs überwiegt oder der Dritte eingewilligt hat. Besondere Arten personenbezogener Daten im Sinne des § 3 Abs. 9 des Bundesdatenschutzgesetzes dürfen nur übermittelt werden, wenn der Dritte ausdrücklich eingewilligt hat.

(2) Das Informationsinteresse des Antragstellers überwiegt nicht bei Informationen aus Unterlagen, soweit sie mit dem Dienst- oder Amtsverhältnis oder einem Mandat des Dritten in Zusammenhang stehen und bei Informationen, die einem Berufs- oder Amtsgeheimnis unterliegen.

(3) Das Informationsinteresse des Antragstellers überwiegt das schutzwürdige Interesse des Dritten am Ausschluss des Informationszugangs in der Regel dann, wenn sich die Angabe auf Name, Titel, akademischen Grad, Berufs- und Funktionsbezeichnung, Büroanschrift und -telekommunikationsnummer beschränkt und der Dritte als Gutachter, Sachverständiger oder in vergleichbarer Weise eine Stellungnahme in einem Verfahren abgegeben hat.

(4) Name, Titel, akademischer Grad, Berufs- und Funktionsbezeichnung, Büroanschrift und -telekommunikationsnummer von Bearbeitern sind vom Informationszugang nicht ausgeschlossen, soweit sie Ausdruck und Folge der amtlichen Tätigkeit sind und kein Ausnahmetatbestand erfüllt ist.

§ 6 Schutz des geistigen Eigentums und von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen

Der Anspruch auf Informationszugang besteht nicht, soweit der Schutz geistigen Eigentums entgegensteht. Zugang zu Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen darf nur gewährt werden, soweit der Betroffene eingewilligt hat.

§ 7 Antrag und Verfahren

(1) Über den Antrag auf Informationszugang entscheidet die Behörde, die zur Verfügung über die begehrten Informationen berechtigt ist. Im Fall des § 1 Abs. 1 Satz 3 ist der Antrag an die Behörde zu richten, die sich der natürlichen oder juristischen Person des Privatrechts zur Erfüllung ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgaben bedient. Betrifft der Antrag Daten Dritter im Sinne von § 5 Abs. 1 und 2 oder § 6, muss er begründet werden. Bei gleichförmigen Anträgen von mehr als 50 Personen gelten die §§ 17 bis 19 des Verwaltungsverfahrensgesetzes entsprechend.

(2) Besteht ein Anspruch auf Informationszugang zum Teil, ist dem Antrag in dem Umfang stattzugeben, in dem der Informationszugang ohne Preisgabe der geheimhaltungsbedürftigen Informationen oder ohne unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand möglich ist. Entsprechendes gilt, wenn sich der Antragsteller in den Fällen, in denen Belange Dritter berührt sind, mit einer Unkenntlichmachung der diesbezüglichen Informationen einverstanden erklärt.

(3) Auskünfte können mündlich, schriftlich oder elektronisch erteilt werden. Die Behörde ist nicht verpflichtet, die inhaltliche Richtigkeit der Information zu prüfen.

(4) Im Fall der Einsichtnahme in amtliche Informationen kann sich der Antragsteller Notizen machen oder Ablichtungen und Ausdrucke fertigen lassen. § 6 Satz 1 bleibt unberührt.

(5) Die Information ist dem Antragsteller unter Berücksichtigung seiner Belange unverzüglich zugänglich zu machen. Der Informationszugang soll innerhalb eines Monats erfolgen. § 8 bleibt unberührt.

§ 8 Verfahren bei Beteiligung Dritter

(1) Die Behörde gibt einem Dritten, dessen Belange durch den Antrag auf Informationszugang berührt sind, schriftlich Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb eines Monats, sofern Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass er ein schutzwürdiges Interesse am Ausschluss des Informationszugangs haben kann.

(2) Die Entscheidung nach § 7 Abs. 1 Satz 1 ergeht schriftlich und ist auch dem Dritten bekannt zu geben. Der Informationszugang darf erst erfolgen, wenn die Entscheidung dem Dritten gegenüber bestandskräftig ist oder die sofortige Vollziehung angeordnet worden ist und seit der Bekanntgabe der Anordnung an den Dritten zwei Wochen verstrichen sind. § 9 Abs. 4 gilt entsprechend.

§ 9 Ablehnung des Antrags; Rechtsweg

(1) Die Bekanntgabe einer Entscheidung, mit der der Antrag ganz oder teilweise abgelehnt wird, hat innerhalb der Frist nach § 7 Abs. 5 Satz 2 zu erfolgen.

(2) Soweit die Behörde den Antrag ganz oder teilweise ablehnt, hat sie mitzuteilen, ob und wann der Informationszugang ganz oder teilweise zu einem späteren Zeitpunkt voraussichtlich möglich ist.

(3) Der Antrag kann abgelehnt werden, wenn der Antragsteller bereits über die begehrten Informationen verfügt oder sich diese in zumutbarer Weise aus allgemein zugänglichen Quellen beschaffen kann.

(4) Gegen die ablehnende Entscheidung sind Widerspruch und Verpflichtungsklage zulässig. Ein Widerspruchsverfahren nach den Vorschriften des 8. Abschnitts der Verwaltungsgerichtsordnung ist auch dann durchzuführen, wenn die Entscheidung von einer obersten Bundesbehörde getroffen wurde.

§ 10 Gebühren und Auslagen

(1) Für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen nach diesem Gesetz werden Gebühren und Auslagen erhoben. Dies gilt nicht für die Erteilung einfacher Auskünfte.

(2) Die Gebühren sind auch unter Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes so zu bemessen, dass der Informationszugang nach § 1 wirksam in Anspruch genommen werden kann.

(3) Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen nach diesem Gesetz die Gebührentatbestände und Gebührensätze durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates zu bestimmen. § 10 des Bundesgebührengesetzes findet keine Anwendung.

Ein Service des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz
in Zusammenarbeit mit der juris GmbH - www.juris.de

§ 11 Veröffentlichungspflichten

(1) Die Behörden sollen Verzeichnisse führen, aus denen sich die vorhandenen Informationssammlungen und -zwecke erkennen lassen.

(2) Organisations- und Aktenpläne ohne Angabe personenbezogener Daten sind nach Maßgabe dieses Gesetzes allgemein zugänglich zu machen.

(3) Die Behörden sollen die in den Absätzen 1 und 2 genannten Pläne und Verzeichnisse sowie weitere geeignete Informationen in elektronischer Form allgemein zugänglich machen.

§ 12 Bundesbeauftragter für die Informationsfreiheit

(1) Jeder kann den Bundesbeauftragten für die Informationsfreiheit anrufen, wenn er sein Recht auf Informationszugang nach diesem Gesetz als verletzt ansieht.

(2) Die Aufgabe des Bundesbeauftragten für die Informationsfreiheit wird von dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz wahrgenommen.

(3) Die Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes über die Kontrollaufgaben des Bundesbeauftragten für den Datenschutz (§ 24 Abs. 1 und 3 bis 5), über Beanstandungen (§ 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 4, Satz 2 und Abs. 2 und 3) sowie über weitere Aufgaben gemäß § 26 Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend.

§ 13

-

§ 14 Bericht und Evaluierung

Die Bundesregierung unterrichtet den Deutschen Bundestag zwei Jahre vor Außerkrafttreten über die Anwendung dieses Gesetzes. Der Deutsche Bundestag wird das Gesetz ein Jahr vor Außerkrafttreten auf wissenschaftlicher Grundlage evaluieren.

§ 15 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.

Umweltinformationsgesetz (UIG)

UIG

Ausfertigungsdatum: 22.12.2004

Vollzitat:

"Umweltinformationsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Oktober 2014 (BGBl. I S. 1643)"

Stand: Neugefasst durch Bek. v. 27.10.2014 I 1643

Fußnote

(+++ Textnachweis ab: 14. 2.2005 +++)

Das G wurde als Artikel 1 des G v. 22.12.2004 I 3704 vom Bundestag beschlossen. Es ist gem. Art. 9 Abs. 1 am 14.2.2005 in Kraft getreten.

Abschnitt 1 Allgemeine Vorschriften

§ 1 Zweck des Gesetzes; Anwendungsbereich

(1) Zweck dieses Gesetzes ist es, den rechtlichen Rahmen für den freien Zugang zu Umweltinformationen bei informationspflichtigen Stellen sowie für die Verbreitung dieser Umweltinformationen zu schaffen.

(2) Dieses Gesetz gilt für informationspflichtige Stellen des Bundes und der bundesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts.

§ 2 Begriffsbestimmungen

(1) Informationspflichtige Stellen sind

1. die Regierung und andere Stellen der öffentlichen Verwaltung. Gremien, die diese Stellen beraten, gelten als Teil der Stelle, die deren Mitglieder beruft. Zu den informationspflichtigen Stellen gehören nicht
 - a) die obersten Bundesbehörden, soweit und solange sie im Rahmen der Gesetzgebung tätig werden, und
 - b) Gerichte des Bundes, soweit sie nicht Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen;
2. natürliche oder juristische Personen des Privatrechts, soweit sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen oder öffentliche Dienstleistungen erbringen, die im Zusammenhang mit der Umwelt stehen, insbesondere solche der umweltbezogenen Daseinsvorsorge, und dabei der Kontrolle des Bundes oder einer unter der Aufsicht des Bundes stehenden juristischen Person des öffentlichen Rechts unterliegen.

(2) Kontrolle im Sinne des Absatzes 1 Nummer 2 liegt vor, wenn

1. die Person des Privatrechts bei der Wahrnehmung der öffentlichen Aufgabe oder bei der Erbringung der öffentlichen Dienstleistung gegenüber Dritten besonderen Pflichten unterliegt oder über besondere Rechte verfügt, insbesondere ein Kontrahierungszwang oder ein Anschluss- und Benutzungszwang besteht, oder
2. eine oder mehrere der in Absatz 1 Nummer 2 genannten juristischen Personen des öffentlichen Rechts allein oder zusammen, unmittelbar oder mittelbar
 - a) die Mehrheit des gezeichneten Kapitals des Unternehmens besitzen,
 - b) über die Mehrheit der mit den Anteilen des Unternehmens verbundenen Stimmrechte verfügen oder
 - c) mehr als die Hälfte der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans des Unternehmens bestellen können, oder

3. mehrere juristische Personen des öffentlichen Rechts zusammen unmittelbar oder mittelbar über eine Mehrheit im Sinne der Nummer 2 Buchstabe a bis c verfügen und der überwiegende Anteil an dieser Mehrheit den in Absatz 1 Nummer 2 genannten juristischen Personen des öffentlichen Rechts zuzuordnen ist.
- (3) Umweltinformationen sind unabhängig von der Art ihrer Speicherung alle Daten über
 1. den Zustand von Umweltbestandteilen wie Luft und Atmosphäre, Wasser, Boden, Landschaft und natürliche Lebensräume einschließlich Feuchtgebiete, Küsten- und Meeresgebiete, die Artenvielfalt und ihre Bestandteile, einschließlich gentechnisch veränderter Organismen, sowie die Wechselwirkungen zwischen diesen Bestandteilen;
 2. Faktoren wie Stoffe, Energie, Lärm und Strahlung, Abfälle aller Art sowie Emissionen, Ableitungen und sonstige Freisetzungen von Stoffen in die Umwelt, die sich auf die Umweltbestandteile im Sinne der Nummer 1 auswirken oder wahrscheinlich auswirken;
 3. Maßnahmen oder Tätigkeiten, die
 - a) sich auf die Umweltbestandteile im Sinne der Nummer 1 oder auf Faktoren im Sinne der Nummer 2 auswirken oder wahrscheinlich auswirken oder
 - b) den Schutz von Umweltbestandteilen im Sinne der Nummer 1 bezwecken; zu den Maßnahmen gehören auch politische Konzepte, Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Abkommen, Umweltvereinbarungen, Pläne und Programme;
 4. Berichte über die Umsetzung des Umweltrechts;
 5. Kosten-Nutzen-Analysen oder sonstige wirtschaftliche Analysen und Annahmen, die zur Vorbereitung oder Durchführung von Maßnahmen oder Tätigkeiten im Sinne der Nummer 3 verwendet werden, und
 6. den Zustand der menschlichen Gesundheit und Sicherheit, die Lebensbedingungen des Menschen sowie Kulturstätten und Bauwerke, soweit sie jeweils vom Zustand der Umweltbestandteile im Sinne der Nummer 1 oder von Faktoren, Maßnahmen oder Tätigkeiten im Sinne der Nummern 2 und 3 betroffen sind oder sein können; hierzu gehört auch die Kontamination der Lebensmittelkette.
- (4) Eine informationspflichtige Stelle verfügt über Umweltinformationen, wenn diese bei ihr vorhanden sind oder für sie bereitgehalten werden. Ein Bereithalten liegt vor, wenn eine natürliche oder juristische Person, die selbst nicht informationspflichtige Stelle ist, Umweltinformationen für eine informationspflichtige Stelle im Sinne des Absatzes 1 aufbewahrt, auf die diese Stelle einen Übermittlungsanspruch hat.

Abschnitt 2

Informationszugang auf Antrag

§ 3 Anspruch auf Zugang zu Umweltinformationen

- (1) Jede Person hat nach Maßgabe dieses Gesetzes Anspruch auf freien Zugang zu Umweltinformationen, über die eine informationspflichtige Stelle im Sinne des § 2 Absatz 1 verfügt, ohne ein rechtliches Interesse darlegen zu müssen. Daneben bleiben andere Ansprüche auf Zugang zu Informationen unberührt.
- (2) Der Zugang kann durch Auskunftserteilung, Gewährung von Akteneinsicht oder in sonstiger Weise eröffnet werden. Wird eine bestimmte Art des Informationszugangs beantragt, so darf dieser nur aus gewichtigen Gründen auf andere Art eröffnet werden. Als gewichtiger Grund gilt insbesondere ein deutlich höherer Verwaltungsaufwand. Soweit Umweltinformationen der antragstellenden Person bereits auf andere, leicht zugängliche Art, insbesondere durch Verbreitung nach § 10, zur Verfügung stehen, kann die informationspflichtige Stelle die Person auf diese Art des Informationszugangs verweisen.
- (3) Soweit ein Anspruch nach Absatz 1 besteht, sind die Umweltinformationen der antragstellenden Person unter Berücksichtigung etwaiger von ihr angegebener Zeitpunkte, spätestens jedoch mit Ablauf der Frist nach Satz 2 Nummer 1 oder Nummer 2 zugänglich zu machen. Die Frist beginnt mit Eingang des Antrags bei der informationspflichtigen Stelle, die über die Informationen verfügt, und endet
 1. mit Ablauf eines Monats oder
 2. soweit Umweltinformationen derart umfangreich und komplex sind, dass die in Nummer 1 genannte Frist nicht eingehalten werden kann, mit Ablauf von zwei Monaten.

§ 4 Antrag und Verfahren

- (1) Umweltinformationen werden von einer informationspflichtigen Stelle auf Antrag zugänglich gemacht.
- (2) Der Antrag muss erkennen lassen, zu welchen Umweltinformationen der Zugang gewünscht wird. Ist der Antrag zu unbestimmt, so ist der antragstellenden Person dies innerhalb eines Monats mitzuteilen und Gelegenheit zur Präzisierung des Antrags zu geben. Kommt die antragstellende Person der Aufforderung zur Präzisierung nach, beginnt der Lauf der Frist zur Beantwortung von Anträgen erneut. Die Informationssuchenden sind bei der Stellung und Präzisierung von Anträgen zu unterstützen.
- (3) Wird der Antrag bei einer informationspflichtigen Stelle gestellt, die nicht über die Umweltinformationen verfügt, leitet sie den Antrag an die über die begehrten Informationen verfügende Stelle weiter, wenn ihr diese bekannt ist, und unterrichtet die antragstellende Person hierüber. Anstelle der Weiterleitung des Antrags kann sie die antragstellende Person auch auf andere ihr bekannte informationspflichtige Stellen hinweisen, die über die Informationen verfügen.
- (4) Wird eine andere als die beantragte Art des Informationszugangs im Sinne von § 3 Absatz 2 eröffnet, ist dies innerhalb der Frist nach § 3 Absatz 3 Satz 2 Nummer 1 unter Angabe der Gründe mitzuteilen.
- (5) Über die Geltung der längeren Frist nach § 3 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 ist die antragstellende Person spätestens mit Ablauf der Frist nach § 3 Absatz 3 Satz 2 Nummer 1 unter Angabe der Gründe zu unterrichten.

§ 5 Ablehnung des Antrags

- (1) Wird der Antrag ganz oder teilweise nach den §§ 8 und 9 abgelehnt, ist die antragstellende Person innerhalb der Fristen nach § 3 Absatz 3 Satz 2 hierüber zu unterrichten. Eine Ablehnung liegt auch dann vor, wenn nach § 3 Absatz 2 der Informationszugang auf andere Art gewährt oder die antragstellende Person auf eine andere Art des Informationszugangs verwiesen wird. Der antragstellenden Person sind die Gründe für die Ablehnung mitzuteilen; in den Fällen des § 8 Absatz 2 Nummer 4 ist darüber hinaus die Stelle, die das Material vorbereitet, sowie der voraussichtliche Zeitpunkt der Fertigstellung mitzuteilen. § 39 Absatz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes findet keine Anwendung.
- (2) Wenn der Antrag schriftlich gestellt wurde oder die antragstellende Person dies begehrt, erfolgt die Ablehnung in schriftlicher Form. Sie ist auf Verlangen der antragstellenden Person in elektronischer Form mitzuteilen, wenn der Zugang hierfür eröffnet ist.
- (3) Liegt ein Ablehnungsgrund nach § 8 oder § 9 vor, sind die hiervon nicht betroffenen Informationen zugänglich zu machen, soweit es möglich ist, die betroffenen Informationen auszusondern.
- (4) Die antragstellende Person ist im Falle der vollständigen oder teilweisen Ablehnung eines Antrags auch über die Rechtsschutzmöglichkeiten gegen die Entscheidung sowie darüber zu belehren, bei welcher Stelle und innerhalb welcher Frist um Rechtsschutz nachgesucht werden kann.

§ 6 Rechtsschutz

- (1) Für Streitigkeiten nach diesem Gesetz ist der Verwaltungsrechtsweg gegeben.
- (2) Gegen die Entscheidung durch eine Stelle der öffentlichen Verwaltung im Sinne des § 2 Absatz 1 Nummer 1 ist ein Widerspruchsverfahren nach den §§ 68 bis 73 der Verwaltungsgerichtsordnung auch dann durchzuführen, wenn die Entscheidung von einer obersten Bundesbehörde getroffen worden ist.
- (3) Ist die antragstellende Person der Auffassung, dass eine informationspflichtige Stelle im Sinne des § 2 Absatz 1 Nummer 2 den Antrag nicht vollständig erfüllt hat, kann sie die Entscheidung der informationspflichtigen Stelle nach Absatz 4 überprüfen lassen. Die Überprüfung ist nicht Voraussetzung für die Erhebung der Klage nach Absatz 1. Eine Klage gegen die zuständige Stelle nach § 13 Absatz 1 ist ausgeschlossen.
- (4) Der Anspruch auf nochmalige Prüfung ist gegenüber der informationspflichtigen Stelle im Sinne des § 2 Absatz 1 Nummer 2 innerhalb eines Monats, nachdem diese Stelle mitgeteilt hat, dass der Anspruch nicht oder nicht vollständig erfüllt werden kann, schriftlich geltend zu machen. Die informationspflichtige Stelle hat der antragstellenden Person das Ergebnis ihrer nochmaligen Prüfung innerhalb eines Monats zu übermitteln.

(5) Durch Landesgesetz kann für Streitigkeiten um Ansprüche gegen private informationspflichtige Stellen auf Grund von landesrechtlichen Vorschriften über den Zugang zu Umweltinformationen der Verwaltungsrechtsweg vorgesehen werden.

§ 7 Unterstützung des Zugangs zu Umweltinformationen

(1) Die informationspflichtigen Stellen ergreifen Maßnahmen, um den Zugang zu den bei ihnen verfügbaren Umweltinformationen zu erleichtern. Zu diesem Zweck wirken sie darauf hin, dass Umweltinformationen, über die sie verfügen, zunehmend in elektronischen Datenbanken oder in sonstigen Formaten gespeichert werden, die über Mittel der elektronischen Kommunikation abrufbar sind.

(2) Die informationspflichtigen Stellen treffen praktische Vorkehrungen zur Erleichterung des Informationszugangs, beispielsweise durch

1. die Benennung von Auskunftspersonen oder Informationsstellen,
2. die Veröffentlichung von Verzeichnissen über verfügbare Umweltinformationen,
3. die Einrichtung öffentlich zugänglicher Informationsnetze und Datenbanken oder
4. die Veröffentlichung von Informationen über behördliche Zuständigkeiten.

(3) Soweit möglich, gewährleisten die informationspflichtigen Stellen, dass alle Umweltinformationen, die von ihnen oder für sie zusammengestellt werden, auf dem gegenwärtigen Stand, exakt und vergleichbar sind.

Abschnitt 3 Ablehnungsgründe

§ 8 Schutz öffentlicher Belange

(1) Soweit das Bekanntgeben der Informationen nachteilige Auswirkungen hätte auf

1. die internationalen Beziehungen, die Verteidigung oder bedeutsame Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit,
2. die Vertraulichkeit der Beratungen von informationspflichtigen Stellen im Sinne des § 2 Absatz 1,
3. die Durchführung eines laufenden Gerichtsverfahrens, den Anspruch einer Person auf ein faires Verfahren oder die Durchführung strafrechtlicher, ordnungswidrigkeitenrechtlicher oder disziplinarrechtlicher Ermittlungen oder
4. den Zustand der Umwelt und ihrer Bestandteile im Sinne des § 2 Absatz 3 Nummer 1 oder Schutzgüter im Sinne des § 2 Absatz 3 Nummer 6,

ist der Antrag abzulehnen, es sei denn, das öffentliche Interesse an der Bekanntgabe überwiegt. Der Zugang zu Umweltinformationen über Emissionen kann nicht unter Berufung auf die in den Nummern 2 und 4 genannten Gründe abgelehnt werden.

(2) Soweit ein Antrag

1. offensichtlich missbräuchlich gestellt wurde,
2. sich auf interne Mitteilungen der informationspflichtigen Stellen im Sinne des § 2 Absatz 1 bezieht,
3. bei einer Stelle, die nicht über die Umweltinformationen verfügt, gestellt wird, sofern er nicht nach § 4 Absatz 3 weitergeleitet werden kann,
4. sich auf die Zugänglichmachung von Material, das gerade vervollständigt wird, noch nicht abgeschlossener Schriftstücke oder noch nicht aufbereiteter Daten bezieht oder
5. zu unbestimmt ist und auf Aufforderung der informationspflichtigen Stelle nach § 4 Absatz 2 nicht innerhalb einer angemessenen Frist präzisiert wird,

ist er abzulehnen, es sei denn, das öffentliche Interesse an der Bekanntgabe überwiegt.

§ 9 Schutz sonstiger Belange

(1) Soweit

1. durch das Bekanntgeben der Informationen personenbezogene Daten offenbart und dadurch Interessen der Betroffenen erheblich beeinträchtigt würden,
2. Rechte am geistigen Eigentum, insbesondere Urheberrechte, durch das Zugänglichmachen von Umweltinformationen verletzt würden oder
3. durch das Bekanntgeben Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse zugänglich gemacht würden oder die Informationen dem Steuergeheimnis oder dem Statistikgeheimnis unterliegen,

ist der Antrag abzulehnen, es sei denn, die Betroffenen haben zugestimmt oder das öffentliche Interesse an der Bekanntgabe überwiegt. Der Zugang zu Umweltinformationen über Emissionen kann nicht unter Berufung auf die in den Nummern 1 und 3 genannten Gründe abgelehnt werden. Vor der Entscheidung über die Offenbarung der durch Satz 1 Nummer 1 bis 3 geschützten Informationen sind die Betroffenen anzuhören. Die informationspflichtige Stelle hat in der Regel von einer Betroffenheit im Sinne des Satzes 1 Nummer 3 auszugehen, soweit übermittelte Informationen als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse gekennzeichnet sind. Soweit die informationspflichtige Stelle dies verlangt, haben mögliche Betroffene im Einzelnen darzulegen, dass ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis vorliegt.

(2) Umweltinformationen, die private Dritte einer informationspflichtigen Stelle übermittelt haben, ohne rechtlich dazu verpflichtet zu sein oder rechtlich verpflichtet werden zu können, und deren Offenbarung nachteilige Auswirkungen auf die Interessen der Dritten hätte, dürfen ohne deren Einwilligung anderen nicht zugänglich gemacht werden, es sei denn, das öffentliche Interesse an der Bekanntgabe überwiegt. Der Zugang zu Umweltinformationen über Emissionen kann nicht unter Berufung auf die in Satz 1 genannten Gründe abgelehnt werden.

Abschnitt 4

Verbreitung von Umweltinformationen

§ 10 Unterrichtung der Öffentlichkeit

(1) Die informationspflichtigen Stellen unterrichten die Öffentlichkeit in angemessenem Umfang aktiv und systematisch über die Umwelt. In diesem Rahmen verbreiten sie Umweltinformationen, die für ihre Aufgaben von Bedeutung sind und über die sie verfügen.

(2) Zu den zu verbreitenden Umweltinformationen gehören zumindest:

1. der Wortlaut von völkerrechtlichen Verträgen, das von den Organen der Europäischen Gemeinschaften erlassene Gemeinschaftsrecht sowie Rechtsvorschriften von Bund, Ländern oder Kommunen über die Umwelt oder mit Bezug zur Umwelt;
2. politische Konzepte sowie Pläne und Programme mit Bezug zur Umwelt;
3. Berichte über den Stand der Umsetzung von Rechtsvorschriften sowie Konzepten, Plänen und Programmen nach den Nummern 1 und 2, sofern solche Berichte von den jeweiligen informationspflichtigen Stellen in elektronischer Form ausgearbeitet worden sind oder bereitgehalten werden;
4. Daten oder Zusammenfassungen von Daten aus der Überwachung von Tätigkeiten, die sich auf die Umwelt auswirken oder wahrscheinlich auswirken;
5. Zulassungsentscheidungen, die erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben, und Umweltvereinbarungen sowie
6. zusammenfassende Darstellung und Bewertung der Umweltauswirkungen nach den §§ 11 und 12 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist, und Risikobewertungen im Hinblick auf Umweltbestandteile nach § 2 Absatz 3 Nummer 1.

In Fällen des Satzes 1 Nummer 5 und 6 genügt zur Verbreitung die Angabe, wo solche Informationen zugänglich sind oder gefunden werden können. Die veröffentlichten Umweltinformationen werden in angemessenen Abständen aktualisiert.

(3) Die Verbreitung von Umweltinformationen soll in für die Öffentlichkeit verständlicher Darstellung und leicht zugänglichen Formaten erfolgen. Hierzu sollen, soweit vorhanden, elektronische Kommunikationsmittel verwendet werden. Satz 2 gilt nicht für Umweltinformationen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes angefallen sind, es sei denn, sie liegen bereits in elektronischer Form vor.

(4) Die Anforderungen an die Unterrichtung der Öffentlichkeit nach den Absätzen 1 und 2 können auch dadurch erfüllt werden, dass Verknüpfungen zu Internet-Seiten eingerichtet werden, auf denen die zu verbreitenden Umweltinformationen zu finden sind.

(5) Im Falle einer unmittelbaren Bedrohung der menschlichen Gesundheit oder der Umwelt haben die informationspflichtigen Stellen sämtliche Informationen, über die sie verfügen und die es der eventuell betroffenen Öffentlichkeit ermöglichen könnten, Maßnahmen zur Abwendung oder Begrenzung von Schäden infolge dieser Bedrohung zu ergreifen, unmittelbar und unverzüglich zu verbreiten; dies gilt unabhängig davon, ob diese Folge menschlicher Tätigkeit oder einer natürlichen Ursache ist. Verfügen mehrere informationspflichtige Stellen über solche Informationen, sollen sie sich bei deren Verbreitung abstimmen.

(6) § 7 Absatz 1 und 3 sowie die §§ 8 und 9 finden entsprechende Anwendung.

(7) Die Wahrnehmung der Aufgaben des § 10 kann auf bestimmte Stellen der öffentlichen Verwaltung oder private Stellen übertragen werden.

Fußnote

§ 10 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 Kursivdruck: Neufassung weicht von konstitutiver Fassung ab

§ 11 Umweltzustandsbericht

Die Bundesregierung veröffentlicht regelmäßig im Abstand von nicht mehr als vier Jahren einen Bericht über den Zustand der Umwelt im Bundesgebiet. Hierbei berücksichtigt sie § 10 Absatz 1, 3 und 6. Der Bericht enthält Informationen über die Umweltqualität und vorhandene Umweltbelastungen. Der erste Bericht nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ist spätestens am 31. Dezember 2006 zu veröffentlichen.

Abschnitt 5 Schlussvorschriften

§ 12 Gebühren und Auslagen

(1) Für die Übermittlung von Informationen auf Grund dieses Gesetzes werden Gebühren und Auslagen erhoben. Dies gilt nicht für die Erteilung mündlicher und einfacher schriftlicher Auskünfte, die Einsichtnahme in Umweltinformationen vor Ort, Maßnahmen und Vorkehrungen nach § 7 Absatz 1 und 2 sowie die Unterrichtung der Öffentlichkeit nach den §§ 10 und 11.

(2) Die Gebühren sind auch unter Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes so zu bemessen, dass der Informationsanspruch nach § 3 Absatz 1 wirksam in Anspruch genommen werden kann.

(3) Die Bundesregierung wird ermächtigt, für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen von informationspflichtigen Stellen die Höhe der Gebühren und Auslagen durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, zu bestimmen. § 9 Absatz 1 und 2 sowie die §§ 10 und 12 des Bundesgebührengesetzes finden keine Anwendung.

(4) Private informationspflichtige Stellen im Sinne des § 2 Absatz 1 Nummer 2 können für die Übermittlung von Informationen nach diesem Gesetz von der antragstellenden Person Gebühren- und Auslagenerstattung entsprechend den Grundsätzen nach den Absätzen 1 und 2 verlangen. Die Höhe der erstattungsfähigen Gebühren und Auslagen bemisst sich nach den in der Rechtsverordnung nach Absatz 3 festgelegten Sätzen für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen von informationspflichtigen Stellen des Bundes und der bundesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts.

§ 13 Überwachung

(1) Die zuständigen Stellen der öffentlichen Verwaltung, die die Kontrolle im Sinne des § 2 Absatz 2 für den Bund oder eine unter der Aufsicht des Bundes stehende juristische Person des öffentlichen Rechts ausüben, überwachen die Einhaltung dieses Gesetzes durch private informationspflichtige Stellen im Sinne des § 2 Absatz 1 Nummer 2.

Ein Service des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz
in Zusammenarbeit mit der juris OmbH - www.juris.de

(2) Die informationspflichtigen Stellen nach § 2 Absatz 1 Nummer 2 haben den zuständigen Stellen auf Verlangen alle Informationen herauszugeben, die die Stellen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach Absatz 1 benötigen.

(3) Die nach Absatz 1 zuständigen Stellen können gegenüber den informationspflichtigen Stellen nach § 2 Absatz 1 Nummer 2 die zur Einhaltung und Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Maßnahmen ergreifen oder Anordnungen treffen.

(4) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, die Aufgaben nach den Absätzen 1 bis 3 abweichend von Absatz 1 auf andere Stellen der öffentlichen Verwaltung zu übertragen.

§ 14 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer vollziehbaren Anordnung nach § 13 Absatz 3 zuwiderhandelt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

Gekürzt, da im Original 22 Seiten.

Hamburgisches Transparenzgesetz (HmbTG)

Vom

Abschnitt 1: Transparenzgebot

§ 1

Gesetzeszweck

(1) Zweck dieses Gesetzes ist es, durch ein umfassendes Informationsrecht die bei den in § 2 Absatz 3 bezeichneten Stellen vorhandenen Informationen unter Wahrung des Schutzes personenbezogener Daten unmittelbar der Allgemeinheit zugänglich zu machen und zu verbreiten, um über die bestehenden Informationsmöglichkeiten hinaus die demokratische Meinungs- und Willensbildung zu fördern und eine Kontrolle des staatlichen Handelns zu ermöglichen.

(2) Jede Person hat nach Maßgabe dieses Gesetzes Anspruch auf unverzüglichen Zugang zu allen Informationen der auskunftspflichtigen Stellen sowie auf Veröffentlichung der in § 3 Absatz 1 genannten Informationen.

§ 2

Begriffsbestimmungen

(1) Informationen sind alle Aufzeichnungen, unabhängig von der Art ihrer Speicherung.

(2) Veröffentlichungen sind Aufzeichnungen im Informationsregister nach Maßgabe des § 10.

(3) Behörden sind alle Stellen im Sinne des § 1 Absatz 2 des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes vom 9. November 1977 (HmbGVBl. S. 333, 402), zuletzt geändert am 15. Dezember 2009 (HmbGVBl. S. 4444, 449), in der jeweils geltenden Fassung; als Behörden gelten auch natürliche oder juristische Personen des Privatrechts, soweit sie öffentliche Aufgaben, insbesondere solche der Daseinsvorsorge, wahrnehmen oder öffentliche Dienstleistungen erbringen und dabei der Kontrolle der Freien und Hansestadt Hamburg oder einer unter ihrer Aufsicht stehenden juristischen Person des öffentlichen Rechts unterliegen.

(4) Kontrolle im Sinne des Absatz 3 liegt vor, wenn

1. die Person des Privatrechts bei der Wahrnehmung der öffentlichen Aufgabe oder bei der Erbringung der öffentlichen Dienstleistung gegenüber Dritten besonderen Pflichten unterliegt oder über besondere Rechte verfügt, insbesondere ein Kontrahierungszwang oder ein Anschluss- und Benutzungszwang besteht, oder

2. eine oder mehrere der in Absatz 3 genannten juristischen Personen des öffentlichen Rechts allein oder zusammen, unmittelbar oder mittelbar

a) die Mehrheit des gezeichneten Kapitals des Unternehmens besitzt oder besitzen oder

b) über die Mehrheit der mit den Anteilen des Unternehmens verbundenen Stimmrechte verfügt oder verfügen oder

c) mehr als die Hälfte der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans des Unternehmens stellen kann oder können.

(5) Auskunftspflichtige Stellen sind die in Absatz 3 bezeichneten Behörden der Freien und Hansestadt Hamburg sowie die der Aufsicht der Freien und Hansestadt Hamburg unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, auch soweit diese Bundesrecht oder Recht der Europäischen Gemeinschaft ausführen. Als auskunftspflichtige Stellen gelten unter der Maßgabe des Absatzes 3 zweiter Halbsatz, auch natürliche oder juristische Personen des Privatrechts.

(3) Das Gesetz tritt drei Monate nach seiner Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt das Hamburgische Informationsfreiheitsgesetz vom 17. Februar 2009 (HmbGVBl. S. 29) in der geltenden Fassung außer Kraft.

Begründung - Hamburgisches Transparenzgesetz (HmbTG)

A. Anlass

Das Hamburgische Transparenzgesetz (HmbTG) dient der Fortentwicklung des mit dem Hamburgischen Informationsfreiheitsgesetz (HmbIFG) vom 17. Februar 2009 verfolgten Anliegens, die Transparenz und damit die Akzeptanz des Verwaltungshandelns zu erhöhen. Weitergehend als das bisherige HmbIFG soll es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich im Vorfeld politischer Entscheidungen die notwendigen Informationen zu verschaffen, um sich eine alle maßgeblichen Umstände berücksichtigende Meinung zu bilden und entsprechend qualifizierte Vorschläge zur besseren Gestaltung eines Vorhabens einbringen zu können. Durch die proaktive Veröffentlichungspflicht wird die demokratische Meinungs- und Willensbildung gefördert, eine Kontrolle staatlichen Handelns sowie Korruptionsprävention ermöglicht und das Kostenbewusstsein der Verwaltung noch weiter geschärft, weil potentielle Nachfragen einen Rechtfertigungsdruck erzeugen. Zunehmend setzt sich die Erkenntnis durch, dass Transparenz der öffentlichen Verwaltung nicht nur die demokratischen Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger stärkt und damit der Politik- und Staatsverdrossenheit entgegenwirkt, sondern auch Manipulation und Korruption erschwert. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens sind zudem noch Änderungen in den Gesetzentwurf eingeflossen, die eine ressourcenschonende Umsetzung des Gesetzes zum Ziel haben, um möglichst wenig zusätzlichen Verwaltungsaufwand hervorzurufen.

Zugang zu Informationen nach dem HmbIFG war bisher nur auf Antrag möglich. Dies soll geändert und durch ein generelles Transparenzgebot (Veröffentlichungspflicht) ergänzt werden. Hierzu wird ein Informationsregister eingeführt. Ebenso werden Ausnahmetatbestände zurückgeführt, um die Möglichkeiten zur Durchsetzung eines Informationsanspruchs zu stärken.

Das Gesetz erweitert die Informationsrechte der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig: Die Ausschlussstatbestände werden neu strukturiert und sind in den §§ 4 bis 7 und 9 geregelt. Dabei wurde der Ausschlusskatalog nach dem Grundsatz, dass öffentliches Handeln öffentlich sein muss, angemessen reduziert.

Durch das breit angelegte Informationsregister wird ein Ansteigen von Informationersuchen nachhaltig verhindert, indem Informationen frei zugänglich gemacht werden und somit auf viele, individuelle, bürokratische Anfragen verzichtet werden kann. Zudem behalten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich bei Unzufriedenheit mit der Bearbeitung eines Informationsanliegens oder bei Verstoß gegen die Veröffentlichungspflicht an die Hamburgische Beauftragte oder den Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit zu wenden.

B. Begründung der einzelnen Vorschriften

Zu § 1:

In Absatz 1 begründet das Gesetz ein Informationsrecht ohne Darlegung eines berechtigten Interesses an der Kenntnis des jeweiligen Vorgangs. Im Gegenteil obliegt es im Rahmen ihrer Zuständigkeit der angerufenen Stelle, eine etwaige ablehnende Haltung zu begründen. Das Gesetz regelt die Voraussetzungen, unter denen Informationen durch ihre Veröffentlichung allgemein zugänglich gemacht werden, sowie die Möglichkeit der individuellen Antragstellung.

Das Gesetz soll durch Transparenz das Vertrauen in das Handeln von Politik und Verwaltung fördern, ohne deren Handlungsfähigkeit einzuschränken. Gleichzeitig soll das Kostenbewusstsein bei Politik und Verwaltung erhöht werden.

In Absatz 2 wird sichergestellt, dass jede Person ein Klagerecht bei Nichtbeachtung dieses Gesetzes hat. Der Anspruch richtet sich nur auf den bei den auskunftspflichtigen Stellen „vorhandenen“ Informationen.

(6) Informationsregister ist ein zentral zu führendes, elektronisches und allgemein zugängliches Register, das alle nach diesem Gesetz veröffentlichten Informationen enthält.

(7) Auskunftspflicht ist die Pflicht, Informationen auf Antrag nach Maßgabe dieses Gesetzes zugänglich zu machen.

(8) Veröffentlichungspflicht ist die Pflicht, aktiv Informationen in das Informationsregister nach Maßgabe dieses Gesetzes einzupflegen.

(9) Informationspflicht umfasst die Auskunfts- und die Veröffentlichungspflicht.

(10) Ein Vertrag der Daseinsvorsorge im Sinne dieses Gesetzes ist ein Vertrag, den eine Behörde abschließt und mit dem die Beteiligung an einem Unternehmen der Daseinsvorsorge übertragen wird, der Leistungen der Daseinsvorsorge zum Gegenstand hat, der die Schaffung oder Bereitstellung von Infrastruktur für Zwecke der Daseinsvorsorge beinhaltet oder mit dem das Recht an einer Sache zur dauerhaften Einbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge übertragen wird. Damit sind Verträge erfasst, soweit sie die Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung, die Abfallentsorgung, die Energieversorgung, das Verkehrs- und Beförderungswesen, insbesondere den öffentlichen Personennahverkehr, die Wohnungswirtschaft, die Bildungs- und Kultureinrichtungen, die stationäre Krankenversorgung oder die Datenverarbeitung für hoheitliche Tätigkeiten zum Gegenstand haben.

§ 3

Anwendungsbereich

(1) Der Veröffentlichungspflicht unterliegen vorbehaltlich der §§ 4 bis 7 und 9

1. Vorblatt und Petikum von Senatsbeschlüssen,
2. Mitteilungen des Senats an die Bürgerschaft,
3. in öffentlicher Sitzung gefasste Beschlüsse nebst den zugehörigen Protokollen und Anlagen,
4. Verträge der Daseinsvorsorge,
5. Haushalts-, Stellen-, Bewirtschaftungs-, Organisations-, Geschäftsverteilungs- und Aktenpläne,
6. Globalrichtlinien, Fachanweisungen und Verwaltungsvorschriften,
7. amtliche Statistiken und Tätigkeitsberichte,
8. Gutachten und Studien, soweit sie von Behörden in Auftrag gegeben wurden, in die Entscheidung der Behörde einfließen oder ihrer Vorbereitung dienen,
9. Geodaten,
10. Ergebnisse von Messungen, Beobachtungen und sonstigen Erhebungen über schädliche Umwelteinwirkungen, Umweltgefährdungen sowie über den Zustand der Umwelt, die von einer Behörde außerhalb ihrer Überwachungstätigkeit im Einzelfall durchgeführt werden,
11. das Baumkataster,
12. öffentliche Pläne, insbesondere Bauleit- und Landschaftspläne,
13. die wesentlichen Regelungen erteilter Baugenehmigungen und –vorbescheide,
14. Subventions- und Zuwendungsvergaben,
15. die wesentlichen Unternehmensdaten städtischer Beteiligungen einschließlich einer Darstellung der jährlichen Vergütungen und Nebenleistungen für die Leitungsebene.

(2) Die auskunftspflichtigen Stellen sollen vorbehaltlich der §§ 4 bis 7 und 9 darüber hinaus veröffentlichen

1. Verträge, an deren Veröffentlichung ein öffentliches Interesse besteht, soweit dadurch nicht wirtschaftliche Interessen der Freien und Hansestadt Hamburg erheblich beeinträchtigt werden,
2. Dienstanweisungen,

sowie alle weiteren, den in Absatz 1 und diesem Absatz genannten Gegenständen vergleichbaren Informationen von öffentlichem Interesse.

(3) Diese und alle anderen Informationen unterliegen der Auskunftspflicht.

(4) Die Vorschriften über die Veröffentlichungspflicht gelten für alle Behörden im Sinne von § 2 Absatz 3. Die Vorschriften für die Auskunftspflicht gelten für alle auskunftspflichtigen Stellen im Sinne von § 2 Absatz 5.

§ 4

Schutz personenbezogener Daten

(1) Personenbezogene Daten sind bei der Veröffentlichung im Informationsregister unkenntlich zu machen. Dies gilt nicht für

1. Verträge nach § 3 Absatz 1 Nummer 4 sowie nach § 3 Absatz 2 Nummer 1 hinsichtlich des Namens der Vertragspartnerin oder des Vertragspartners,

2. Gutachten und Studien nach § 3 Absatz 1 Nummer 8 hinsichtlich der Namen der Verfasserinnen und Verfasser,

3. Geodaten nach § 3 Absatz 1 Nummer 9, soweit sie nach Maßgabe der geltenden Datenschutzbestimmungen veröffentlicht werden dürfen,

4. die wesentlichen Regelungen erteilter Baugenehmigungen und -vorbescheide nach § 3 Absatz 1 Nummer 13 hinsichtlich der Bezeichnung der Flurstücknummer und

5. personenbezogene Daten im Zusammenhang mit Subventions- und Zuwendungsvergaben nach § 3 Absatz 1 Nummer 14, soweit es sich um die Empfänger von Einzelförderungen handelt; personenbezogene Daten in der Zweckbestimmung sind nicht zu veröffentlichen.

Die weiteren Einschränkungen der Informationspflicht nach § 9 sind zu berücksichtigen.

(2) Name, Titel, akademischer Grad, Berufs- und Funktionsbezeichnung, Büroanschrift und Telekommunikationsnummer von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterliegen nicht der Veröffentlichungspflicht; sie werden auf Antrag zugänglich gemacht, soweit sie Ausdruck und Folge der amtlichen Tätigkeit sind, kein Ausnahmestatbestand erfüllt ist und schutzwürdige Sicherheitsbelange nicht entgegenstehen.

(3) Auf Antrag ist Zugang zu personenbezogenen Daten zu gewähren, wenn

1. er durch Rechtsvorschrift erlaubt ist,

2. er zur Abwehr erheblicher Nachteile für das Allgemeinwohl oder von Gefahren für Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit oder sonstiger schwerwiegender Beeinträchtigungen der Rechte Einzelner geboten ist,

3. die oder der Betroffene in die Übermittlung eingewilligt hat oder

4. ein schutzwürdiges Interesse an der Information besteht und überwiegende schutzwürdige Belange nicht entgegenstehen.

(4) Personenbezogene Daten über Bewerberinnen, Bewerber, Beschäftigte (Beamteninnen und Beamte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) und ehemalige Beschäftigte bei auskunftspflichtigen Stellen sind von der Informationspflicht ausgenommen. Absatz 2 und § 3 Absatz 1 Nummer 15 bleiben unberührt.

(5) Soll auf Antrag Zugang zu personenbezogenen Informationen gewährt werden, so ist die oder der Betroffene über die Freigabe von Informationen zu unterrichten, falls dies nicht mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden ist. Können durch den Zugang zu Informationen schutzwürdige Belange der oder des Betroffenen beeinträchtigt werden, so hat die auskunftspflichtige Stelle dieser oder diesem vorher Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

§ 5**Ausnahmen von der Informationspflicht**

Keine Informationspflicht nach diesem Gesetz besteht

1. für Gerichte, Strafverfolgungs- und Strafvollstreckungsbehörden, soweit sie als Organe der Rechtspflege oder auf Grund besonderer Rechtsvorschriften in richterlicher Unabhängigkeit tätig geworden sind, sowie für Disziplinarbehörden und Vergabekammern,
2. für den Rechnungshof, soweit er in richterlicher Unabhängigkeit tätig geworden ist; dies gilt nicht für seine Berichte,
3. für das Landesamt für Verfassungsschutz, für Informationen, die im Zusammenhang mit der Aufgabenwahrnehmung des Arbeitsbereichs Scientology bei der Behörde für Inneres und Sport stehen, sowie für Behörden und sonstige öffentlichen Stellen der Freien und Hansestadt Hamburg, soweit sie Aufgaben im Sinne des § 10 Nummer 3 des Hamburgischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes vom 25. Mai 1999 (HmbGVBl. S. 82), zuletzt geändert am 17. Februar 2009 (HmbGVBl. S. 29, 32), in der jeweils geltenden Fassung wahrnehmen,
4. für Vorgänge der Steuerfestsetzung und Steuererhebung sowie der Innenrevisionen,
5. für Prognosen, Bewertungen, Empfehlungen oder Anweisungen in Zusammenhang mit der gerichtlichen oder außergerichtlichen Geltendmachung oder Abwehr von Ansprüchen,
6. für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten in Bezug auf journalistisch-redaktionelle Informationen,
7. für Grundlagenforschung oder anwendungsbezogene Forschung; § 3 Absatz 1 Nummer 8 bleibt unberührt.

§ 6**Schutz öffentlicher Belange**

(1) Von der Informationspflicht ausgenommen sind die unmittelbare Willensbildung des Senats, Entwürfe, vorbereitende Notizen und vorbereitende Vermerke.

(2) Ebenfalls von der Informationspflicht sollen ausgenommen werden

1. Entwürfe zu Entscheidungen sowie Arbeiten und Beschlüsse zu ihrer unmittelbaren Vorbereitung, soweit und solange durch die vorzeitige Bekanntgabe der Informationen der Erfolg der Entscheidungen oder bevorstehender Maßnahmen vereitelt würde. Nicht der unmittelbaren Entscheidungsfindung nach Satz 1 dienen Statistiken, Datensammlungen, Geodaten, regelmäßige Ergebnisse der Beweiserhebung, Auskünfte, Gutachten oder Stellungnahmen Dritter,
2. Protokolle und Unterlagen von Beratungen, die durch spezialgesetzliche Vertraulichkeitsvorschriften geschützt sind, sowie Unterlagen, die durch die Verschlussanweisung für die Behörden der Freien und Hansestadt Hamburg geschützt sind,

(3) Dasselbe betrifft auch andere Informationen soweit und solange

1. deren Bekanntmachung die internationalen Beziehungen, die Beziehungen zum Bund oder zu einem Land, die Landesverteidigung, die innere Sicherheit nicht unerheblich gefährden würde,
2. durch deren Bekanntgabe ein Gerichtsverfahren, ein Ermittlungsverfahren, ein Ordnungswidrigkeitsverfahren oder ein Disziplinarverfahren beeinträchtigt würde,

§ 7**Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse**

(1) Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind alle auf ein Unternehmen bezogene Tatsachen, Umstände und Vorgänge, die nicht offenkundig, sondern nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich sind und an deren Nichtverbreitung der Rechtsträger ein berechtigtes Interesse hat. Ein berechtigtes Interesse liegt vor, wenn das Bekanntwerden einer Tatsache geeignet ist, die Wettbewerbsposition eines Konkurrenten zu fördern oder die Stellung des eigenen Betriebs im Wettbewerb zu schwächen oder wenn es geeignet ist, dem Geheimnisträger wirtschaftlichen Schaden zuzufügen. Dies gilt nicht für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse im Sinne von § 35 Absatz 4 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch vom 11. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3015), zuletzt geändert am 12. April 2012 (BGBl. I S. 579, 599), in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Informationen und Vertragsbestandteile, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten, unterliegen der Informationspflicht nur, soweit das Informationsinteresse das Geheimhaltungsinteresse überwiegt.

(3) Bei Angaben gegenüber den Behörden sind Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu kennzeichnen und getrennt vorzulegen. Das Geheimhaltungsinteresse ist darzulegen. Bei der Veröffentlichung oder der Information auf Antrag sind die geheimhaltungsbedürftigen Teile der Angaben unkenntlich zu machen oder abzutrennen. Dies kann auch durch Ablichtung der nicht geheimhaltungsbedürftigen Teile erfolgen. Der Umfang der abgetrennten oder unkenntlich gemachten Teile ist unter Hinweis auf das Vorliegen eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses zu vermerken.

(4) Soll auf Antrag Zugang zu Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen gewährt werden, so hat die auskunftspflichtige Stelle der oder dem Betroffenen vorher Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

§ 8**Trennungsgebot**

Die Behörden sollen geeignete organisatorische Vorkehrungen treffen, damit Informationen, die dem Anwendungsbereich der §§ 4 bis 7 unterfallen, ohne unverhältnismäßigen Aufwand abgetrennt werden können.

§ 9**Einschränkungen der Informationspflicht**

(1) Soweit eine Weitergabe von Informationen durch höherrangiges Recht oder spezialgesetzliche Regelungen verboten ist, ist eine Darstellung ihres Gegenstandes und ihres Titels im zulässigen Umfang nach Maßgabe dieses Gesetzes zu veröffentlichen oder zugänglich zu machen.

(2) Von der Veröffentlichungspflicht ausgenommen sind:

1. Verträge mit einem Gegenstandswert von weniger als 100.000 Euro, wenn zwischen den Vertragspartnern im Laufe der vergangenen zwölf Monate Verträge über weniger als insgesamt 100.000 Euro abgeschlossen worden sind.

2. Subventions- und Zuwendungsvergaben mit einem Wert unter 1.000 Euro in einem Zeitraum von zwölf Monaten an eine Empfängerin bzw. einen Empfänger.

3. Erteilung einer Baugenehmigung und eines –vorbescheides an eine Antragstellerin bzw. einen Antragssteller, sofern es sich um reine Wohnbebauung mit maximal fünf Wohneinheiten handelt.

(3) Soweit und solange Teile von Informationen aufgrund der §§ 4 bis 7 weder veröffentlicht noch auf Antrag zugänglich gemacht werden dürfen, sind die anderen Teile zu veröffentlichen oder auf Antrag zugänglich zu machen.

§ 10

Ausgestaltung der Veröffentlichungspflicht

- (1) Informationen im Sinne von § 3 Absatz 1 sind nach Vorliegen der technischen Voraussetzungen gemäß § 18 Absatz 2 unverzüglich im Volltext, in elektronischer Form im Informationsregister zu veröffentlichen. Alle Dokumente müssen leicht auffindbar, maschinell durchsuchbar und druckbar sein.
- (2) Verträge, die nach Maßgabe dieses Gesetzes bei Vertragsabschluss zu veröffentlichen sind, sind so zu schließen, dass sie frühestens einen Monat nach Veröffentlichung wirksam werden und die Behörde innerhalb dieser Frist vom Vertrag zurücktreten kann. Bei Gefahr im Verzug oder drohendem schweren Schaden kann davon abgewichen werden.
- (3) Die Nutzung, Weiterverwendung und Verbreitung der Informationen ist frei, sofern höherrangiges Recht oder spezialgesetzliche Regelungen nichts anderes bestimmen. Das gilt auch für Gutachten, Studien und andere Dokumente, die in die Entscheidungen der Behörden einfließen oder ihrer Vorbereitung dienen. Nutzungsrechte nach Satz 2 sind bei der Beschaffung von Informationen abzubedingen, soweit sie einer freien Nutzung, Weiterverwendung und Verbreitung entgegenstehen können.
- (4) Der Zugang zum Informationsregister ist kostenlos und anonym. Er wird über öffentliche Kommunikationsnetze bereitgestellt. Zugang zum Informationsregister wird in ausreichendem Maße in öffentlichen Räumen gewährt.
- (5) Alle veröffentlichten Informationen müssen in einem wiederverwendbaren Format vorliegen. Eine maschinelle Weiterverarbeitung muss gewährleistet sein und darf nicht durch eine plattformspezifische oder systembedingte Architektur begrenzt sein. Das Datenformat muss auf verbreiteten und frei zugänglichen Standards basieren und durch herstellernabhängige Organisationen unterstützt und gepflegt werden. Eine vollständige Dokumentation des Formats und aller Erweiterungen muss frei verfügbar sein.
- (6) Die Informationen im Informationsregister müssen mindestens zehn Jahre nach ihrer letzten Änderung vorgehalten werden.
- (7) Bei Änderungen veröffentlichter Informationen muss neben der Änderung die jeweilige Fassung für jeden Zeitpunkt abrufbar sein.
- (8) Das Informationsregister enthält auch Informationen, bei denen aufgrund anderer Rechtsvorschriften eine Veröffentlichungspflicht für die Freie und Hansestadt Hamburg besteht.
- (9) Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen zu treffen, insbesondere zu Einzelheiten der Veröffentlichung wie konkrete Datenformate oder Verfahrensabläufe zur Erfüllung der Veröffentlichungspflicht.

Abschnitt 2: Information auf Antrag

§ 11

Antrag

- (1) Der Antrag auf Zugang zu Informationen soll schriftlich gestellt werden. Eine elektronische oder mündliche Antragstellung ist zulässig.
- (2) Im Antrag sind die beanspruchten Informationen zu bezeichnen. Dabei wird die antragstellende Person von der angerufenen Behörde beraten. Ist die angerufene Stelle selbst nicht auskunftspflichtig, so hat sie die auskunftspflichtige Stelle zu ermitteln und der antragstellenden Person zu benennen.

§ 12

Zugang zur Information

(1) Die auskunftspflichtigen Stellen haben entsprechend der Wahl der antragstellenden Person Auskunft zu erteilen oder die Informationsträger zugänglich zu machen, die die begehrten Informationen enthalten.

(2) Handelt es sich um vorübergehend beigezogene Akten anderer Stellen, die nicht Bestandteil der eigenen Aufzeichnungen werden sollen, so weist die auskunftspflichtige Stelle auf diese Tatsache hin und nennt die für die Entscheidung über die Akteneinsicht zuständige Stelle.

(3) Die auskunftspflichtigen Stellen stellen ausreichende zeitliche, sachliche und räumliche Möglichkeiten für den Informationszugang zur Verfügung. Die Anfertigung von Notizen ist gestattet. Kann die auskunftspflichtige Stelle die Anforderungen von Absatz 1 nicht erfüllen, stellt sie Kopien zur Verfügung. Die §§ 17 und 19 des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes gelten entsprechend.

(4) Die auskunftspflichtige Stelle stellt auf Antrag Kopien der Informationen, auch durch Versendung, zur Verfügung. Hat die antragstellende Person keine Auswahl zum Übermittlungsweg getroffen, ist regelmäßig die kostengünstigste Form der Übermittlung zu wählen.

(5) Soweit Informationsträger nur mit Hilfe von Maschinen lesbar sind, stellt die auskunftspflichtige Stelle auf Verlangen der antragstellenden Person die erforderlichen Lesegeräte einschließlich der erforderlichen Leseanweisungen oder lesbare Ausdrücke zur Verfügung.

(6) Die auskunftspflichtige Stelle kann auf eine über öffentliche Kommunikationsnetze zugängliche Veröffentlichung verweisen, wenn sie der antragstellenden Person die Fundstelle angibt.

(7) Soweit Informationsansprüche aus den in § 4 (personenbezogene Daten) und § 7 (Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse) genannten Gründen nicht erfüllt werden können, ersucht die auskunftspflichtige Stelle auf Verlangen der antragstellenden Person den oder die Betroffenen um ihre Einwilligung.

§ 13

Bescheidung des Antrags

(1) Die auskunftspflichtigen Stellen machen die begehrten Informationen unverzüglich, spätestens aber innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags bei der Stelle, in der gewünschten Form zugänglich.

(2) Die Ablehnung eines Antrags oder die Beschränkung des begehrten Zugangs erfolgt innerhalb der in Absatz 1 genannten Frist durch schriftlichen Bescheid mit einer Rechtsmittelbelehrung. Mündliche Anfragen brauchen nur mündlich beantwortet zu werden.

(3) Können die gewünschten Informationen nicht oder nicht vollständig innerhalb eines Monats zugänglich gemacht werden oder erfordern Umfang oder Komplexität eine intensive Prüfung, so kann die auskunftspflichtige Stelle die Frist auf zwei Monate verlängern. Die antragstellende Person ist darüber schriftlich zu unterrichten.

(4) Für Amtshandlungen nach §§ 11 bis 13 werden Gebühren, Zinsen und Auslagen nach dem Gebührengesetz vom 5. März 1986 (HmbGVBl. S. 37), zuletzt geändert am 14. Dezember 2010 (HmbGVBl. S. 867), in der jeweils geltenden Fassung erhoben.

Abschnitt 3:

Die bzw. der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

§ 14

Anrufung der oder des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

(1) Eine Person, die der Ansicht ist, dass ihrem Anspruch auf Information nicht hinlänglich nachgekommen wurde oder dass ihr Informationsersuchen zu Unrecht abgelehnt oder nicht beachtet

worden ist oder dass sie von einer auskunftspflichtigen Stelle eine unzulängliche Antwort erhalten hat, kann die Hamburgische Beauftragte oder den Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit anrufen. Das Recht jeder Person, sich nach § 26 Absatz 1 des Hamburgischen Datenschutzgesetzes vom 5. Juli 1990 (HmbGVBl. S. 133, 165, 226), zuletzt geändert am 14. Juni 2011 (HmbGVBl. S. 255), in der jeweils geltenden Fassung, an die Hamburgische Beauftragte bzw. den Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit zu wenden, wenn sie der Ansicht ist, bei der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen dieses Gesetzes in ihren Rechten verletzt worden zu sein, bleibt unberührt.

(2) Die oder der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit überwacht die Einhaltung der Vorschriften dieses Gesetzes. Berufung und Rechtsstellung der oder des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit richten sich nach §§ 21 und 22 des Hamburgischen Datenschutzgesetzes.

(3) Die in § 2 Absätze 3 und 5 genannten Stellen sind verpflichtet, die Hamburgische Beauftragte oder den Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit und ihre oder seine Beauftragten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Der oder dem Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit ist dabei insbesondere

1. Auskunft zu ihren oder seinen Fragen zu erteilen sowie die Einsicht in alle Unterlagen und Akten zu gewähren, die im Zusammenhang mit dem Informationsanliegen stehen, und

2. Zutritt zu Diensträumen zu gewähren.

Besondere Amts- und Berufsgeheimnisse stehen dem nicht entgegen. Stellt der Senat im Einzelfall fest, dass durch eine mit der Einsicht verbundene Bekanntgabe von Informationen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet ist, dürfen die Rechte nach Absatz 2 nur von der oder dem Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit persönlich oder von einer oder einem von ihr oder ihm schriftlich besonders damit Beauftragten ausgeübt werden.

(4) Die oder der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit informiert die Bürgerinnen und Bürger über Fragen der Informationspflicht. Sie oder er berät den Senat und die sonstigen in § 2 Absätze 3 und 5 genannten Stellen in Fragen des Informationszugangs und kann Empfehlungen zur Verbesserung des Informationszugangs geben. Auf Ersuchen der Bürgerschaft, des Eingabenausschusses der Bürgerschaft oder des Senats soll die oder der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Hinweisen auf Angelegenheiten und Vorgänge nachgehen, die ihren beziehungsweise seinen Aufgabenbereich unmittelbar betreffen. Auf Anforderung der Bürgerschaft, des Senats oder eines Viertels der Mitglieder der Bürgerschaft hat die oder der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Gutachten zu erstellen und Berichte zu erstatten. Außerdem legt sie oder er mindestens alle zwei Jahre einen Tätigkeitsbericht vor. Sie oder er kann sich jederzeit an die Bürgerschaft wenden. Schriftliche Äußerungen gegenüber der Bürgerschaft sind gleichzeitig dem Senat vorzulegen.

(5) Stellt die oder der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Verstöße gegen dieses Gesetz bei nach § 2 Absatz 3 und 5 informationspflichtigen Stellen fest, so fordert sie oder er diese zur Mängelbeseitigung auf. Bei erheblichen Verletzungen der Informationspflicht beanstandet sie oder er dies:

1. im Bereich der Verwaltung und der Gerichte der Freien und Hansestadt Hamburg gegenüber dem für die Behörde oder das Gericht verantwortlichen Senatsmitglied, im Bereich der Bezirksverwaltung gegenüber dem für die Bezirksaufsichtsbehörde verantwortlichen Senatsmitglied;

2. im Bereich der der Aufsicht der Freien und Hansestadt Hamburg unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts und deren öffentlich-rechtlich organisierten Einrichtungen gegenüber dem Vorstand oder dem sonst vertretungsberechtigten Organ;

3. im Bereich der Bürgerschaft und des Rechnungshofes gegenüber der jeweiligen Präsidentin oder dem jeweiligen Präsidenten;

4. im Übrigen gegenüber der Geschäftsleitung sowie nachrichtlich gegenüber dem zuständigen Senatsmitglied.

Sie oder er soll zuvor die betroffene Stelle zur Stellungnahme innerhalb einer von ihr oder ihm zu bestimmenden Frist auffordern und die zuständige Aufsichtsbehörde über die Beanstandung unterrichten. Mit der Feststellung und der Beanstandung soll die oder der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Vorschläge zur Beseitigung der Mängel und zur sonstigen

Verbesserung des Informationszugangs verbinden.

(6) Werden die Mängel nicht fristgerecht behoben, richtet die oder der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit eine weitere Beanstandung in den Fällen des Absatz 5 Satz 2 Nummern 1 und 4 an den Senat, in den Fällen des Absatz 5 Satz 2 Nummer 2 an die zuständige Aufsichtsbehörde und in den Fällen des Absatz 5 Satz 2 Nummer 3 an die Präsidentin oder den Präsidenten der Bürgerschaft oder des Rechnungshofes. (7) Vorschriften über den Rechtsschutz nach der Verwaltungsgerichtsordnung bleiben unberührt.

Abschnitt 4: Schlussbestimmungen

§ 15

Ansprüche auf Informationszugang nach anderen Rechtsvorschriften

Rechtsvorschriften oder besondere Rechtsverhältnisse, die einen weitergehenden Zugang zu Informationen gewähren, bleiben unberührt.

§ 16

Staatsverträge

Bei Staatsverträgen sind die Bestimmungen dieses Gesetzes zu berücksichtigen.

§ 17

Altverträge

(1) Soweit in Verträgen, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes abgeschlossen worden sind (Altverträge), ihre Veröffentlichung ausgeschlossen worden ist, unterliegen sie nicht der Veröffentlichungspflicht.

(2) Wird ein Antrag auf Information hinsichtlich eines Altvertrages gestellt und stehen der Gewährung von Informationen Bestimmungen des Vertrages entgegen, so hat die vertragschließende Behörde den Vertragspartner zu Nachverhandlungen mit dem Ziel aufzufordern, die Informationen freizugeben. Kann innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten keine Einigung erzielt werden, so werden die Informationen gewährt, soweit das Informationsinteresse das Geheimhaltungsinteresse erheblich überwiegt.

(3) Für Änderungen oder Ergänzungen von Altverträgen gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes.

§ 18

Übergangsregelungen, Inkrafttreten

(1) Die Veröffentlichungspflicht gilt für Informationen, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aufgezeichnet worden sind, nur, soweit sie in veröffentlichungsfähiger elektronischer Form vorliegen.

(2) Die technischen Voraussetzungen für die Umsetzung dieses Gesetzes sind innerhalb von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes herzustellen. Über den Fortschritt bei der Umsetzung im Sinne von Satz 1 hat der Senat der Bürgerschaft nach dem Inkrafttreten halbjährlich öffentlich zu berichten. Spätestens vier Jahre nach dem Inkrafttreten überprüft der Senat das Gesetz im Hinblick auf seine Anwendung und Auswirkungen, berücksichtigt dabei die Berichte der oder des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit und berichtet der Bürgerschaft über das Ergebnis.

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Ort, Datum

Vorname Nachname